

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabenden).

Inserate kosten die 6gespaltene Beitzelle oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude, Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Reichstagsersatzwahl in Neustadt-Landau brachte der Sozialdemokratie einen Stimmengewinn von 2000 Stimmen, die Liberalen verloren 5500, das Zentrum 1700 Stimmen.

Die Differenzen im schottischen Bergbau sollen durch Einigungsverhandlungen geschlichtet werden.

Das Ministerium Clemenceau wurde gestürzt.

Junktürkische Probleme.

Leipzig, 21. Juli.

Das Ziel der Jungtürken ist, im ökonomischen Sinne, aus der Türkei ein kapitalistisches Land zu machen. Aus ihrer europäischen Bildung haben sie die Überzeugung geschöpft, daß ein Land durch das Kapital bereichert und entwickelt wird. Daß diese Bereicherung sich nur auf die Kapitalbesitzer erstreckt, macht ihnen wohl keine Sorgen. Das Wort, daß ein Land um so reicher heißt, je ärmer seine Bewohner sind, ist noch nicht zu ihnen durchgedrungen; sie urteilen nach dem äußeren Schein. Sie sehen in Westeuropa eine zahlreiche, wohlhabende Bourgeoisie, die unter dem Schutze von Ordnung und Gesetz Reichthümer sammelt, und sie vergleichen diesen Zustand mit der Armut, der Unsicherheit von Leben und Eigentum, der allgemeinen Mord- und Mindererwerbungsirtschaft in ihrem Lande. Daß das Kapital seine Reichthümer nur durch schlimme Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und der Bodenschätze hervorbringt, brauchen sie als bürgerliche Klasse nicht zu wissen.

Dem Kapital soll freie Bahn geschaffen werden. Ausdrücklich wurde es neulich vom Minister Ferid-Bascha im Parlament gefordert, als er das Verbot der Arbeitergewerkschaften damit verteidigte, daß man das Kapital möglichst heranzüchten müsse. Aber auch ohne diese offenen Geländnisse ist es klar, daß ihr ganzes politisches Programm darauf hinausgeht, die bürgerliche Ordnung herzustellen, die in Westeuropa den Boden für den Kapitalismus bereitet. Gleichberechtigung aller Einwohner des Landes, Aufhebung aller gesetzlichen Rassen- oder Standesprivilegien, damit nur ein einziges Privilegium, das Privilegium des Geldbesitzes, übrig bleibt; Verschmelzung aller Rassen und Religionen zu einer einzigen ottomanischen Nation; eine zentralisierte Staatsgewalt, stark nach außen und innen,

die die Eingriffe anderer Mächte abwehrt und im Innern Ordnung und Gesetz zur Herrschaft bringt.

Die Ausführung eines solchen Programms bedeutet einen völligen Bruch mit der ganzen türkischen Vergangenheit. Sie wird daher, wenn auch in diesem Augenblick die Reformen Herr der Situation sind, noch viele Schwierigkeiten mit sich bringen. Der große Widerstand heißt: Islam. Im Islam hat sich das primitiv-räuberische Kriegesrecht der Wüstennomaden zu einem heiligen Gesetz versteinert, das sich in der mohammedanischen Bevölkerung festgesetzt hat und dem Eindringen der bürgerlich-kapitalistischen Normen der europäischen Produktionsweise im Wege steht.

Nun hat die bürgerliche Rechts- und Staatsauffassung es auch in Europa mit der religiösen Tradition aufnehmen müssen und sich den christlich-katholischen Dogmen der mittelalterlichen Produktion gegenüber siegreich durchgesetzt. Wo eine überlieferte Tradition mit modernen Produktionsbedürfnissen in Konflikt gerät, hat die Tradition, auch wenn sie die Heiligkeit einer Religion besitzt, noch immer weichen müssen. Vor den Bedürfnissen des eindringenden Kapitalismus wird selbstverständlich auch der Islam weichen müssen. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß dieser Prozeß auf dem Wege der inneren Reform durch liberale Mohammedaner selbst möglich ist.

Daß die Sache hier mit dem Islam wesentlich anders liegt, als früher in Europa mit dem Christentum, wird schon dadurch bezeugt, daß immer wieder über die Kulturunfähigkeit des Islam geredet wird, der nicht imstande sei, die europäische Zivilisation zu übernehmen. Nun beweist schon die blühende arabische Kultur der Karfentzeit im Mittelalter die Unfähigkeit dieser allgemeinen Behauptung. Was in Wirklichkeit der Übernahmehindernis der europäischen Zivilisation, d. h. der bürgerlichen Rechtsordnung, im Wege steht, ist die Tatsache, daß der Islam die Mohammedaner zu einer bevorzugten, herrschenden Klasse macht. Das Gesetz von Mohammed gebietet, die Heiden auszurotten und die Befehle eines einzigen Gottes, die ein andres Buch als den Koran haben (also die Juden und Christen), zu unterwerfen, damit sie den Gläubigen Gehorsam und Tribut leisten. Darin liegt der Unterschied mit der christlichen Tradition; die Aufhebung der kirchlichen Herrschaft bedeutete, daß eine kleine, bisher herrschende Klasse aus der Herrschaft gestoßen und von einer andern Klasse ersetzt würde; die Aufhebung des islamitischen Rechts bedeutet, daß das ganze Volk der Gläubigen aus einer bevorzugten, herrschenden Stellung verdrängt und mit den unterworfenen Ungläubigen gleichgestellt wird. Und freiwillig verzichtet

keine bevorzugte Klasse oder Gruppe auf ihre Vorherrschaft.

Dadurch sind alle Versuche, im 19. Jahrhundert Reformen durchzuführen, die die Christen mit den Muslimen gleichstellen würden, an dem stillen oder offenen Widerstand der türkischen Beamten gescheitert. Für den türkischen Beamten bedeutet die Aufrechterhaltung des Scheriat, des heiligen Gesetzes, die Aufrechterhaltung seines Rechts, die Rajas, d. h. die Ungläubigen nach Belieben zu schröpfen und auszupressen. Aber auch der Masse des muslimanischen Volkes — das von den Steuern kaum weniger schwer gedrückt wird — gilt die Aufrechterhaltung ihres Privilegiums als etwas Wertvolles. Jeder Christ, mag er noch so reich sein, muß vor dem niedrigsten Moslem ausweichen; er ist nur ein Hund, sein Eid gilt vor dem Gericht nicht, und er darf keine Waffen tragen. Als einem Christen von einem Muslimmann drei Pferde gestohlen wurden (der Fall ist einem Konsularbericht entnommen und ist nur einer aus hundert ähnlichen Fällen), half es dem rechtmäßigen Besitzer nichts, daß alle seine christlichen Dorfgenossen die Pferde als die seinigen erkannten; erst als er für einige Pfaster ein paar mohammedanische Zeugen kaufte, von denen die Richter ganz gut wußten, daß sie ihn nie gefannt hatten, wurden ihm die Pferde wieder zugewiesen.

In dem Recht des Waffentragens, das nur den Gläubigen zukommt, ist diese Vorherrschaft der Mohammedaner am schärfsten ausgedrückt und zugleich sichergestellt. Fällt diese Rechtsungleichheit weg, wird der Islam zur „Privatsache“ des einzelnen erklärt und als öffentliche Norm durch das römische Recht ersetzt, hat er nicht mehr die Macht der Waffen, so ist damit auf einmal das alte Verhältnis auf den Kopf gestellt. Dann unterscheiden sich die Menschen, ob Muslimänner, Juden oder Christen, nur noch als Kapitalisten, Bauern und Proletarier. Aber die neue herrschende Klasse, die Kapitalisten, sind nicht Türken, sondern Christen. Dann wird umgekehrt wie früher der Ungläubige der Meister, der Gläubige der Knecht. Der türkische Bauer ist dann nichts mehr, als ein Schuldklave des armenischen Geldbesitzers; sein Waffenprivilegium, das er bei einer Armeniermeierei gebrauchte, um sich seines Gläubigers zu entledigen, ist dahin. Der jungtürkische Offizier mag, in westeuropäischer Ideologie befangen, sich in der Rolle eines Prätorianers des Kapitals behaglich fühlen und für die Gleichheit aller „Ottomanen“ schwärmen. Daß aber die Masse der ärmeren Muslimänner, wenn ihr einziges Privilegium gefährdet wird, der Aufwiegelung durch Reaktionäre laun bedarf, um für das Scheriat einzutreten, ist nur allzu ver-

Gewerkschaftsgenossen, Parteigenossen! Rüstet zum Gewerkschaftsfest!

Seuilleton.

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Kaserne und Bazarotti. Von Karl Hilker.

Schwer lastete die Hitze des Hochsommertags auf der kleinen Garnisonstadt. Der Erntelaub hatte viele Soldaten auf einige Tage vom Dienst befreit. Die vorchristlichen Übungen in den Kompagnien, den Bataillonen, den Regimentern und der Brigade hatten ihr Ende erreicht. Auf allen Gebieten der militärischen Ausbildung war eine Stodung eingetreten. Alles war in Aufregung, in Erwartung des Manövers. In den Kompagnien wurden nach und nach die Manöverzüge verpaßt, das Zeitzeug jedem einzelnen verabsolgt und neue Stiefel anprobiert. Allsonntäglich war Appell mit einem Stück nach dem andern vor dem Hauptmann und an Wochentagen vor den Unteroffizieren.

Der ältere Jahrgang ging langsam an, sich mit dem jüngeren zu vertragen. Alles in Anbetracht des Manövers, das in einigen Tagen bevorstand. Die Rekruten hatten sich nun vollständig an das Soldatenleben gewöhnt. Ihre Unbeholfenheit während der Anfangszeit hatte militärischer Routine Platz gemacht. Noch einige Wochen, dann waren sie ja die „alten Knochen“. Dann konnten sie den neuen „Hammels“ Vorschriften machen. An den Unteroffizieren war eine gemäßigtere Disziplin als in der Winterszeit den Gemeinen gegenüber wahrzunehmen. Besonders den Alten gegenüber.

Sonntags am Bierisch im Wirtshaus wurden von den Alten den Rekruten halblaut die Erlebnisse erzählt, die sie im vorigen Manöver mit den Unteroffizieren durchgemacht haben wollten. Vom Sergeant Schneider erzählte man sich, daß man ihm im Bival die Tornisterriemen durchgeschnitten hatte. Dann sollte er und noch ein Unteroffizier von der achten Kompagnie während des Standquartiers von Bauernburschen geprügelt worden sein. Die ganze erste Kompagnie wußte bereits, daß Sergeant Schneider das Manöver nicht mitmachen werde, nur aus Angst, es könnte ihm diesmal ähnliches passieren.

So gemütlich, wie die Verhältnisse es gestatteten, saß Volter in Gesellschaft seines Freundes Weiner bei seiner Braut. Es war der erste Sonntag, den Grete Bender in der neuen Wohnung der fremden Stadt verlebte. Aufs behaglichste war alles in dem kleinen Zimmer hergerichtet. Ein kleinstädtisches Wohnstübchen mit altmodischen Polstermöbeln und vergilbten alten Kupferstichen, die wohlgeordnet die Wände schmückten.

Die Vermieterin, ein bejahrtes, gutmütiges Frauchen, wußte vor lauter Zuorkommenheit gar nicht, was sie alles tun sollte. Ihr einziger Sohn hatte auch dienen müssen. Durch ihn hatte sie die gemeinen Soldaten mitbekannt und den ganzen Militarismus hollen gelernt. Ganz glücklich war sie, als sie vernahm, daß das hübsche Fräulein, für die der kleine Soldat das Zimmer mietete, seine Braut sei, und niemand weiter habe als ihren Bräutigam. Es schien ihr bewundernswürdig, daß die Braut eines Soldaten Stellung in der Stadt genommen hatte, in der er dienen mußte. Sie mußten sich sehr lieb haben, dachte sie sich. Und wie selbstverständlich das alles bei ihnen war. Eigentlich gar nicht wie bei Liebesleuten. Beide imponierten ihr gewaltig.

Eilfertig deckte sie den Tisch und trug Kaffee auf für ihre Mieterin und deren Gäste. Für ihre eigenen Gäste hätte sie kaum mit größerer Sorgfalt sorgen können als für diese. Auf einem großen Teller hatte sie einen riesigen Berg Kuchen aufgeschichtet.

Mit zufriedenerm Lächeln streifte ihr Blick noch einmal über das Gedeck.

„Wenn Sie noch was nötig haben, rufen Sie nur.“ Und allen freundlich zunickend verließ sie das Zimmer.

„So, jetzt können wir zulangen. Bitte schön, Herr Weiner.“ Mit diesen Worten schenkte Volters Braut allen Kaffee ein.

„Milch und Zucker nehmen Sie sich bitte selbst.“

„Wenn mans immer in seiner freien Zeit so haben kann, wird das Militärleben noch eher zu ertragen sein.“ bemerkte Weiner. „Du hast wirklich Grund, dich zu freuen, lieber Volter.“

„Weiß ich! Ich weiß aber noch mehr! Ich weiß, daß ich das bravste Mädchen meine Braut nennen kann. Soll ich mich nicht glücklich schätzen, wenn ich sehe, daß sie mir bis hierher gefolgt ist?“

„Nicht nur auf deiner Seite ist das Glück, lieber Vett. Ich habe auch einen berechtigten Anspruch darauf, und ich kann dir sagen, ich bin glücklich; hier an deiner Seite auszuhalten zu dürfen. Kann es etwas Schöneres für ein Weib geben, als dem Manne zu folgen, durch dick und dünn, dem man mit seiner ganzen Seele gehört? — Nun, Herr Weiner, was bliden Sie so still vor sich hin? In einigen Wochen sind Sie ja erlöst! Dann können Sie wieder frei leben, wie es Ihnen paßt.“

„Ja, in einigen Wochen beginnt für mich wieder der Kampf ums Dasein. Aber tausendmal lieber als Zivilist eine trockene Brotkruste in der Tasche, als Soldat sein

ständig. In dem Maße, wie das Kapital der europäischen und ottomanischen Christen die Eingeborenen, Türken so gut wie Christen, proletarisieren, wird es dahin kommen, daß reaktionäre Christenverfolgung und proletarische Erhebung gegen das Kapital zusammenfließen und zu dem Ruf nach dem Scheriat sich das Wort gesellt, das der Korrespondent des Berliner Tageblatts dem meißelnden Wöbel in Adana in der Mund legte, als er die deutschen Ingenieure bedrohte: hütet euch, wir werden uns bald nicht länger von euch ausbeuten lassen!

Es muß sich noch zeigen, ob die Jungtürken imstande sind, diesen gewaltigen Umschwung der Verhältnisse durchzuführen. Einstweilen verfügen sie über die Macht. Und daß sie auch den Willen haben, zeigte sich, als sie im April die Hauptstadt militärisch eroberten. In dem Zuge des siegreichen Heeres schritten als Hilfstruppen bewaffnete bulgarische Banden, und die Deputation, die Abdul Hamid seine Absetzung mitteilte, bestand aus vier Mann, zwei Muselmännern, einem Juden und einem Christen. Diese Eroberung, die von der Bevölkerung nicht mit Jubel, sondern mit feindlichem Schweigen aufgenommen wurde, war gleichsam die Eroberung des alttürkischen Stambul durch eine europäische Armee; sie war die eigentliche türkische Revolution, von der sich allerdings noch zeigen muß, ob sie definitiv ist. Nicht im Parlament, sondern in der militärischen Gewalt liegt die neue Türkei beschlossen. Sie wird erst als gefestigt betrachtet werden können, wenn die militärischen Verhältnisse von Grund aus umgewälzt sind, wenn das Waffenprivileg des Isam tatsächlich aufgehoben sein wird.

Die türkische Kammer hat vor wenigen Tagen ein Gesetz angenommen, das die nicht-muselmännische Bevölkerung zum Armeedienst verpflichtet. Gelingt es jetzt, was früher wiederholt an dem Widerstand der Mohammedaner scheiterte, die Einreihung der Christen in die Armee praktisch durchzuführen, dann wird dadurch zum erstenmal die Vorherrschaft des Isam gebrochen. Damit wird die Türkei wirklich auf eine neue Grundlage gestellt.

VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

e. Köln, 10. Juli.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit der Begrüßung der, wie der Vorsitzende Schiffer sich ausdrückte, „lieben Freunde und hoher Gäste“: des Geheimrats Wierfeld als Vertreter des Reichsamts des Innern, des Geheimrats Trilling als Vertreter der Kölner Regierung, des Beigeordneten Dr. Fuchs als Vertreter der Stadt Köln; ferner waren anwesend Klientel Weber im Auftrag der evangelischen Arbeitervereine, Dr. Brauns im Auftrag des katholischen Volksvereins. Die christlichen Gewerkschaften in Österreich, der Schweiz, Belgien und Holland hatten Vertreter geschickt, Professor Barnad im Namen des Evangelisch-sozialen Kongresses, Professor Mahling-Verlin u. a. haben Begrüßungsschreiben geschickt. Die Erwidrerungsansprüche der Gäste hielten sich in den üblichen Grenzen. Nachdem sodann die Abgeordneten Schiffer und Behrens zu Vorsitzenden des Kongresses gewählt worden waren, gab Generalsekretär Stegerwald den Bericht des Gesamtverbandes. Die christlichen Gewerkschaften, die Ende des vorigen Jahres 200 707 Mitglieder zählten, sind dadurch auf den Stand des Jahres 1906 zurückgeworfen worden: ihr Mitgliederstand gegen das Vorjahr beträgt rund 24 000 Mitglieder. Von den Ausführungen, die Stegerwald zu seinem Bericht machte, ist besonders interessant, was er über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zur christlichen Gewerkschaftsbewegung sagte. Diese Frage habe eine volle Seite spielt beim Reichsvereinsgesetz und jetzt wieder bei den jüngsten politischen Vorgängen. Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften bleibe, bei der verwickelten Gestaltung unfreier Parteienwesens, keine andre Wahl, als sich außerhalb der Organisation politisch zu betätigen und die bürgerlichen Parteien im Sinne der Arbeiterforderungen zu beeinflussen. Diese Beeinflussungsmöglichkeit habe nun viele Schwierigkeiten, einmal durch die Verhältnisse in jeder einzelnen Fraktion, wo den Arbeiterinteressen andre Interessen entgegenstünden; dann durch die jeweiligen Mehrheitsbildungen, die zur Durchsetzung gesetzgeberischer Maßnahmen in Betracht kämen. Da erstrebe für den christlichen Arbeiterabgeordneten vielfach die Frage, ob sein Klasseninteresse oder ein höheres Interesse den Ausschlag geben solle, und er konnte dadurch oft in eine unangenehme Lage. „Ich würde mich — so sagt der Redner — nicht für 50 000 Mk. Plätzen in den Reichstag wählen lassen, und ich bekenne offen, daß ich durch

Vorgänge in den letzten Wochen geradezu einen Abscheu vor der Politik bekommen habe.“ Die christlichen Arbeiter könnten nicht wie die Sozialdemokraten sich in eine Klassenbewegung einlassen und deshalb entscheide für ihre parlamentarischen Vertreter eine ganze Reihe kritischer Situationen. Sie könnten nicht für ihre Abgeordneten das Recht beanspruchen, daß jeder bei Abstimmungen seinen eigenen Weg gehe, denn darauf werde sich keine Partei einlassen, wohl aber müsse eine Fraktion gestatten, daß ihre Mitglieder aus Arbeiterkreisen in solchen Fragen, wo das Arbeiterinteresse hervorragend in Frage komme, abweichend von der Mehrheit der Fraktion stimmen. Deshalb brauche sein proletarisches Bewußtsein aufgegeben habe. Wenn die christlichen Arbeiter in manchen Fragen materieller Art mit der Haltung der bürgerlichen Parteien nicht einverstanden seien, so seien ihre Ideale doch fest und tief genug, daß sie den Zusammenhang mit jenen nicht gleich aufzugeben und sich zu den Sozialdemokraten zu schlagen brauchten. Der Redner weist zum Schluß darauf hin, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung sich bisher reichlich genug mit Ausdauer und Energie in gewerkschaftlicher Art beschäftigt habe, der gegenwärtige Kongreß möge es daran genug sein lassen und sich der Erörterung praktischer Fragen zuwenden.

Der Wirt Stegerwald wurde getreulich befolgt; keiner der Redner, die sich an der nun folgenden Aussprache beteiligten, behauptete das heilige Thema, das der Generalsekretär selber so augenscheinlich behandelt hatte. Die Ausführungen der Redner betrafen Verhältnisse ihrer besonderen Organisationen und Gegenden. Die weiblichen Redner, von denen mehrere austraten, klagten über mangelnde Berücksichtigung der Interessen der weiblichen Arbeiter, namentlich der Dienstboten und der Heimarbeiterinnen. Von verschiedener Seite wurde gewünscht, daß die Dienstbotenorganisation auf interkonfessioneller gewerkschaftlicher Grundlage eingerichtet werden möge, die jetzige Art der konfessionellen Organisation in Verbindung mit bürgerlichen Frauervereinen sei verfehlt. Eine etwas schärfere Tonart gegenüber den Regierungen und den bürgerlichen Parteien schlug der Führer der christlichen Metallarbeiter, Weber, an. Er klagte jene an, daß sie es unterlassen hätten, die seit lange erhobenen Forderungen der christlichen Arbeiterbewegung, namentlich in Bezug auf die Sicherung des Koalitionsrechts und den Schutz der Arbeiter in der Schwerindustrie zu erfüllen. Die christlichen Arbeiter hätten Regierung und Parteien gegenüber manche Belastungsprobe bestanden, er warne davor, diese Belastungsprobe zu sehr auszudehnen.

Im übrigen unterließ es nicht der Redner, seine Rede mit Angriffen auf die Sozialdemokratie zu spicken. Das gehörte nun einmal zur christlichen Agitation im großen wie im kleinen, und jeder Redner weiß, daß er damit, mögen seine sonstigen Ausführungen auch noch so edel sein, immer noch Erfolg und Beifall erzielt. In besonderer Nähe tat sich hierin der Redakteur Fuchs vom Reichsamtsbüro hervor. „Höflich und dumm“ nannte er die Beschlüsse des internationalen Bergarbeiterkongresses und er rief seinen Genossenschaftsgenossen, alles was von sozialdemokratischer Seite geschrieben werde, von vorne herein für erlogen zu halten. Fuchs u. a. blieben beschuldigte die Genossen in Bayern, daß sie sich gescheut hätten als die weniger Gescheuten anzusehen, um sich beim Unternehmertum, mit dem sie durch die „gemeinsame Weltanschauung“ verbunden seien, lieb und zu machen. Fuchs u. a. Stützpunkt der Sozialdemokraten parteipolitische Annäherung des Stuttgarter Arbeitnadelwerkes vor usw. Selbstverständlich schloß auch nicht die besetzten und bekannten Maßstäbe von der Religionseindlichkeit der freien Gewerkschaften.

Vierter Verbandstag der Capseier.

K. Berlin, 10. Juli.

Der Verbandstag wurde gestern abend vom Verbandsvorsitzenden Welpert in Berlin eröffnet. Als Vorsitzende, denen der Vorkonferenz zur Seite stehen, werden Welpert in Berlin und Friebe in Hamburg gewählt. In einem Antrag Bremer, die Verharmlosungsfrage mit dem Holzarbeiterverband auf die Tagesordnung zu setzen, schlägt Vorsitzender Welpert vor, diese Frage beim Punkt allgemeine Anträge an erster Stelle zu behandeln und dort ein kurzes Referat und Referat entgegenzunehmen. Diefem Vorschlag wurde zugestimmt. Fuchs u. a. Leipzig beantragte mit Unterzeichnung von andern Delegierten, die Kapseier als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Stellung des Verbandstages an dieser Frage möchte zum Ausdruck kommen. Spliet-Berlin vom Hauptverband meinte, es sei unnötig, die Kapseier besonders zu behandeln, da der Verband an dieser Frage keine andre Stellung wie bisher einnehme. Sie hätten immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Feier des 1. Mai propagiert werden solle. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Leipzig abgelehnt, da diese

Frage beim Bericht vom Gewerkschaftskongreß erörtert werden kann.

Am heutigen Sitzungstage gibt zunächst die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es sind 42 Delegierte, 3 Vorstandsmitglieder und 5 Gauleiter anwesend. Der Ausschuß hat 6 in w. a. f. i. - Hamburg und die Gauleiterkommissionen in G. a. f. i. - Berlin delegiert. Die bayerischen und ungarischen Holzarbeiterverbände — die Tagessieger sind in Oesterreich und Ungarn mit den Holzarbeitern vereint — haben je einen Vertreter entsandt, die Bruderorganisationen in Skandinavien, der Schweiz und Holland bedauern in Begrüßungsschreiben, dem Verbandstage keine Vertreter entsenden zu können.

Hierauf gibt Welpert-Berlin den Bericht ab. Der Redner ergänzt den gedruckt vorliegenden Bericht, den wir schon besprochen haben und betont zum Schluß, wenn auch die Berichtsperiode nicht all das gebracht habe, was man am Schluß des letzten Verbandstages gewünscht und geschafft habe, so könne man trotzdem sagen, daß der Verband als vollberechtigtes Glied der Arbeiterbewegung in jeder Beziehung sich zeigen kann.

Den Massenbericht gibt Spliet-Berlin, der die Massenverhältnisse eingehend bespricht. Die wichtigsten Zahlen haben wir im Vorbereicht angeführt.

Nach dem Fuchs-Bericht, den Grünwaldt-Hamburg erstattet, hatte sich der Ausschuß in seiner Tätigkeitsperiode nur mit fünf Beschwerden, die sich sämtlich gegen die jeweilige Stellungsfrage des Hauptverbandes richteten, zu befassen. Die Beschwerden sind interner Natur.

Die Debatte über die Berichte zieht sich sehr lange hin. Es sprechen einige Duzend Redner, die aber meist Angelegenheiten, die kein Allgemeininteresse haben, erörtern. Dabei nimmt die Besprechung Berliner Verhältnisse — besonders das Kasseler Verhältnisse — einen breiten Raum ein. Die verschiedenen Gauleiter geben besonders auf Lohnbewegungen und sonstige Verhältnisse in ihrem Bezirke ein.

Gauleiter Klein-Düsseldorf schildert, wie schwer in Rheinland-Besalen zu arbeiten ist. Die christliche Organisation kämpfe mit allen Mitteln gegen den Vorbau. Die Agitation sei in der Berichtsperiode sehr reger gewesen, die Entfaltung des Verbandes vollziehe sich aber leider doch langsam. Am Jahresanfang 1906 habe die Organisation im Nordwesten in 21 Filialen 680, am Jahresanfang 1908 in 28 Filialen 718 Mitglieder gezählt. Eggen-Detmold wünscht, daß die Statistiken über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Tagessiegergebiet ergänzt und regelmäßig aufgenommen werden.

Grünwaldt-Hamburg schlägt vor, daß jährlich mindestens einmal eine größere Agitation in ganz Deutschland durchgeführt werde, bei der die Gauleiter ihre Bezirke auslaufen.

Gaß-Frankfurt a. M. bespricht Lohnbewegungen in Darmstadt und Mühlheim und unterucht, ob die Abhaltung von Kontingenztagen, die teilweise schlecht besucht wurden, zweckmäßig sei.

Mayer-Hamburg: Die einzelnen Branchen, Kleber, Einwickler usw., müßten bei der Agitation besonders berücksichtigt und über die Verhältnisse bei diesen Gruppen statistische Erhebungen aufgenommen werden.

Albrecht-Frankfurt a. M. plädiert dafür, daß die im Streit stehenden Kollegen keine Extrabeiträge zu bezahlen haben.

Weitere Redner betonen, daß der Rückgang der Mitgliederzahl lediglich seinen Grund in der Wirtschaftskrise habe und daß bei aufsteigender Konjunktur der Verband bald neue Fortschritte mache.

In seinem Schlusswort geht Welpert ausführlich auf alle die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden ein und präzisiert dazu den Standpunkt des Vorstandes. Auf Antrag der Rechnungsprüfungskommission wird dem gesamten Vorstand dercharge erteilt. Angenommen wird eine Resolution, die der Bahnhofsverein empfiehlt, das Handkofferregulament abzuschaffen.

Dann folgt Referat Welpert-Berlin den Fuchs-Bericht. Die Anträge des Hauptverbandes sind Teil dem letzten Verbandstag im Juli 1906 betrug auf 10 000. Die Ausgaben für die Zeitung hielten sich im Jahre 1908 auf 18 000. Die Verbandsmitgliederberichte der Filialen sind recht breiten Raum einnehmen, wurden erheblich beschnitten und dafür Artikel sozialpolitischer und betrieblicher Inhalts gedruckt. Bei Besprechung der zu diesem Punkt gestellten Anträge wendet sich Redner dagegen, den Kopf des Verbandesorgans zu ändern und es künftig nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen. Auch die Wünsche, mehr wissenschaftliche Artikel zu bringen, könnten bei dem jetzigen Umfang des Korrespondenzblattes nicht berücksichtigt werden. Redner bittet, daß die Mitglieder an dem Verbandsgesamten mehr wie bisher mitarbeiten.

In der Debatte begründen die Delegierten die oben erwähnten Anträge. Mit der prinzipiellen Haltung des Organs ist man im allgemeinen einverstanden, man findet es aber nicht ratsam, es abzugeben. Gegen den Antrag, das Korrespondenzblatt wieder nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen — zurzeit erscheint es alle 8 Tage — wenden sich mehrere Redner.

Die Verhandlungen werden beendet.

und unter dem Tage laufen. Meine Dienstzeit wird mir nicht nur so drückend wegen des brutalen Zwangs und der nichts weniger als humanen Behandlung, sondern auch durch den Gedanken an die ganze militärische Einrichtung. — Wer ein wenig feinfühlig ist, dem wird die Militärzeit doppelt schwer. Na, in wenigen Tagen ist es ja erledigt. — Ich weiß wahrhaftig noch nicht, was ich dann anfangen soll. Außer meiner Schwester, die selbst kämpfen muß, um sich durchzubringen, lebe kein Mensch, an den ich mich wenden könnte. Mit ein paar Groschen, die mir zum Abschied in die Hand gedrückt werden, trete ich in das Zivilleben ein. Mancher laßt mich vielleicht aus, wenn ich sage, daß ich mich trotzdem auf diesen Tag freue, daß ich diesen Moment ersehne wie kein anderer. Was glauben Sie, Fräulein, was zwei Jahre Militärzeit aus einem Menschen machen können. Volter wird Ihnen schon verschiedenes erzählt haben. Denken Sie sich einen Menschen, von Kindheit an verwöhnt, der mit achtzehn Jahren beide Eltern verloren hat. Mein Vater sorgte reichlich für den Unterhalt der Familie, und die Ausgaben wurden gerade durch sein Einkommen gedeckt. Plötzlich waren meine Schwester und ich arme Waisen. Meine vor kurzem begonnene Studien mußte ich abbrechen und mir eine Stellung suchen, in der ich mein Brot selbst verdienen konnte. Meine arme Schwester mußte einige Wochen Bekannten zur Last fallen, bis sich dann auch für sie etwas Passendes fand. Schlecht und recht schleppten wir uns durch. Am eigenen Leibe erfuhr ich, daß mir zum trassen Lebenskampf die Vorkühle und die nötige Geschicklichkeit fehlten. Es reichte immer knapp hin. Ich war immer noch der Meinung, meine Militärzeit als Einjähriger abtun zu können. Na, es sollte nicht sein. Mißgeschick verfolgte mich, wohin ich kam. Bis zum sechszwanzigsten Jahre ließ ich mich zurückstellen. Da gab ich die Hoffnung auf und trat als gewöhnlicher Rekrut meine Dienstzeit an. Nun merkte ich, daß meine bisherigen kitteren Erfahrungen nur Spielerei waren im Verhältnis zu dem, was mir jetzt begegnete. Von der ersten Stunde an galt ich insolge

meines einjährigen Zeugnisses, von dem die ganze Kompagnie schon wußte, als derjenige, der sich kein machen will, der sich mehr dünkt, als alle anderen. Nichts lag mir ferner als das: Die Verhältnisse brachten es mit sich und meine Ungeschicklichkeit im Exerzieren, Schießen und Bugen, daß ich zum Sündenbock der Kompagnie wurde. Die Offiziere betrachteten mich als verflumpte Existenz. Was Wunder, wenn die rohen Unteroffiziere mit mir machten, was ihnen beliebte. Das erstemal versuchte ich, mich zu wehren, indem ich mich beschwerte. Die Folge davon war mein erster Arrest. Alle Strafen habe ich durchgelitten, außer Festungshaft. So weit ist es noch nicht gekommen, obwohl Aussicht dazu vorhanden ist. Mit der Zeit wurde ich abgestumpft. Jetzt bin ich auf das Schlimmste gefaßt. Das Merkwürdige dabei ist, daß ich durch die Situationen in Zwickmühlen getrieben worden bin, wo mir unerwarteterweise Strafen in den Schoß fielen, die ich nach militärischen Begriffen auch verdient. Ich war als Zivilist ein wenig Träumer — auch etwas salopp in meiner Kleidung — das sind Eigenheiten, die beim Militär eine ganz andere Bedeutung haben. Dann die Unmengen kleinlicher Chikanen, die gezwungenen, körperlichen Anstrengungen, und für mich das Schlimmste, der fortwährende Zwangsaussenshallt unter Menschen, deren geistige Anschauungen und Interessen ganz andere sind als die meinen. So einsam wie beim Militär habe ich mich noch nie gefühlt. Können Sie sich jetzt die Freude vorstellen, die ich empfinden muß, wenn ich erdgütig von der aktiven Dienstzeit erlöst werde?

„Das kann ich Ihnen nachfühlen. Was müssen Sie Armer geklitten haben! Kennen Ihre Schwester Ihre traurigen Militärerlebnisse?“

„Ich habe mich wohl gehütet, sie nur das Geringste merken zu lassen. In meinen Briefen schreibe ich, was ich für gut befände. Uebrigens haben wir uns seit Jahren nicht gesehen. Ich glaube kaum, daß sie mich wiedererkennen wird.“

Volters Braut fiel die Geschichte mit dem verunglückten Besuch ein, die ihr Volter brieflich mitgeteilt hatte,

Nicht einmal begreifen konnten sie sich, dachte sie. Tiefes Mitleid hörte Volter aus ihren Worten heraus, als sie ihn aufrichtig bat, oft, recht oft, sie und Volter zu besuchen.

„Dankebar drückte er ihr die Hand. Die letzten paar Tage werden dann vieles Bisse verwickeln.“

„Die letzten paar Tage!“ wiederholte Volter. Wenn ich das nur auch schon sagen könnte.“

„Du dürftest es bis dahin leichter ertragen. Wenn man seine Braut an der Seite hat!“

„Ich weiß das wohl zu schätzen, lieber Weiner, und bin unendlich froh darüber.“

„Ich wollte dir noch einen guten Rat geben, Volter, — was war es nur gleich — ach ja — Sag mal, hättest du Lust, dich im zweiten Jahr als Sanitätsfeldat ausbilden zu lassen?“

„Warum nicht?“

„Ich rate dir, dich zu melden, sobald danach gefragt wird. Ich hatte es voriges Jahr auch beabsichtigt, wurde aber abgewiesen wegen nicht guter Führung. Im Lazarett hast du mehr Freiheit als in der Kaserne. Hast keinen Dienst mit der Waffe mehr, kein Exerzieren. Obendrein ist das Sanitätsleben sehr interessant. Da kannst du noch etwas lernen.“

„Meinst du, daß man mich nimmt?“

„Dich eher als alle andern. Du schreibst gut, hast gute Führung und bist kein berühmter Schläger. Die entbehrt der Hauptmann gern.“

„Steh nur zu, daß du Sanitätsfeldat wirst. Das wär doch schön. Du hast dann nicht mehr so strengen Dienst und kannst mich dann öfter und länger besuchen.“

„Na, wenn sie mich nehmen, solls mich freuen!“

Dann kannst du mich vielleicht noch behandeln, wenn sie mich vom Mandat, kurz vorm Abgang, noch ins Lazarett stecken.“

„Das wollen wir aber nicht hören.“ lieber Weiner. Es wäre das Schlimmste, was dir begegnen könnte. Wollen doch gar nicht an so etwas denken.“ (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Polizeiliche Aufreizung zur Begehung eines Verbrechens.

In Saarbrücken kreisen die Bauarbeiter. Die Unternehmer haben ihre Bauten „geperzt“ und suchen fröhlich die Streikenden zu verhaften. Die herangeschleppten Streikbrecher nicht „besänftigen“ können, stellt die Polizei in großem Umfange Gegenstreikposten auf; sie sucht dabei die Tätigkeit der Streikposten nicht nur zu unterbinden, sondern sie reizt sogar die Streikbrecher zu Gewalttätigkeiten gegen die Streikenden auf. Am Montag, den 19. Juli, stand am Saarbrücker Bahnhof ein Polizeiaufgebot von 16 Mann, darunter der bekannte Kriminalkommissar Grichmann als Kommandeur, 8 uniformierte und 8 Kriminalbeamte und außerdem 3 Mann von der Wäch- und Schließgesellschaft als Hilfsmannschaft, während die streikenden Maurer 4 Mann dorthin postiert hatten. Dabei wurde einem uniformierten Beamten die Instruktion gegeben: Wenn Sie sehen, daß ein Streikender einen Arbeitswilligen auch nur anredet, dann machen Sie sofort von Ihrer Ritze Gebrauch. Diese Worte richtete der Geschwätshüter nicht etwa in gedämpftem Tone an den Beamten, sondern in lautem Tone, damit die Streikposten hören mußten und erfahren sollten, was sie zu erwarten hätten, falls sie sich unterließen würden, von ihrem Koalitionstreue Gebrauch zu machen. Unter diesen Umständen redeten sie die Herren Arbeitswilligen denn auch nicht an, denen nun selbstverständlich der Kamm mächtig anstand, daß die die Streikposten verhöhnten. Als ein Streikender sich eine fleghafte Bemerkung eines dieser nützlichen Elemente verbat, sagte ein Kriminalbeamter zu dem Fleger: Wenn Sie von einem Streikposten angehalten werden, dann hauen Sie ihm Ihre Wasserwaage auf den Schädel, daß ihm das Hirn herausprillt!

Das ist nicht nur eine Aufreizung zur Begehung eines Verbrechens, sondern auch eine offenkundige Verletzung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches. § 240 bedroht mit Gefängnis bis zu einem Jahre, wer einen andern widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung, Duldsung oder Unterlassung nötigt, und § 241 bedroht mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, wer einen andern mit der Begehung eines Verbrechens bedroht. Beide Voraussetzungen liegen hier vor. Oft genug ist der § 240 von den Gerichten des Reichsstaates gegen die kämpfende Arbeiterschaft angewendet worden, und das unter Verhältnissen, die der Gesetzgeber bei der Schaffung des Strafgesetzbuches gar nicht in Betracht gezogen hatte. § 240 war lange Zeit eines der berücksichtigtsten Mittel der Klassenjustiz in ihrem Kampfe für den Klassenstaat. Daß die deutsche Gerechtigkeit gegen eines ihrer Organe, das offenkundig gegen das bestehende Gesetz verstoßen hat, einschreiten wird, wagen wir zu bezweifeln.

Leipzig und Umgebung.

Zu den Differenzen der Eisenbahn in Lindenau geht uns von dem Vorstand der Eisenbahngewerkschaft nachstehendes Schreiben zu:

Die Streikleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hätte besser getan, nach Herrn Reichert, Vorsitzenden des Leipziger Eisenbahn-Abteilungsausschusses, schon eine Verzichtung eingeleitet hätte, einmal sich, und wenn es telephonisch (Nr. 6044) gewesen wäre, mit uns in Verbindung zu setzen. Aus der ganzen Schreibweise der Eisenbahner kann man bald vermehren, nachdem Herr Reichert erklärt, er bestreite die Arbeitskräfte von unserem Arbeitsnachweis, daß wir den Arbeitswilligen Kräfte „permissiv“ hätten. Wir müssen eine derartige Vermutung zurückweisen. Wichtig ist wohl, daß Kräfte vor circa 2 Jahren bei Herrn Reichert beschäftigt war, dann aber aus dem Verband ausgeschlossen wurde. Herr Reichert behauptet ständig die Ausschüttung von uns. Ohne daß wir aufgefordert worden sind, geben wir diese Richtigstellung, bitten aber diese nun als wahr zu betrachten, denn wenn Herr Reichert die Unpäßlichkeit herbeiführt hätte, wären wir der Streikleitung der Eisenbahner zu Hilfe gekommen und hätten ihn auf die Finger geklopft. Vorstand der Eisenbahngewerkschaft, Zweigverein Leipzig.

Achtung, Buchbinder! Die Firmen Carl Glöckner und Hermann Crusius, beide in Leipzig, Kreuzstraße 7, lassen den hauptsächlichsten Teil ihrer Buchbindungen von Oelmeidermann fertigen. Die dafür gezahlten Preise unterscheiden sich nicht annähernd von den tariflichen Lohnsätzen, ebensowenig wird der Tarif bei der Entlohnung der im Betriebe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen beachtet. Arbeitsangeboten dieser Firmen sind deshalb unbeachtet zu lassen, außerdem ist es notwendig, daß den Oelmeidermann die Tarifpreise für ihre Arbeiten bekannt gegeben werden, damit diese selber ermessen können, welche unbillige Schmutzkonkurrenz sie ihren in der Werkstatt beschäftigten Kolleginnen bereiten. In beiden Firmen werden vornehmlich Reclams-Vollständiger druckfertig oder gebunden. Wir bitten, etwa bekannte Adressen von Oelmeidermann auf dem Verbandsbüreau niederlegen zu wollen. Deutscher Buchbinderverband. Der Bevollmächtigte in Leipzig.

Achtung, Glasert! In Erfurt sind die Glaser am Montag in den Streik getreten. Bezug ist nach dort zu vermeiden. Zentralverband der Glaser. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Vollzugsgewalt im libealen Mutterland.

A. Der sozialdemokratische Landtagskandidat für den Landtagswahlkreis Pörschke im Nord ist am Montag verhaftet worden. Die Polizei holte den Genossen Dörfer, den Vorsitzenden des Bauerverbandes, der wegen eines seit Wochen währenden Streiks in Pörschke amnestiert war, aus einem Gasthaus zum Polizeiamt. Dörfer sah dort mit einem von auswärts angelernten Arbeitswilligen zusammen, den er vorher am Bahnhof — unter Protest der Polizei — abgesetzt und auf den noch nicht beigelegten Streik in aller Ruhe aufmerksam gemacht hatte. Jetzt holten ihn die Ritter der bestehenden Bauernverband-Ordnung, die aus städtischen Mitteln bezahlten Staatspolizisten ab, führten ihn auf Bezirkssamt, das am Abend über ihn die Präsenzhaft verhängte. Am Dienstag fand vor dem Amtsgericht die Vernehmung des Delinquenten statt, das trotz des Eintrucks des Rechtsanwaltes die Aufrichterhaltung der Haft verweigert. Am Montagabend wurde eine förmliche Akta der Polizei und der Untersekretär zu Fuß und mit Automobilen auf Streikposten internommen, wobei alle möglichen Leute aus dem Arbeiterstand — etwa 50 Personen — verhaftet und wieder freigelassen wurden. Wegen der Haft wurde Beschwerde beim Landgericht eingeleitet. In Pörschke herrscht große Erregung; Freitag findet eine Protestversammlung statt.

Die Arbeiter und Bauarbeiter Breslaus und Umgebung beschließen, den Unternehmern einen Bohrtarif zu unterbreiten. Sollten die Verhandlungen über die Forderungen bis zum 1. August 1909, vormittags 9 Uhr, nicht zu Ende geführt sein, so sollen am nächsten Tage die Arbeiten niedergelegt werden. Die Forderungen lauten: Die Arbeitszeit beträgt täglich neun Stunden. Als Stundenlohn werden für Arbeiter 60 Pf. gefordert, für Arbeiter in der Umgebung von Breslau bis zu 20 Kilometer eine Zulage von 1.50 Mark, für Arbeiter an der Stadtgrenze Breslaus, sofern diese eine Wohnung von der Wohnung des Arbeiters gelegen sind, eine Vergütung von 75 Pf. Alle weiteren Orte gelten als Fernorte und soll den Arbeitern eine Landzulage von 2.50 Mark mit Einrechnung des Sonntags zubewilligt werden. Ueberrunden sollen mit 25 Prozent, Nacht-, sowie Gruben- und Sonntagarbeiten mit 50 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden; außerdem sind wasserfeste Anzüge zu diesen Arbeiten zu liefern.

Der Kampf der Spitzenweber in Plauen ist zu ungunsten der Arbeiter beendet worden. Der Firma war es gelungen, eine größere Anzahl Arbeitswilliger zu erhalten. Der Kampf wurde deshalb als aussichtslos abgebrochen werden. Während des Kampfes beschwerte sich der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes Hädel bei der Bezirkshauptmannschaft in Zwickau über die Plauener Polizeibehörde, weil sie das Streikpostensystem verboten hat. Hädel hat bis heute noch keinen Bescheid von der Bezirkshauptmannschaft erhalten.

Die Sperre über das Eisen- und Stahlgewerbe in Dortmund, die vor etwa zehn Wochen von verschiedenen Organisationen verhängt wurde, ist jetzt aufgehoben worden, weil die Behandlung der organisierten Arbeiter auf dem Werk eine weit bessere geworden ist. Das Werk gab ferner die Erklärung ab, daß in Zukunft die organisierten Arbeiter genau die Behandlung erfahren sollen, wie die unorganisierten.

Rußland.

Zu den Differenzen im englischen Bergbau. Die schottischen Kohlenbergarbeiter und die Vereinigung Glasgow beschließen, einer Einladung zur Teilnahme an der Konferenz zwischen den Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter am nächsten Donnerstag im Handelsamt London Folge zu leisten, um über den vorgeschlagenen Vergleich in den Streitfragen mit den Bergwerksbesitzern zu verhandeln. Diese haben ebenfalls in die Abfindung von Vertretern eingewilligt.

Neine Gewerkschaftsangelegenheiten. Der Kampf der Arbeiter in Strassburg (Oberfr.) ist zu ungunsten der ausgeübten Arbeiter beendet worden. Die erst kurz vor der Auslieferung in die Organisation eingetretenen und des Kampfes ungeübten Leute haben nach 3 Wochen den Kampf aufgegeben.

Aus der Partei.

Die Wahlkreisorganisation Offen a. d. Ruhr hielt am Sonntag ihre Jahreskonferenz ab. Die Mitgliederzahl des Kreisvereins stieg im letzten Jahre von 3340 auf 4720, darunter befinden sich 998 übergetretene Genossinnen. Der Monatsbeitrag ist im Berichtsjahre durch Urabstimmung von 40 auf 50 Pf. erhöht worden. Die Erhöhung steht in den Wahlkreisen. Die Jahresbeiträge betrug 20087.45 Mk. Die Ausgabe 17008.02 Mk. Die Presse nahm eine aufstrebende Entwicklung. Als neuer Parteisekretär wurde Genosse Weiers, jetzt Parteisekretär in Lübeck, gewählt.

Genosse Heinrich Basser-Harburg legte seine Reichstagskandidatur für den 17. hannoverschen Wahlkreis nieder. Er erklärte in zwei in Harburg und Wilhelmshafen abgehaltenen Versammlungen des Sozialdemokratischen Reichs, wegen seines hohen Alters — er ist 69 Jahre alt — nicht mehr kandidieren zu wollen.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Desterfeld findet vom 19. bis 24. September in Reichenberg, der Wege der subetnischen Arbeiterbewegung, statt. Auf dem von der Parteiverwaltung veranlassigten vorläufigen Tagesordnung stehen die Berichte der Parteileitung (Parteisekretär Abg. Stares), des Kassierers Abg. Dr. Menckens, dann Referate über die Organisation (Stares) und die Teuerung (Abg. Dr. Menner) über auswärtige Politik und Kämpfe (Abg. Dr. Viktor Adler), über die Parteipresse (Gefreiter Kusterly) und Administrator Emmerling von der Parteiverwaltung) und über die beabsichtigte nicht vom Reich kommende Sozialversicherung (Abg. Eberich, Sekretär der Reichskommission der Krankenkassen, und Genossin Adelheid Popp). Unter den Berichten sind noch die über die parlamentarische Tätigkeit zu vermerken. Ueber den Reichstag berichtet Abg. Seib, über die Tätigkeit in den Landtagen Abg. Meier-Graz und über die kommunale Abg. Winaarsky. In den Parteitag schließt sich die erste Reichskonferenz deutscher sozialdemokratischer Gemeindevorsteher an, die von der Fraktion des Wiener Gemeinderates einberufen ist. Der Parteitag findet auf Grund des § 9 des Verfassungsgesetzes statt, wodurch jede behördliche Überwachung ausgeschlossen ist. Diese Bestimmung des Verfassungsgesetzes bezieht sich auf Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt sind. Die Adresse des Sozialkomitees, die bei der Lage Reichsbergs an der preussischen und sächsischen Grenze monden unser Leser interessieren dürfte, ist Abg. Anton Schäfer, Reichenberg, Windgasse 14.

Das Kabinett Clemenceau gestürzt.

Das Kabinett Clemenceau wurde gestern gestürzt. Die Priorität eines von der Regierung geforderten Vertrauensvotums wurde von der Kammer abgelehnt, worauf Clemenceau dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts anbot. Fallières hat die Demission angenommen.

Der Sturz des Kabinetts erfolgte in der Marinefrage. In dieser Marinefrage richteten sich die Anklagen wegen Korruption nicht bloß gegen die Tätigkeit des heutigen Kabinetts. Am 19. Oktober 1908, als das Vanzerschiff Jena auf den Grund gelaufen war, trat, wie erinnerlich, der Marineminister Thompson zurück, weil ihm die Kammer ihr Mißtrauen bezogt hatte. Thompson wurde durch Picard abgelöst. Gleichzeitig wurde eine parlamentarische Kommission eingesetzt, welche die Situation der Marine prüfen, die Korruption und die Schuldigen feststellen sollte. Der Bericht dieser Kommission, in dem hauptsächlich die Tätigkeit des früheren Marineministers Bellefleur scharf kritisiert wurde, bildete die Unterlage für die Diskussion, in der Clemenceau befreit wurde. Jedenfalls war die Regierung reif zum Falle. In ihrer Befreiung beteiligten sich auch jene Radikalen, die von der frassen kapitalistischen Politik den Ruin der radikalen Partei zu erwarten hatten, also den Verlust ihrer Mandate.

Es liegen folgende Meldungen vor: Paris, 20. Juli. Im Verlaufe der fortgeführten Beratung über den Bericht der Marineuntersuchungskommission erklärte Marineminister Picard in der Kammer, wenn Irrtümer

vorgekommen seien, seien sie in gutem Glauben begangen worden. Das Parlament werde in Zukunft Kenntnis von dem genauen Umfange der für die Marine verlangten Opfer erhalten. In Zukunft würde der Bau von Schiffen usw. im Wege des Submissionsverfahrens vergeben, und sofort nach dem Wiederauftritt des Parlaments würde eine Vorlage eingebracht werden, betreffend die Reorganisation der Zentralverwaltung, um das Zusammenarbeiten der verschiedenen Dienstzweige zu sichern und die Verantwortlichkeiten festzustellen. Der oberste Marineminister werde einer Umbildung unterzogen werden. Der Minister erbot dann Einspruch dagegen, daß man sich zu pessimistischen Anschauungen hingelasse, besonders nach den so gut verlaufenen Unterseeboot-Märschen. Lassen Sie, schloß der Minister, uns selbst Vertrauen haben und dem Auslande gegenüber nicht den Eindruck hervorzurufen, als gäbe es keine französische Marine mehr.

Paris, 20. Juli. Im weiteren Verlaufe der Sitzung der Deputiertenkammer lobte Delcassé herbe Kritik an der Politik der drei vorhergehenden Minister und erhob den Vorwurf, daß für den Bau kleinerer Schiffe, durch die häufige Veränderung der Pläne für die großen Kreuzer und durch schlechte Auswahl der Schiffsfabrik große Geldvergeudung getrieben worden sei. Die Regierung habe ihre Pflicht verletzt, indem sie nicht geeignete Maßnahmen getroffen habe, um Unfälle wie bei der Jena zu verhüten. Die Kammer habe die Pflicht, Garantien zu fordern, bevor sie die von ihr verlangten Mittel bewillige.

Paris, 20. Juli. Das Ministerium Clemenceau wurde gestürzt, da die Priorität der Verfassungsgesetzesvorlage mit 212 gegen 176 Stimmen abgelehnt wurde.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Paris: Clemenceau reichte Fallières seine Demission ein, die akzeptiert wurde.

Der Tag berichtet aus Paris: Es wurden 176 Stimmen für und 212 gegen das Kabinett abgegeben. Bei der Verurteilung des Resultats herrschte allgemeine Verblüffung über dieses nicht beabsichtigte (?) Ergebnis. Es scheint, als ob die genannten misvergnügten Elemente des Parlamentes sich unter Delcassés Banner geschart hatten, um den Sturz herbeizuführen. Delcassé unternahm es weniger, die Untersuchungen der Marinekommission zu behandeln, als nochmals die gesamte Politik der Regierung einer scharfen Kritik zu unterziehen und Clemenceaus ganze Vergangenheit unter die Lupe zu nehmen, wobei er sich bemühte, die gesamte Tätigkeit des Ministerpräsidenten als ungenügend hinzustellen.

Paris, 20. Juli. Nach der letzten Kritik Delcassés gegen die Marineverwaltung erhob sich Ministerpräsident Clemenceau und wandte sich in scharfer persönlicher Rede gegen Delcassé, indem er sagte, die Kammer möge erklären, ob Delcassé, welcher durch seine Politik Frankreich zur Demütigung von Aguirres geführt, Recht habe, einer Regierung den Vorwurf der Erfolglosigkeit in bezug der Vorbereitungen der nationalen Verteidigung zu machen. Delcassé erwiderte mit heftigen Angriffen auf die parlamentarische Vergangenheit Clemenceaus, erwähnte dessen Feindschaften gegen Ferry und rechtspolitische Lehren seine eigene auswärtige Politik. Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten.

Von Nah und Fern.

Berlin, 21. Juli. Das Befinden der bei der Kabinettsturz-Verletzung ist unverändert. Die Staatsanwaltschaft hat die Leichen der Opfer zur Beerdigung noch nicht freigegeben. Die polizeiliche Sperrung über die Bahn ist gestern insofern aufgehoben worden, als es den Besitzern gestattet worden ist, an der noch nicht ganz vollendeten Hauptstraße weiter zu arbeiten. Die Bahnverwaltung hofft, daß die Sperrung heute gänzlich aufgehoben wird.

Grubenunglück.

Auf der Zeche Mansfeld bei Langendorf, Kreis Bochum, ereignete sich Dienstag früh 7 Uhr auf der 5. Sohle eine Schlagwetterexplosion beim Anbohren eines Bläfers. Nachdem 7 Schiffe abgegeben worden waren, verursachte der achte eine Explosion, durch die 8 Arbeiter getötet und 5 lebensgefährlich verwundet wurden. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der die Bohrarbeiten ausführende Unternehmer sogenannte wilde, d. h. fremdländische, mit der Bergbauarbeit nicht vertraute, billige Arbeiter beschäftigte.

Der Tag meldet aus Bochum: Obwohl die Verwaltung der Zeche Mansfelder Bergwerksgesellschaft berichtet, daß mit drei Toten, vier Schwerverletzten und einem leichtverletzten die Liste der Opfer der Schlagwetter-Explosion abgeschlossen sei, erhält sich hier in der Bevölkerung mit Hartnäckigkeit das Gerücht, insgesamt seien von der Katastrophe sechzehn Bergleute betroffen worden, von denen der größte Teil aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr am Leben sei. Die Zecheverwaltung vertritt die um Auskunft Bittenden auf morgen. Daraus schließt man, daß die Zahl der Toten erheblich größer ist, als anfangs angenommen wurde. Das Gerücht, wannach der Schacht in Brand geraten sei, scheint sich nicht zu bestätigen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 21. Juli. Als Nachfolger Clemenceaus werden besonders Briand, Poincaré, Millerand und Doumer genannt, auch Barthou hat große Aussichten. Bezüglich des Portefeuilles des Reichens herrscht unter den Abgeordneten Einigkeit in dem Wunsche, Pichon möge dasselbe beibehalten. Wie verlautet, beabsichtigt Fallières, darauf hinzuwirken, daß der Marineminister Alfred Picard dem neuen Kabinett wieder angehe. Es heißt jedoch, daß er ein solches Angebot ablehnen werde. Es scheint sicher, daß bei der Neubildung des Kabinetts, das Staatssekretariat für Post und Telegraphie zu einem selbständigen Ministerium erhoben werden wird und daß dieses dem Arbeitsministerium angefügt wird. Justizminister Briand erklärte Journalisten, entschlossen zu sein, dem neuen Kabinett nicht beizutreten. Als Nachfolger des Finanzministers Caillaux werden Poincaré, Rouvier und Doumer genannt.

Petersburg, 21. Juli. Nachdem die Kruken an der persisch-russischen Grenze unverändert fortlaufen, beschloß die hierige Regierung die Abendung eines Strafkorps, das die persischen Handelsstraßen besetzen und weitere Änderungen zu verhindern haben wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Vilsor in Hirschberg-Beuthen. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengesellschaft.

Dieser Nummer umfaßt 12 Seiten.

Merseburger Biere sind die besten und bekömmlichsten.

Ausflug der Holzarbeiter nach Leissing-Naumburg.

Sonntag, den 1. August, Abfahrt ab Bahnhof Leussch, früh 7 Uhr 6 Minuten.
Preis für Hin- und Rückfahrt mittels Sonderzugs 2 Mark.
Bestellungen sind bei den Hilfskassierern und im Verbandsbureau baldigst zu bewirken.
Zahlreiche Beteiligung erwartet [19255] Die Lokalverwaltung.

Felsenkeller

Morgen Donnerstag Garten-Konzert. Hierauf: Gr. Brillant-Feuwerk und bei günstiger Witterung
Vornehmste Ballmusik des Westens. [19254]
Anfang 8 Uhr. Felsenkeller, gültig. Entree 30 Pfg. Hierzu ladet ergeb. ein Jean Stoppler.

Bürgerliches Gesetzbuch.
30 Pfg.
Volksbuchh. Leipzig u. Filialen

Für Brautleute!

Ehe

Sie Möbel kaufen, überzeugen Sie sich in den
Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
Tauscher Straße 32
part., I. u. II. Etage
(Vollentern). Knerl. billigste Bezugsquelle für solide, gediegene Möbel-Einrichtungen, event. entgegenkommende Zahlungsweise. Beschäftigung jederzeitig gestattet. Freie Lieferung in allen Bahnhöfen Deutschlands. Preislisten gratis u. franco. Langjähr. Garantie. Fernsprecher 7348.

Bringe meine Schuhmacherei in beste Erinnerung. Bestellung nach Maß. Reparaturen prompt u. billig. **Richard Neubert** 19794* Gerberstraße 5.



Für sparsame Hausfrauen!

Eisenbein-Seife ist die beste für die Wäsche. Eisenbein-Seife ist sparsam im Verbrauch. Eisenbein-Seife ist vollständig rein. Eisenbein-Seife ist nur echt mit Schutzmarke **Elefant**. Eisenbein-Seife kostet das Stück 10 Pfg.
Fabrikanten:
Günther & Hauener, Chemisch-Kapitel.
In fast allen Materialwaren-, Seifen- u. Drogeriegeschäften z. hab. Nachahmung, weise m. zurick.

Metallarbeiter-Verband.
Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 Partal rechts, I.
Bürozeiten vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 6-8 Uhr.
Telephon 3784. [19601]
Bauschlosser und Konstruktionsarbeiter.
Freitag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung in den Zwei Linden, L.-Platz, Karl-Heine-Straße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. [19249]

Bären-Schänke Empf. meine Lokalt. m. Gesellschaftspfl. Biere u. Speisen (tägl. Spezialger.).
Nikolaistr. 15. Tel. 2765. *Ergebnist **Joseph Lippert**.*
Musikwerke, Automaten, Sprechapparate, Schallplatten all. Fabrikate, Phonographenwalzen, Nadeln etc. empfiehl. [8772]
Alwin Dietrich L.-Lindenau *
Drei-Linden-Strasse 18, II.
Verlangen Sie Preisverzeichnisse.

Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse der Tischlergehilfen von Leipzig und Umgegend.
Sonnabend, den 24. Juli, **General-Versammlung** abends 8 1/2 Uhr.
Im Saale des **Tivoli**, Windmühlenstraße 14/16.
Tagesordnung: 1. Rapport vom 1. Halbjahr und dessen Genehmigung. 2. Verschiedenes und Rassenangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen wünscht [19281] Der Gesamtverband.

Was ist Kavaller?
Kavaller ist unbestritten die beste Lederputz-Creme der Welt.
Färbt in der Nahe nicht ab, macht das Leder geschmeidig und wasserfest. Gibt ohne Mühe sofort schneidenden Hochglanz.

Charlottenhof, Lindenau.

Vom 15. bis 20. Juli
Grosse Bayrische Gartenfeste.
Gebirgsbahn, Karussell und viele andere Volksbelustigungen.
Tägl. von 4-11 Uhr Josef Aschenbrenner mit seinen Oberländern.
Löwenbräu direkt v. Fass. Entree 10 Pfg. Löwenbräu direkt v. Fass.
Donnerstag u. Illumination od. Feuerwerk mit erhöhtem Entree. *

Güldne Aue & S. Sellenhausen.
Morg. Donnerstag, abds. 8 Uhr
Grosses Konzert der Kapelle Bertram.
Gewähltes Programm. [10725*] **Herm. Naack.**
Gesamt. Vereinen u. Gesellschaft. steht mein Saal Sonntags z. Verfügung.
Telephon 7642.

Gasthof Zweinaundorf
Bringe mein der Neugeit entsprechend. Sonjert- und Ballsaal nebst großem Garten, mit herrlichem schattigen Baumbestand, zu Sommerfesten und sonstigen Vereinsfestlichkeiten sowie zu Verleihen ausbilden.
in empfehlende Erinnerung. [19256] *
Bernhard Fetsold.

Total-Ausverkauf Max Vogel, Leipzig, Südstr. 2c
Parterre u. Entresol. Tel. 6472.
Krankheitshalber vollständige Auflösung des Geschäfts. Das gesamte reichhaltige Warenlager nützlich, tadellos u. praktischer
Tombola, Prämien- u. Verlosungsgegenstände
sowie **Papierlaternen, Abschliessvögel, Sterne** usw. zu bedeutend herabgesetzten Preisen. [10752*]
Tombola, Krambrüste, Strohbeutel, Ballfiguren teilweise gratis.

Teppiche

mit kaum sichtbaren kleinen **Webefehlern**
In allen Qualitäten, ohne Rücksicht auf frühere Preise, gegen Verjährung haftenb. billig. [2506*]

Gardinen

Reste, von 1 bis 4 Fenster passend, und Stores zu 1, 2, 3 bis 5 Fenster.

Reisemuster

Portieren-, Tisch- und Chaiselongue-Decken, Leinen-Plüsch, Velvets, Sofabezugs-Reste, Stoppdecken, Läuferstoffe Vorlagen.

Altberg & Salsch

Schützenstr. 15, I. u. II.

Aus Angst

Zahnziehen quälten sich viele noch unnötig lange mit Schmerzen und schädigen hierdurch ihre Gesundheit. Oft hört man auch, daß sich jemand einen Zahn hat schmerzlos ziehen lassen und dennoch dabei schmerzliche Schmerzen gehabt hätte.
Um nun das geehrte zahnleidende Publikum davon zu überzeugen, daß ein tüchtiger, gewissenhafter Fachmann jetzt tatsächlich Zähne und Wurzel schmerzlos entfernen kann, so bin ich bereit, falls die in meiner Praxis schon mit größtem Erfolge erprobte Behandlung nach neuester schmerzloser Methode nicht völlig der Zufriedenheit entspricht, dieselbe kostenlos auszuführen. [2800*]

P. Zuckermann

Institut für Zahnleidende
Grimaldischer Steinweg 20
(Johannisplatz). — Tel. 11648.

Gelegenheitsposten

Linoleum-Teppiche
m. klein. Fabrikationsfehlern **Zusatz**, durchgehend hohelegante Muster
200x150 Mk. 7.50
250x200 „ 11.00
300x200 „ 12.50
Linoleum-Läufer
Reste spottbillig [19308*]
so lange der Vorrat reicht
Tapetenreste weit unter Preis
19 Windmühlenstr. 19
Tapeten-Verkaufsgesellschaft n. b. H.

Hässlich

Ist jeder Leint mit Hautunreinigkeiten und Hautausschlägen wie Mitesser, Finnen, Blütchen, Hautrötze, Gesichtsplokel etc. Alles dies beseitigt die allein echte
Steckenpferd-Teerschwebeloseife
v. **Bergmann u. Co., Radebeul** mit Schutzmarke: Steckenpferd à Stück 50 Pfg. in Leipzig:
Engelapothek, Markt 12,
Überapothek, Emilienstr. 1,
B. Seybenreich, Weißstraße 39,
Kleinsohooher: Körnerapothek.
Goethe. Faust I. und II. Teil, in Liebhaber-Einbd. 1 Mk.
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Zahn-Atelier

Willy Schult
Petersteinweg 10, I.
Ecke Münzgasse.
Teilzahlung gern gestattet.
Fernspr. 10352. *

Deutscher Rechtsfreund

Selbsthilfe
in allen Rechtsfragen des täglichen Lebens für jedermann aus dem Volke.
Bearbeit. v. Dr. E. v. Thronen.
Preis nur 25 Pfg.
Das Buch ist 281 Seiten stark, hat Inhaltsverzeichnis und enthält kurzgefaßt eine ganze Anzahl auch für den Arbeiter wichtige Gesetze.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauscher Straße 19/21, oder deren Filialen.

Gummi-Artikel

1. Woch.-u. Kr.-Pflg., Bttoln., Mütt.-spr., Mutter- u. Kneiferrohre, Lelbb., Luftk., Hosent., Badehb., Mass.-Art. Halskettch., f. Zahn. Kind. Brstl. 80g
Fr. **August Graf, Neumarkt.** *

Zigarren

in größter Auswahl und in jeder Preislage führt in nur besten Qualitäten
H. Stöckert, V. Eisenbahnstr. 119 B.

Neu! Neu!

Sieben erschienen:
Jugendgeschichte einer Arbeiterin
von ihr selbst erzählt.
Mit einem Geleitwort von **August Bebel.**
Preis Mk. 1.—
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**
Leipzig, Tauscher Str. 19/21
sowie sämtliche Filialen und Aussträger d. Volksbuchh.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben, guten Gattin sage allen herzlichsten Dank.
[19247]
Gustav Wolf
im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Am Montag mittag verstarb unerwartet unser langjähriges Mitglied, der Kassierer
Albert Jacob.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
[19280] **Die Mitglieder des Ortsvereins Paunsdorf.**
Beerdigung Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Friedhofshalle zu Paunsdorf. Treffpunkt 1/3 Uhr im Feldschützen.

Montag mittag verstarb unser langjähriger Parteigenosse
Albert Jacob.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Parteigenossen des Ost-Bezirks.
[19270] **Der Bezirksvertreter des Ost-Bezirks.**
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofshalle zu Paunsdorf aus statt.

Kauft Briketts
bei
Benno Grimm
Tauchaer Strasse 41
Sommerpreise

Im Fluge
erlangten die
Jasmatzi-Cigaretten
eine Popularität wie keine andere deutsche Konkurrenzmarke. Hervorragende Qualität der Jasmatzi-Fabrikate bei grösster Preiswürdigkeit rechtfertigen diese Eigenschaft sowie die andauernde gewaltige Konsumsteigerung welche die Jasmatzi Actien-Gesellschaft zur grössten deutschen Cigarettenfabrik erhebt.

Politische Ueberlicht.

Ein Ausruf und ein Schreckensruf.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei erlaßt einen Ausruf an die „Freunde“, in dem folgende schönen Stellen vorkommen:

Wir stehen am Beginn einer neuen politischen Entwicklung. Die Konservativen mit Zentrum und Polen haben eine Reichsfinanzreform nach ihren Wünschen geschaffen und in ihren Hauptteilen der Regierung ausgenommen. Erstaunt haben wir gesehen, wie leichtfertig diese neue Mehrheit Steuern erfunden und durchgepeitscht hat. Unkenntnis und Abneigung gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung, die unser Volk wohlhabend gemacht und unsern großen Verdienstzuwachs Drei vervielfacht hat, haben diese Steuergesetzgebung diktiert. Handel, Gewerbe und Industrie, diese Hauptträger unseres weltwirtschaftlichen Aufschwunges, wurden in ihrem Lebensnerv bedroht, der Mittelstand in Stadt und Land schwer getroffen, die breiten Massen ohne gerechten Ausgleich auf neue Scherben gedrückt. Das tat die Mehrheit, um die Besitzenden, um insbesondere den großen Grundbesitz zu schonen. Und um der Erhaltung politischer Macht willen zerstückte die Konservativen den Block, halfen wieder dem Zentrum zur Macht und stützten den Stangler. Sie taten es unter dem Druck des Bundes der Landwirte, der längst aufgehört hat, eine wirtschaftliche Organisation zu sein. Dilemmen suchte sie zu beugen, lehnte die nationalliberale Partei ab.

Am schwersten aber wirkt die konservative Schuld in ihrer Verflüchtigung am Block. Welch nationales Leben, welche Zukunftshoffnungen erweckte die letzte Reichstagswahl!

Doch was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe, die der Mensch, der vergänglich ist, hegt! Das „nationale Leben“ ist futsch, denn der Schwindel der letzten Hottentottenwahlen hat mit dem von der Sozialdemokratie vorausgesagten greulichen Ragenjammer geendet. Der Ausruf endet mit der dringenden Bitte an die „Freunde“ — um Geld! Und es ist kein Zweifel, daß die biffigsten Scharfmacher und Arbeiterfeinde, die Kohlenbarone von der Saar und der Ruhr, tüchtig in den Beutel greifen werden, um das „nationale Leben“ wieder anzufachen.

Tragt sich bloß, ob's gelingt. Die Wähler sind aufgewacht und werden sich durch den über Nacht gekommenen oppositionellen Tamtam der Nationalliberalen nicht täuschen lassen. Und noch weniger durch die zärtliche Arbeiterfreundschaft, die plötzlich im leuchten Busen der Partei entglommen ist. Man lese nur, was ein Herr Zeitung (1), über die Sozialdemokratie zu kispeln hat:

Sie sind mit uns Brüder eines Volkes, die wir nicht betrachten dürfen, als wenn eine Welt von ihnen schiebe. Nicht mit brutaler Macht wird man die Sozialdemokratie bekämpfen, nicht mit Polizeigesetzen, sondern nur mit Vermehrung der Bildung, mit Aufklärung und wertvoller Unterstützung. Helfen wir alle, reichen wir alle der Arbeiterschaft die stützende Hand; bringen wir ihr das Gefühl bei, daß sie mit uns gleichberechtigte Staatsbürger, Brüder eines Hauses sind. Wägen wir den Idealismus und die Opferwilligkeit, zu geben, in unseren Reihen, und die Bildung in den unteren Schichten, dann werden wir die Sozialdemokratie überwinden und so wollen wir auch fernerhin weiter arbeiten im öffentlichen Leben, nicht als Egoisten, sondern als Menschen, die sich der unendlich großen Bedeutung der liberalen Weltanschauung für die Kultur der ganzen Menschheit bewußt sind und sich ihrer würdig zeigen wollen.

Wie anders war dir, Gretchen, als Bülow-Faust die Hand um deine schlante Taille legte und dich zum Tanz um den goldenen Block aufforderte!

Wie wenig die Wähler geneigt sind, auf diesen Leim zu kriechen, das beweist der Usfall der gestrigen Nachwahl im 2. pfälzischen Reichstagswahlkreis Landau-Neustadt an der Hardt. Der Kreis war bisher stets in nationalliberalen Händen. Bei der letzten Reichstagswahl 1907 erhielt der Nationalliberale 14 613 Stimmen, das Zentrum 8767, der Sozialdemokrat 6340. Das gestrige Ergebnis bedeutet eine nahezu zerschmetternde Niederlage der Nationalliberalen. Ihr Kandidat Dehler erhielt nur 9105 Stimmen, der Bund der Landwirte 2487, das Zentrum 7056 und die Sozialdemokratie 8384 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Huber und dem nationalliberalen Kandidaten Dehler notwendig. Der Liberalismus hat 5500 Stimmen verloren, und selbst wenn man die Stimmen des Bündlers noch den Nationalliberalen zugute rechnet — Bündler und Nationalliberale bildeten bisher in der Pfalz eine Clique — so beträgt der Verlust immer noch 3000 Stimmen. Das Zentrum verlor 1700 Stimmen. Die Sozialdemokratie dagegen hat als einzige von allen Parteien einen Gewinn zu verzeichnen. Er beträgt über 2000 Stimmen.

Wir begrüßen dieses Resultat als ein hoch erfreuliches Anzeichen dafür, daß die neuen Steuern gründlich Licht in den Köpfen der Wähler zu machen beginnen. Es soll uns ein gutes Vorzeichen für die Nachwahlen in Stollberg-Schneeberg und in Halle sein, die uns noch bevorstehen, und schließlich auch für die schließlichen Landtagswahlen, die in diesem Herbst vorzunehmen sind.

Den Nationalliberalen aber wird ob des Schreckensrufs aus Landau vielleicht ihr Ausruf in der Reife keden bleiben, mit dem sie von neuem die Wähler einzulassen versuchen.

Deutsches Reich.

Das bayrische Ministerium und der sozialdemokratische Bürgermeister von Landrecht.

Die Entscheidung des Staatsministeriums auf die von dem Stadtrat zu Landrecht (Pfalz) eingebrachte Beschwerde wegen der von der pfälzischen Kreisregierung verfaßten Bestätigung des Genossen zum Bürgermeister und des Genossen Schloffer zum zweiten Adjunkten ist jetzt ergangen. Danach wird die Bestätigung des Genossen Bischoff zum Bürgermeister verweigert, während Genosse Schloffer als zweiter Adjunkt bestätigt wird. Ueber die Nichtbestätigung des Genossen Bischoff heißt es:

Dem Bürgermeister ist neben der Erfüllung der gemeindlichen Dienstsaufgaben eine Reihe von Obliegenheiten im un-

mittelbaren staatlichen Dienste übertragen, zu denen nach Art. 71 der Pfälzischen Gemeindeordnung vor allem die Verwaltung der örtlichen Polizei, insbesondere in bezug auf Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gehören. Diese Aufgaben erfordern die volle Gewähr für eine den staatlichen Vorschriften und den Interessen der Gemeinde entsprechende unabhängige Amtsführung. Denn gerade auf dem Gebiete der örtlichen Polizei ist die Möglichkeit eines Widerstreits zwischen den Pflichten des Bürgermeisters und den Wünschen der Gemeindeangehörigen, und auch die Möglichkeit von Konflikten des Bürgermeisters mit den staatlichen Behörden gegeben. Dies gilt in erhöhtem Maße, wenn in einer Gemeinde, wie Landrecht, infolge entwickelter Industrie die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze schärfer sind.

Einem Angehörigen der sozialdemokratischen Partei könnte mit Rücksicht auf die erwähnten Aufgaben des Bürgermeisters bei der grundsätzlichen Stellung dieser Partei zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Bestätigung nur dann erteilt werden, wenn die Bestätigungsbefugnisse aus ihrer Kenntnis der Persönlichkeit des Gewählten im Zusammenhange mit den besonderen Verhältnissen seines Wirkungskreises die Ueberzeugung zu gewinnen vermöchte, daß der Gewählte imstande und auch gewillt ist, in jeder Lage die Pflichten des Amtes über die Anforderungen zu stellen, die aus dem Verhältnisse seiner Partei sich ergeben.

Eine solche Ueberzeugung kann in bezug auf Karl Bischoff nicht gewonnen werden. — Bischoff bekennt sich als Angehöriger der sozialdemokratischen Partei und wirkt offen in ihrem Sinne. Früher Fabrikarbeiter, betreibt er seit einigen Jahren eine von einer Brauerei gepachtete Wirtschaft.

In der benannten Wirtschaft verkehren fast nur Anhänger der sozialdemokratischen Partei in Landrecht, die auch in dem zur Wirtschaft gehörenden Saale fast alle Versammlungen und festlichen Veranstaltungen abhält. Bischoff ist in seinem Nahrungsstande fast vollständig auf den Ertrag seines Gewerbes angewiesen und muß deshalb wegen des Geschäftsganges seiner Wirtschaft auf die Kundenschaft der Angehörigen seiner Partei und auf ein dauerndes gutes Einvernehmen mit dieser bedacht sein. Würde sich Bischoff mit seiner Partei in Widerspruch setzen, so würde er seinen Nahrungsstand ernstlich gefährden. Bischoff erfüllt daher bei seiner oben erwähnten wirtschaftlichen Abhängigkeit von seiner Partei die oben erwähnten Voraussetzungen für die Bestätigung nicht.

Der Beschwerde des Gemeinderates gegen die Regierungsentscheidung vom 25. Mai d. J. kann hiernach, soweit sie sich gegen die Bestätigung des Karl Bischoff richtet, eine Folge nicht gegeben werden.

Was die erfolgte Bestätigung des Genossen Schloffer zum 2. Adjunkten anbelangt, bei dem die Kreisregierung die gleichen Motive wie bei Bischoff (politische Betätigung) für die Nichtbestätigung anführt, so erschienen hier dem Staatsministerium die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bedenklich, und die Bestätigung zu verlagern.

Der Landrecht Stadtrat wird in einer am Mittwoch stattfindenden Stadtratsitzung zu der Sache Stellung nehmen und eine eventuell vorzunehmende Neuwahl beschließen.

Die etwas verklausulierte Antwort der bayrischen Regierung wird unseren preussischen Lesern nicht gefallen, die es sicherlich tief empören wird, daß die bayrische Regierung nicht grundsätzlich und von vornherein jeden Sozialdemokraten als Bürgermeister ablehnt. „Über sie mögen sich beruhigen! Die „Bedenkten“ und Klauseln wird die Regierung stets finden, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Bürgermeister handelt. Wer, wie die blaueißigen Pfaffenrechte in München, einen Sozialdemokraten nicht einmal als Lehrer an einer Fortbildungsschule dulden will, wird ihn als Bürgermeister erst recht nicht dulden.“

Wie die Kaffeepreise steigen werden.

Darüber läßt sich das Berliner Tageblatt von den Inhabern der bekanntesten Kaffeelagerereien folgendes schreiben:

Der billige Kaffee wird, da er sich im Engrosverkauf auf 95 bis 98 M. stellen wird, 1.10 M. kosten. Das ärmere Publikum wird daher, weil der Preis zu hoch ist, sehr viel Ersatzkaffee, Malakaffee, Zichorienkaffee und Feigenkaffee gebrauchen. Auch gebrannte Gerste wird viel gekauft werden. Kaffee, der bisher 1.— M. pro 1/2 Kilo kostete, wird 1.10 kosten

Das halbe Kilo Kaffee wird sich durchschnittlich 15 bis 20 Pfennig höher im Preise stellen. Um eine Tasse für eine Mark pro Pfund liefern zu können, wird man Auslesekaffee, das ist Kaffee, zu dem die schlechteren Sorten verwendet werden, noch mehr als schon jetzt in den Handel bringen müssen.

Bei Tee wird, da der Zoll für einen Doppelzentner um 75 M. höher ist als der bisherige Zoll, eine Erhöhung von 40 Pfennig pro 1/2 Kilo eintreten. Die billige brauchbare Teesorte, die bisher 1.80 M. kostete, wird von nun ab 2 M. kosten. Die Differenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Preise wird stetig 40 Pfennig betragen.

Das ist die Quittung für die letzten Wahlen!

Eine schwache Stunde.

Die Germania brachte am 20. Juli im Handelsteil des Blattes einen Artikel über die Talonsteuer und Grundkredit. In dem Artikel heißt es:

Der Direktor der Preussischen Zentral-Bodenkreditanstalt, Regierungsrat a. D. Dr. Friedrich Schwaartz-Berlin, gibt in einem in der neuesten Bantarchivnummer veröffentlichten Artikel sein Urteil über die Wirkung der Talonsteuer auf den Hypothekenmarkt in folgenden überzeugenden Sätzen ab: „Dem häßlichen Kreditbedürfnisse, das in Höhe von annähernd 805 Millionen auf die Hypothekendarlehen angewiesen ist, steht eine Belastung durch die Talonsteuer in Höhe von 2,8 Millionen und durch die Effektenstempelhöhung von circa 1,2 Millionen gegenüber, das sind 4 Millionen Mark. Um diesen Betrag, wachsend mit der Zunahme der Pfandbriefemissionen, muß sich der Hypothekarkredit infolge der neuen Steuern dauernd vermindern. Natürlich wird aber infolge dieser steuerlichen Belastung der Hypothekenzinssatz auf dem allgemeinen Geldmarkt steigen.“

Der Handelsredakteur der Germania hat wohl für einen Moment die betrübende Tatsache aus den Augen verloren, daß die Verteuerung des Hypothekenzinssatzes zweifellos die Ver-

teuerung der Wohnungsmieten zur Folge hat. Die konnte also das „volksfreundliche“ Zentrum abblättern in allen seinen vor dem Spalten die Talonsteuer verteidigen und anpreisen? Das unwillkürliche Geständnis dürfte dem Herrn Handelsredakteur teuer zu stehen kommen.

Ein Eingekündnis.

Bekanntlich steht der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung grundlegende Änderungen auf organisatorischem Gebiete vor. Diese Änderungen sind derart, daß sie nicht allein das bisherige Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften vernichtet und den Weg der Rechtspflege auf dem franten- und unfallversicherungsrechtlichen Gebiete erheblich beschränkt, sondern auch die soziale Versicherung durch die Schaffung von Versicherungs-, Oberversicherungs- und Landesversicherungsämtern mit einer Ausgabe von mindestens 150 Millionen Mark belastet. Gegen alles dieses wendet sich die rheinisch-westfälische Großindustrie. Die Wortführer lassen sich in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wie folgt vernehmen:

„Bölgemerkel, sie (die Unternehmer) streiten nicht etwa wegen der sozialen Lasten an sich. Gewiß, die Klagen über die endlos steigenden sozialen Lasten werden immer lauter und entschiedener (!). Aber man trägt sie doch. Ja, man weigert sich auch nicht, die Erhöhung der sozialen Verpflichtungen, wie der Entwurf der Reichsversicherungsordnung sie vorführt, auf sich zu nehmen. Der Streit der Unternehmer richtet sich gegen die organisatorischen Vorschläge des Entwurfs.“

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der zur öffentlichen Diskussion gestellt ist, schlägt nämlich grundlegende organisatorische Neuerungen in der sozialen Versicherung vor. Er will einen sog. lokalen gemeinsamen Unterbau einführen und zu diesem Zwecke ganz Deutschland mit einem Netz von Versicherungs- und Oberversicherungsämtern bedecken. Den neuen Neuerungen ist eine enorme und dabei doch unklare Zuständigkeit zugeordnet. Was die bisherigen ehrenamtlichen Institutionen der sozialen Versicherung bereits in musterhaftiger Weise leisten, sollen sie in Konkurrenz mit ihnen auch tun. Damit wird aber nicht nur der ganze Geschäftsgang der sozialen Versicherung kompliziert, sondern es wird auch der Kampf gegen die Selbstverwaltung, in die Beseitigung der Selbstverwaltung selbst eingeleitet. Was bisher in ehrenamtlicher Vertretung geleistet worden ist, soll in Zukunft der Bureaucratie anheimfallen. Hundert Millionen sollen Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe allein jährlich zur Durchführung der neuen Behördenorganisation aufbringen. Das wichtigste Recht, die Feststellung der Renten, will man den berufenen Organen der sozialen Versicherung abnehmen, obwohl dadurch die ganzen Finanzverhältnisse der Versicherungsträger ohne Zweifel dem Ruin zugeführt würden.

Das ist es, wogegen man sich wehrt. Darin liegen die Gründe, weshalb die Unternehmer zu streiken beginnen.“

Das sind Worte, die sich die Arbeiterschaft und vor allem ihre Vertreter merken müssen. Klipp und klar wird hier das ausgesprochen, was die gesamte Arbeiterpresse sofort nach Erscheinen des Entwurfs festgesetzt hat: Die Vorlage der Regierung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die vollständige Beseitigung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten, die Belastung der sozialen Versicherung mit ungeheuren Summen, die den bisher zur Unterstützung kranker und durch Unfall oder Invalidität arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern zur Verfügung stehenden Summen einzuziehen und zum Aushalten verabschiedeter Offiziere, Reserveoffiziere usw. benutzt werden sollen. Es ist wertvoll, dieses von einem wackelhaften Kapitalistenblatt, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung nur einmal ist, bestätigt zu sehen. Ebenso wertvoll ist aber auch das in den Auslassungen des Blattes enthaltene Zugeständnis, daß die bisherigen ehrenamtlichen Institutionen in der sozialen Versicherung in musterhaftiger Weise gearbeitet haben. Wir sind überzeugt, daß die Feststellungen des Arbeiterblattes uns in dem auszufechtenden Kampf um die endgültige Gestaltung der Reichsversicherungsordnung gute Dienste leisten werden.

Selbstbewußte Männer.

Gegen den Brotwucher nahm in Köln der Rheinisch-Zweigerbund des Zentralverbandes der Bäckereinnungen Deutschlands Stellung. Man nahm einstimmig eine Resolution an, in der es heißt:

Der Verbandstag der rheinischen Bäckereinnungen gibt bei der Beratung der gegenwärtigen hohen Getreidepreise seinem Bauern Ausdruck, daß bei der im deutschen Reichstage erfolgten wiederholten Interpellation die Reichsregierung und die die agrarischen Interessen vertretenden Mehrheitsparteien es abgelehnt haben, Maßnahmen zum Schutze des schwer bedrückten Bäckergewerbes sowie der städtischen und industriellen Bevölkerung zu schaffen. Der Verbandstag empfiehlt daher allen Bäckereimestern im Interesse ihrer Selbsthaltung auf das eindringlichste, bei ihren Abgeordneten vorzutreten zu werden, damit sie für die unbedingte Beseitigung des Systems der Getreideausfuhr-scheine eintreten und jede weitere Belastung des Brotgetreides mit Zöllen und sonstigen Abgaben ablehnen.“

Es ist nun bezweifelnd, daß in der ursprünglichen Fassung der Resolution gefordert wurde, die Bäckereimester sollten bei künftigen Reichstagswahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben, die für diese Forderungen eintreten. Für diese Fassung erhoben sich aber von den über 200 Delegierten nur 20. Die Bäckereimester wollen also auch künftig die Brotwucherer unterstützen, es handelt sich ihnen nur um eine kleinere Milderung des Brotwuchers, um die Kaufkraft der Konsumenten nicht völlig zu erschöpfen. Die Brotsteuerung an sich ist ihnen nicht unangenehm.

Terrorismus im Bunde der Landwirte.

Auf der Tagung des neugegründeten liberalen Bauernbundes in Graubenz kam es zu sehr lebhaften Beschwerden über den Terrorismus des Bundes der Landwirte. Als Opfer dieses Terrorismus traten unter anderen der freikonservative Reichstagsabgeordnete Pöcher auf, der in der Wahlkampagne 1907 aus dem Bunde ausgeschlossen wurde. Auch der Landtagsabgeordnete Bamhoff (Dönabrid) stellte sich der Versammlung als früheres Mitglied des Bundes der Landwirte vor. Weil er sich freier und unabhängiger Bauer es sich verboten habe, Instruktionen vom Bunde der Landwirte über seine parlamentarische Tätigkeit entgegenzunehmen, habe man ihn ausgeschlossen. Anstehender Parte (Reuttedenburg) teilte unter Beizeugnis mit, daß man ihm am Montag in eingeschriebenem Briefe seinen Ausschluss aus dem Bunde der Landwirte mitgeteilt habe. Wenn der Bund der Landwirte beiseite den laut genug erhobenen Klagen der Bauern Gehör geschenkt hätte, wäre es wohl zu keiner Spaltung gekommen. Jetzt sei es zu spät. Ein dem an n (Graubenz) bemerkte, daß im Bunde der Landwirte für liberale und freikönigliche Bauern kein Raum mehr gewesen sei, und sie daher, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen wollten, gezwungen waren, dies in einem neuen Bunde zu tun.

Die Deutsche Tages-Zeitung, die mit besonderer Vorliebe über „sozialdemokratischen Terrorismus“ zu jatern pflegt, hat alle Veranlassung, sich zu diesen Beschwerden zu äußern.

Berlin, 21. Juli. Das Reichspostamt hat die Ausführungsbestimmungen zu der verabschiedeten Gehaltsaufbesserung für die Postbeamten an die einzelnen Oberpostdirektionen ergehen lassen. Bei den Direktionen soll unter Heranziehung von Hilfskräften mit größter Beschleunigung die Feststellung der Einzelgehälter erfolgen.

Hehl, der vertrauenswürdigste. Nach alledem, was bis jetzt über die „Mandatsüberlegung“ des Herrn v. Hehl bekannt wurde, schienen weitere Überraschungen ausgeschlossen zu sein. Erfuhr man doch, daß Herr Hehl das Mandat in die Hände seiner Vertrauensmänner „zurücklegte“ und daß er es von diesen einstimmig wiedererhielt, allerdings wurde diese Einstimmigkeit nur erzielt, indem der liberale Widerspruch einfach niedergedrückt wurde. So blieb Herr v. Hehl liberaler Abgeordneter aus Gnaden der konservativen Vertrauensliste. Nun berichtet das Berliner Tageblatt zu dieser „Vertrauensmännerversammlung“ weiter:

Die „Vertrauensmänner“versammlung setzte sich zusammen aus 500 Personen, von denen der Wormser Zeitung zufolge 250 bis 300 von der Fabrik abkommandierte Arbeiter gewesen sind. Von den letzteren habe einer nach der Versammlung treuherrig erklärt:

„Was mäine Er, was ich von de Volledit verkeh? Komer, wann m'a in's Herr Heyle schaffi, muh m'a doch mitmache, wie's unser Herr will!“

Das politische Vertrauen, das Herr v. Hehl genießt, wird ihm wohl von zitternden Lafaien oder von jenen schwachen Geistern des Bundes der Landwirte entgegengebracht, die der in agrarischer Psychologie trefflich bewanderte Liman schon kennzeichnete. Ein stolzes Mandat wahrlich!

Beschleidenheit. Die Nationalzeitung meldet, daß die Vermutung, laut der in der nächsten Reichstagsession die Regierung mit Vorlagen zur Ergänzung der Reichsfinanzreform an das Parlament herantreten werde, unzutreffend sei. In der kommenden Session werde die Regierung weder die Erbschaftsteuer noch sonst eine Ergänzungssteuer vorschlagen. Die gnädig!

Die Opferwilligen. Eine kurze Uebersicht über die Quellen der preussischen Steuern ergibt, daß die Lasten überwiegend die politisch einflusslosen Bewohner der Städte bedrücken, während die einflussreiche Junkertumsklasse vom Steuerdruck kaum berührt wird. In Preußen wurden im Jahre 1908 rund 278 Millionen Staatssteuern aufgebracht. Daran sind die Städte mit 208, das Land mit 66 Millionen beteiligt. An der Spitze der Städte steht Berlin, das ohne Vororte 83 Millionen direkte Steuern aufbringt. Der Steuerertrag der Vororte wird mit 18—18 Mill. veranschlagt. Groß-Berlin bringt also rund ein Fünftel der gesamten preussischen Staatssteuereinnahmen auf, und Berlin allein bringt mit seinen 83 Millionen dem Staate mehr ein, als die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Polen, Schleswig-Holstein und Hohenzollern zusammen. Auch bei der Ergänzungssteuer, der preussischen Vermögenssteuer, bleiben die Städte noch weit dem flachen Lande voraus. Das gesamte steuerpflichtige Vermögen in Preußen beträgt 160 Milliarden Mk., nachdem jedoch 60 Milliarden der Besteuerung rechtsunwürdig entzogen werden, bleiben besteuert rund 100 Milliarden Mk. Auch hieron entfallen rund zwei Drittel auf die Städte.

So billig schlecht bezahlet die Junker die Macht in Preußen und damit im Reich.

Konservative Rebellionen. In Schwedt in Schlesien, im Wahlkreise des konservativen Führers Freiherr v. Richthofen, hat eine starkbesetzte konservative Versammlung ihrem Abgeordneten ihre Mißbilligung für seine Abstimmung bei der Reichsfinanzreform ausgesprochen. — Im Wahlkreise Anklam-Demmin hat der konservative Reichstagsabgeordnete Graf von Schwerin — obwohl der Opposition dadurch vorbeugen versucht, daß er einem Vertrauensmann seiner Partei eine Unterredung gewährte. Darin sagte er, daß er geglaubt habe, Bülow würde die Konsequenz seines Rücktritts nicht ziehen, er habe nicht unterlassen, dem Kanzler wenigstens noch davon Kenntnis zu geben, eine weit einschneidende Bedeutung seinem Verbleiben im Amte im Wahlkreise Anklam-Demmin beigemessen wird. Die Opposition, die sich um Bülow grämt, ist nicht viel mehr wert als die bekämpften Führer.

„Sühne“. Wegen Verleumdung eines Reserveleutnants, Verleugung eines vorgeblich unparteiischen Bochumer Blattes, Vorlesers des Bochumer Bezirkskommandos und des gesamten Reserveoffizierskorps, war der verantwortliche Redakteur des Bochumer Volksblattes, Genosse Steinke, im November vorigen Jahres von der Bochumer Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hob das Urteil aus verschiedenen Gründen auf und verwies die Sache an die Bochumer Strafkammer zurück. In der heute stattgefundenen erneuten Verhandlung wurde unter Verlesung des § 108 St. G. B. auf dieselbe Strafe erkannt.

Großbritannien.

Acht Dreadnoughts.

London, 20. Juli. Die Regierung soll, wie mehrere Morgenblätter melden, beschloffen haben, während des laufenden Jahres den Bau von acht Dreadnoughts zu beginnen.

Serbien.

Eine noble Gesellschaft.

Wien, 21. Juli. Nach Meldungen aus Belgrad sind die Verschönerer wieder Herren der Situation. Major Stanowitsch wurden aus dem Dispositionsfonds 40 000 Frank ausgezahlt; der König nahm den Befehl zurück, wonach die Kpanage des Hauptverschönerers Gonzio eingestellt wird. Welche Maßnahmen erfolgen auf Drohung der Verschönerer, daß sie, wenn die Pressionen des Prinzen Georg auf die Verschönerer nicht aufhörten, den König, den Prinzen Georg und die radikale Partei kopromittierende Dokumente veröffentlichen würden.

Griechenland.

Das neue Kabinett.

Athen, 20. Juli. Das Ministerium Kallias ist gebildet und folgendermaßen zusammengesetzt: Kallias Vorkis und Finanzen, Jografos Außenwärtiges, Stratos Inneres, Dianles Marine, Kanusogle Snakis Krieg, Deljannis Justiz, Cheroeskopulos Unterricht. Die Minister werden heute den Eid leisten.

Sächsische Angelegenheiten.

Freisinnige Schmerzen und Hoffnungslosigkeit.

Wie aus der freisinnigen Presse täglich zu ersehen ist, haben die sonst recht begriffstuhigen politischen Männerlein, die hinter den Wiemer, Rugdan und Bachnide einherstelen, doch kapiert, daß die elende und standalöse Steuermacherei im Reichstage nur der Sozialdemokratie erhebliche agitatorische Erfolge bringen wird. Die bitterlich enttäuschten Freisinnigen klagen deshalb in weinerlichem

Tone die Konservativen als „Schrittmacher der Sozialdemokratie“ an und unternehmen gleichzeitig den recht amüsannten Versuch, den Liberalismus als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zu empfehlen, wenn — ja, wenn sich irgendwer dazu entschließt, eine liberale Gesetzgebung einzuführen. Die armen freisinnigen Hahner! Daß sie und ihre famosen liberalen Geschwister die so ersehnte liberale Gesetzgebung einzuführen sich getrauten, davon hört man kein Wort mehr. Sie scheinen wie die Juden, auf irgendeinen Messias zu warten, der dem Kranken und in der Auflösung begriffenen liberalen Völkchen vielleicht doch noch Heil und Rettung bringt. Als die Freisinnigen aus dem Bloß ausgemergelt, dieser selbst zertrümmert wurde, stellten sich die Wiemeraner in theatralische Pose und mimten parlamentarische Volkshelden. Sie glaubten damit dem Volke imponieren zu können. Nun müssen sie einsehen, daß ihr Theaterkrieg gegen den schwarz-blauen Bloß für die Raß gewesen ist, die Sozialdemokratie die agitatorische und politische Ernte einheimen wird. Die Freisinnsmänner sehen mit Schrecken, daß ihr politischer Kredit beinahe erschöpft ist, ihre Ohnmacht und traurige Verfassung trahzutage tritt. Das ist allerdings kein Wunder. Wer sich durch die Bloßgemeinschaft mit den Schnapsjunkern, und innerhalb des Bloßes durch fortgesetztes Profitulieren so unfählich bloßgestellt und forumpiert hat, wie gerade der Freisinn bei der Spielarten, hat allerdings Ursache, stöhnend die Hände zu ringen und verzweifeln in die Zukunft zu blicken. Man mag die freisinnige Presse noch so genau absuchen, nirgends wird man auf den männlichen Gedanken stoßen, daß der Freisinn den Versuch machen will, mit den letzten schätzbaren Resten von Kraft und Kredit ein andres Leben zu beginnen. Der freisinnigen Zittauer Morgenzeitung, die sonst den liberalen Himmel immer voller Bahngelgen hängen sieht, wird bereits alles rot vor den entsetzten Augen, sie sieht bei der Fortdauer der schwarz-blauen Bloßgemeinschaft schon über hundert Sozialdemokraten im Reichstage sitzen. Daß das Volk aber mehr Freisinnige in das Reichsparlament senden werde, wagt die gute Zittauerin nicht anzunehmen. Sie traut demnach dem Volke bei den nächsten Wahlen einen sehr gelunden und vernünftigen Oppositionsgeist zu. Diese Erkenntnis wird aber weder für die Zittauerin noch für den Freisinn im allgemeinen der Anfang zur Besserung sein. Solange der Freisinn noch dahinvegetiert, wird er sein politisches Luderleben weiter leben und sich, unter fortwährender Herabsetzung der Taxe, also für die allerbilligsten Preise, bald den Nationalliberalen, bald den Konservativen in die Arme werfen. Da wird nichts mehr zu retten sein, selbst zur Bettschwester wird's nicht mehr langen. Wenn der Freisinn in den letzten zehn Jahren nur eine halbwegs leidliche Politik befolgt hätte, nicht bei allen möglichen Volksbelastungen und Verrätereien den Helfershelfer gespielt hätte, könnte er jetzt gegen die Nationalliberalen und Konservativen auf bedeutende Mandatserfolge rechnen, die im Wahlkampfe zu holen wären und nicht durch korumpierende Kompromisse. Durch die politische Kurzsichtigkeit, Feigheit und Regierungsdienerei der freisinnigen Führer, denen die schwandelnden und politisch gar nicht gebildeten und gefestigten freisinnigen Wähler das Treiben erleichterten, ist der Freisinn zu dem heutigen politischen Spottgebilde geworden, das schon an der eignen Hoffnungslosigkeit zugrunde gehen muß. Solche notorische Schwächlinge wie der Freisinn, werden eben ausgeschaltet in einer Zeit, wo die Klassegegensätze und die politischen Kämpfe sich derart zuspitzen und erbittert ausgefochten werden, wie heute.

Mischmasch-Kandidaten-Rudel im 37. ländlichen Kreise.

Der Ordnungsbret im 37. ländlichen Kreise ist in großer Verlegenheit. Er hat statt des ursprünglich allein erkorenen gemeinsamen Kandidaten der vereinigten Ordnungsparteien jetzt deren drei. Und das kam so. Die Bezirke Müllengrund und Hohndorf-Kenndorfel gravitierten mit ihrer Kandidatenneigung nach einer andern Richtung als die Ortshaupten im Zwidauer Bezirke, die sich auf den Schuldirektor Dittmann in Friedrichsgrün geeinigt hatten, von dem man hoffte, daß er den Sozialdemokraten auf jeden Fall besiegen werde. Im Müllengrund scheint man aber ein noch viel höheres Geisteslicht entdeckt zu haben, denn die dortigen Ordnungspolizei schwören auf den Schuldirektor Uhlmann und die Hohndorfer Ordnungsmänner und die Bauern im Kreise sollen den — Bergdirektor Landmann in Hohndorf-Richtenstein als den „besten Volksvertreter“ befunden haben. Kein Wunder, wenn den „Ordnungs“-häuptionern sehr schwill zumute ist, zumal die beiden Pädagogen auch nicht gleich daran denken dürften, zu gunsten eines Bergdirektors zurückzutreten. Aber schließlich hilft auch hier „Zureden“, wenn für den Herrn Bergdirektor „höhere taktische Beweggründe und Rücksichten“ ins Feld geführt werden, so daß ihm alle in von dem netten Kandidaten-Trio die Aufgabe zufallen wird, wider den Sozialdemokraten in den Wahlkampf zu ziehen. Man nimmt nämlich an, daß der Herr Bergdirektor Landmann, gleich wie sein Kollege Richter im 40. ländlichen Kreise, schon durch seine Stellung größere Chancen unter den Bergarbeiter-Wählern habe. Das ist das ganze „Geheimnis“. Man hofft, daß die Bergarbeiter so töricht sein werden, gegen ihre eigenen Interessen zu wüten und einem Manne ihre Stimme zu geben, der wohl die Interessen des Besizes, aber niemals die der Allgemeinheit, des arbeitenden Volkes wahren könnte, also der allerungeeignete Vertreter für den 37. ländlichen Kreise wäre. Zweifellos wird man bei der bevorstehenden Wahlkampagne mit dem unerhörtesten Druck arbeiten und in den Kreisen des Grubenkapitals wird man im 37. wie im 40. ländlichen Kreise kein Mittel unversucht lassen, die Mandate in den Besitz zu bringen.

Aber die Herrschaften sollen sich nur nicht etwa allzu sicheren Hoffnungen hingeben, die Bergarbeiter, die jederzeit wüthen, was ihre politische Ehrenpflicht ist, könnten ihnen leicht eine Lektion beibringen, an welche die Ordnungshäupter später nur mit sehr gemischten Empfindungen zurückdenken.

Vom Hansabund will auch die Gewerkekammer Plauen nichts wissen, die eine Anfrage des Präsidenten der Handelskammer Plauen, ob sie geneigt sei, gemeinsam mit letzterer Ortsgruppen des Hansabundes im Kammerbezirk zu gründen, ablehnen beantwortete. In einer vorigen Freitag in Zwickau stattgefundenen Versammlung der Gewerkekammer wurde gewissermaßen als Richtschnur für die Handwerker und Gewerbetreibenden der Beschlüsse gefaßt, „den Beitritt zum Hansabund in Rücksicht auf dessen politischen Charakter und solange er nicht den Beweis erbracht, daß er auch die Interessen der zur Gewerkekammer wahlberechtigten Kreise in entsprechender Weise wahr, abzulehnen. Die Kammer könne gegenwärtig den Kleingewerbetreibenden nicht empfehlen, sich neben der Mittelstandsvereinigung noch einer andern Vertretung anzuschließen, die eine Garantie für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen nicht zu bieten vermöge.“ Eine konfusere Begründung kann es wohl kaum geben. Vom Hansabund rät man wegen seines politischen Charakters ab und gestattet nur den Beitritt zur — „unpolitischen“ Mittelstandsvereinigung, die sich gern in ein „gemachtes Beite“ setzen möchte. Erkläret mir . . . !

Staatsunterstützung für Genossenschaften. Dem Verband der — landwirtschaftlichen Genossenschaften sind auch in diesem Jahre von der sächsischen Regierung 25 000 Mark Unterstützung gegeben worden. Diese Summe nimmt sich für Steuerzahler besonders schön aus, wenn man erfährt, daß sich bei den 51 000 Mk. betragenden Verbandsausgaben die folgenden befinden: Gehälter und Vergütungen 25 000 Mk., 2000 Mk. Beitrag zum Reichsverband, 4000 Mk. Kosten des Verbandstages in Dresden, 2000 Mk. für Versammlungen und Ausflüge, 4800 Mk. für Drucksachen und Post und 8500 Mk. Tage- und Reisegehälter der Beamten. — Also beinahe die Hälfte dieser interessantesten Ausgaben werden auf Kosten der Steuerzahler bestritten. Agrarisch ist eben Krumpf bei uns

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wagner, der im O. sächsischen Wahlkreise gewählt worden ist, hat als Kandidat versprochen, daß er seinen Einfluß bei den Konservativen geltend machen wolle, daß bei neuen Steuervorlagen der Tabak verschont bleibe. Noch am 14. Januar 1908 teilte er einem Freiburger Tabakarbeiter, der Herrn Dr. Wagner auf die Folgen einer eventuellen Mehrbelastung aufmerksam machte und um seine ablehnende Stellungnahme in einer kommenden Tabaksteuererhöhung bat, mit, daß er (Dr. Wagner) schon vor seiner Wahl sich gegen eine höhere Belastung des Tabaks ausgesprochen und seine Auffassung nicht geändert habe. Als aber nun im Reichstage über die Besteuerung des Tabaks abgestimmt wurde, fehlte Herr Dr. Wagner. Er hat sich einfach von der Abstimmung gedrückt. Außerdem stimmte er gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf Entschädigung der etwa drohtlos werdenden Tabakarbeiter; auch der jahme Antrag des Zentrums-abgeordneten Gieseler war ihm noch zu weitgehend und konnte er auch hier nicht anders als dagegen zu stimmen. — So steht die vor den Wahlen betonte Arbeiterfreundlichkeit der Ordnungsbretter aus. Dr. Wagner ist auch Vorsitzender des konservativen Landesvereins.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Beim Ausweichen vor einem daherrasenden Automobil. Kam in Zittau der Wertmüller Langner zu Fall und wurde durch das Automobil schwer verletzt. Das Unglück trifft die mehrlöpfige Familie des Langner um so schwerer, als am Tage zuvor die Frau des Verunglückten beerdigt wurde. Das erwähnte Automobil ist Eigentum des Majoratsherrn Grafen Lack aus Posen. — Ein Raub-anfall wurde in Königshain auf den Mühlendestler Schäfer aus Mittelweigsdorf von einem Unbekannten verübt. Der Angreifer wurde aber von dem Mühlendestler überwältigt und ergriff die Flucht. — Bei der Tobaksmühle in Radeberg erglückte ein Unfällefall. Eine junge Inassin der Anstalt entließ, wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Störung, und sprang, bevor die ihr nachstellende Schwester sie erreichen konnte, in den nahegelegenen Steinbruch. Das Mädchen war sofort tot. — In die Elbe sprang bei Heidenau von der Dampfbrückenbrücke ein großer, starker Mann und ertrank. — Der Hilfschirurmeister Schmidt in Sebitz wurde auf einem Nebengleis des Bahnhofs bewußtlos mit einer Kopfverletzung aufgefunden. Nach kurzer Zeit trat der Tod ein. — In Dresden starzte der zehnjährige Knabe Dittich am Johannstädter Ufer in die Elbe. Er wurde vom Strome fortgetrieben. Auf die Hilferufe eines Knaben eilte der 14 Jahre alte Kurt Kublisch herbei, schwamm dem im Wasser treibenden Knaben nach und brachte ihn unter Aufbietung aller seiner Kräfte noch lebend ans Land. — Ein Schulfeld aus Striegau bei Riesa wurde zwischen diesem Orte und dem Bahnhofe Fraunhof von einem Knechte aus Jbanitz angefallen und mit dem Messer bedroht. Als der Knabe sich an dem Knechte vergreifen wollte, wurde er durch dessen Hilferufe und durch das Erscheinen eines Fischer-gesährs verjagt. Der Uebelthäter ist verhaftet worden. — Der in Turnerkreisen weit bekannte Realgymnasialoberlehrer Barthel von Chemnitz ist auf einer Alpentour aus dem Leben gekommen; er starzte am Dienstag früh in Pinzolo in den Strolcher Alpen ab und war sofort tot. — In einem Hause der Nordvorstadt in Chemnitz wurde eine ledige 23-jährige Arbeiterin in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden und polizeilich aufgefunden. — In einem Hause der Westvorstadt in Chemnitz wurde ein 35-jähriger Kaufmann in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. — Am Montag nachmittag badeten mehrere Leute aus Ottendorf in der Nähe der schlesischen Papierfabrik bei Wittweida in der Pöschau. Unter diesen befand sich der in Chemnitz als Zuschläger beschäftigte 18-jährige Schüler, der jedenfalls infolge Schlaganfalls plötzlich in die Tiefe sank und ertrank. — Der Hilfsjugendführer Seidel aus Zwickau verunglückte beim Angieren auf dem Bahnhof Meerane dadurch, daß er mit dem Kopfe an die Crim-mitschauer Straßeneinführung anstieß. — Auf dem Zweiggleis des Herznerischen Steinbruchs in Verberzdorf verunglückte der Stationshelfer Beigel vom Bahnhof Sainichen dadurch schwer, daß er zwischen einen Eisenbahnwagen und eine Säule des Brechgebändes geriet. Er erlitt beiderseitige Rippenbrüche und Verletzungen der Lunge. — Als auf dem Gymnasial-Ausbau in Plauen ein etwa 70-jähriger schwerer Sandsteinblock emporgewunden wurde, riß plötzlich die Kette des Flasenzuges. Der Bloß durchschlag das Gerüst und eine Eisenstange traf dabei den verheirateten Steinmehlpoller Franz von hier so wuchtig, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Franz war sofort tot. — Am Sonntag, am Tage vor dem Auszügen der Grimaer Dufaren nach Zschöben, erschok sich in der Kaserne ein aus Chemnitz stammender und im ersten Jahre dienender Pufar der 5. Schwabtrun mit seinem Karabiner, den er mit einer Mappatrone geladen hatte. Der Schuß, der in die Stirn abgeben wurde, riß ein Loch in die Schädeldecke, aus dem das Gehirn heraustrat.

Aus den Nachbargebieten.

Die sozialdemokratischen Vereine und das Reichsvereinsgefch sind Mitglieder versammungen sozialdemokratischer Wahlvereine öffentliche Versammlungen, die der polizeilichen Ueberwachung unterliegen? Diese Frage hat bekanntlich das Oberverwaltungsgericht am 4. Juni d. J. verneint, indem es in einem Verwaltungsstreitverfahren, das der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins zu Magdeburg, Genosse Mühs, gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen angestrengt hatte, dem Klageanspruch stattgab.

Eine Begründung des Urteils erfolgte damals nicht. Die in Aussicht gestellte schriftliche Begründung liegt jetzt vor. Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg hatte eine Generalversammlung einberufen, die u. a. zum Nürnberg-Parteitag Stellung nehmen sollte. Obwohl ausdrücklich bekannt gemacht war, daß nur Mitglieder, die sich durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren könnten, Zutritt hätten, erschienen doch zwei Polizeibeamte zur Überwachung. Die Beamten verließen auch nicht das Lokal, als sie dazu aufgefordert wurden. Eine Abordnung, die daraufhin sofort zum Polizeipräsidenten gefandt wurde, kam mit dem Bescheid zurück, daß die Beamten in seinem Austrage handelten. Zu einer weiteren Versammlung erschien die Polizei wiederum mit noch einem größeren Aufgebot. Als die Beamten von den Türkontrolluren sowie vom Vorsitzenden der Einlaß in den Saal verweigert wurde, rissen sie die Tür auf und drangen in den Verhandlungsraum ein. Einer Aufseher, den Saal zu verlassen, leisteten sie keine Folge. Als dann einer der Versammlungsbesucher eine Rede in polnischer Sprache begann, erklärte der Polizeikommissar die Versammlung für aufgelöst, mit der Begründung, daß die Polizei nicht zugelassen und daß polnisch gesprochen worden sei.

Eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten gegen das Vorgehen der Polizei wurde abgewiesen, ebenso wie eine weitere Beschwerde an den Oberpräsidenten. Daraufhin beschritt Genosse Kühls den Weg der Klage mit dem Erfolge, daß das Oberverwaltungsgericht den Bescheid des Oberpräsidenten und die Verfügung des Polizeipräsidenten aufhob.

In der schriftlichen Begründung heißt es: Für die Beurteilung der Frage, ob eine Versammlung als eine öffentliche anzusehen ist, können die Tatsachen des einzelnen Falles und die gesamte mit demselben zusammenhängende Sachlage maßgebend sein. — Wird hiervon ausgegangen, so ist zunächst festzustellen, daß die auf den 20. August 1908 einberufene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins ausschließlich für dessen Mitglieder zugänglich sein sollte. Es geht aus dem Mitgliedsbuch deutlich hervor, daß die Versammlung mit dem Bescheid des Sozialdemokratischen Vereins als öffentliche bezeichnet wird. Die Bescheidensformulierung enthält die Einladung hervor, daß auch Personen an der Versammlung teilnehmen dürfen, welche nicht Mitglieder des Vereins sind, ist von den beteiligten Behörden nicht einmal behauptet worden. Dagegen hat der Beklagte, Kgl. Oberpräsident, den Beweis, daß es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe, durch folgende Ausführungen zu führen versucht:

Der Sozialdemokratische Verein in Magdeburg entbehre schon im Hinblick auf die große Zahl und den ständigen Wechsel der Mitglieder einer festen Organisation und eines individuellen Personenkreises. Die Versammlungen eines solchen Vereins seien daher schon im Hinblick auf die Mitgliedschaft von mehreren tausend, vermutlich in sehr kurzen Zwischenräumen ihrer Zusammensetzung nach wechselnden Personen mit dem Begriffe der Öffentlichkeit im Sinne des Reichsvereinsgesetzes auf das engste verbunden.

Diese Ausführungen gehen indessen fehl. Die Organisation des Vereins ist nach dem vorgelegten Statute eine verhältnismäßig straffe und entspricht derjenigen, welche ähnliche Vereine in der Regel besitzen. Die Aufnahme ist keine leiberrnann zustehende, sie wird von der Entscheidung des Vorstandes abhängig gemacht, und kann von der Bezirksversammlung beanstandet werden. Der Vereinsbeitrag ist an sich nicht hoch, immerhin aber auch nicht niedriger als bei anderen großen politischen Vereinen; zudem können außerordentliche Beiträge erhoben werden. Nichtzahlung des Beitrags während einer bestimmten Zeit hat die Streichung des betr. Mitglieds aus der Mitgliederliste zur Folge. Der Austritt aus dem Verein ist allerdings zu jeder Zeit gestattet; auch hierin ist indessen keine Bestimmung zu erblicken, welche dafür geltend gemacht werden könnte, daß es sich nur um eine lose oder gar etwa um eine Scheinorganisation handle. — Abgesehen davon, daß in diesem Punkte sich das Statut ebenfalls den Statuten anderer gleichartiger Vereine anlehnt, legen die dort vorgelegenen Kommissionen, das Vorhandensein eines eigenen Vereinsorgans und ähnliches Zeugnis für das Bestehen eines festen Zusammenhangs unter den Vereinsmitgliedern ab. Auch die räumliche Ausdehnung des Gebietes, in welchem der Verein wirken will, ist keine solche, daß ein innerer Zusammenhang unter den Mitgliedern als ausgeschlossen erachtet werden müßte; der Verein erstreckt sich ausschließlich auf die Stadt Magdeburg in ihrer gegenwärtigen Begrenzung, umfaßt also lediglich den Bezirk einer Gemeinde. — Der einzige Punkt, welcher Bedenken hervorzurufen geeignet ist und der auch, soweit ersichtlich, die Polizeibehörde zu ihrem Vorgehen veranlaßt hat, beruht in der Zahl der Mitglieder. Eine Mitgliederzahl von 4800 ist sicherlich eine hohe und es ist daher die Erwägung wohl am Platze, ob bei dieser großen Zahl der Verein noch als eine von der übrigen Bevölkerung abgegrenzte Gemeinschaft betrachtet werden kann. Bei der Erörterung dieser Frage müssen indessen die Verhältnisse der Großstadt in Betracht gezogen werden. Bei allen in großen Städten bestehenden Vereinen, soweit sie nicht Ziele beschränkter Art verfolgen, insbesondere bei solchen, welche eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, wird die Zahl der Vereinsmitglieder eine verhältnismäßig große und der Wechsel im Mitgliederbestand ein häufiger sein. Im Hinblick hierauf würde es nicht gerechtfertigt sein, für die Frage, ob die Versammlungen eines Vereins öffentliche sind oder nicht, die mehr oder minder hohe Zahl der Vereinsmitglieder für sich allein als ausschlaggebend anzusehen. Eine Unterscheidung zwischen großen und kleinen Vereinen würde überdies vom Standpunkte der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes aus betrachtet, in der Praxis unlösliche Widersprüche ergeben und schließlich zur Willkür führen.

Handelte es sich aber am 20. August 1908 um eine Mitgliederversammlung und war dieselbe nach dem Gesagten als eine öffentliche nicht zu betrachten, so war die Polizeibehörde auch nicht berechtigt, die Versammlung überwachend zu lassen und ihre Auflösung aus dem Grunde auszusprechen, weil ihre Abordnung zu der Versammlung nicht zugelassen waren.

Das Urteil ist für die Parteiorganisationen von grundsätzlicher Bedeutung, denn bekanntlich wurde nicht nur in Magdeburg versucht, die Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Vereine zu öffentlichen zu stampeln. Durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist den Versuchen der Polizei, auf Umwegen eine der wesentlichen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, die einen Fortschritt bedeuten, außer Kraft zu setzen, ein Niegel vorgegeben worden. Bemerkenswert ist übrigens noch, daß der von dem Minister des Innern zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses für die mündliche Verhandlung bestellte Kommissar für die Abweisung der Klage plädiert hatte, und das trotz der Erklärung des Ministers im Reichstage, daß das Vereinsgesetz eine „loyale Auslegung“ erfahren solle!

Magdeburg. Sozialdemokraten sind grundsätzlich nicht gleichberechtigt. Im Jahre 1907 wurde in Magdeburg dem Metallarbeiterverband das städtische Lokal „Herrenkrug“ zur Abhaltung eines Sommerfestes wie im Jahre zuvor zur Verfügung gestellt. Pöblich zog jedoch der Pächter keine Zulage zurück, weil ihm durch die Hilfe der Polizei der Willkürherrschaft angebroht worden war, für den Fall, daß er Sozialdemokraten sein Lokal zur Verfügung stelle. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung, wobei auch von bürgerlicher Seite die Abreibung des Lokals scharf kritisiert und verurteilt wurde. — In diesem Jahre wandte sich der Metallarbeiterverband nun wieder an den Pächter des „Herrenkrug“ um Ueberlassung des Lokals. Unter nichtsagenden Gründen wurde es ihm wiederum ab-

gelehnt. Der Verband wandte sich daraufhin an den Magistrat, schlichtete das ungerechtfertigte Verhalten des Pächters und ersuchte nun den Magistrat, ihm den städtischen Festplatz „Rotehorn“, der alljährlich den Schützen zu ihrem Feste zur Verfügung gestellt wird, zu überlassen. Der Magistrat lehnte das aber ab, und zwar mit der folgenden, vom Bürgermeister Reimarus unterzeichneten, kurzen, aber vielstimmigen Antwort: „Den Festplatz auf dem Rotehorn können wir nicht zur Verfügung stellen. Wir haben beschloffen, öffentliche städtische Plätze für Veranstaltungen von Vereinen notorisch sozialdemokratischer Richtung grundsätzlich nicht zu vergeben.“

Sozialdemokraten sind also grundsätzlich nicht gleichberechtigt. Warum haben sie denn aber grundsätzlich die gleichen Pflichten? Mühte man nicht logischerweise grundsätzlich auch auf die Steuerpflichten der Sozialdemokraten zu achten?

Seehausen (Altmark). Hier wurde ein achtjähriges Mädchen ermordet und in den Fluß geworfen.

Mühleln (Prov. Sachsen). Der Grubenarbeiter Weber aus Weitin versuchte ein Stillschließverbrechen an dem fünf Jahre alten Lehrling eines Gerichsbieners. Der Lehrling hatte die Kleine in eine Feldscheune gelockt, wurde aber von einigen Gefährten verjagt. Leider gelang es bisher noch nicht, Webers habhaft zu werden.

Gerichtssaal.

Landgericht.

„Rückfällige Diebe.“ Die Bestimmungen unseres Strafrechts über den Rückfall der Diebe sind furchtbar hart und sie treffen die Unglücklichen vielfach mit solcher Wucht, daß sie ihr Leben daran zu tragen haben. Gestern fand ein junges Dienstmädchen, das in schlechte Gesellschaft geraten und zum Diebstahl verleitet worden war, vor Gericht, weil es ihrer Herrschaft, einem Casébesitzer, 20 Mk. gestohlen hat. Sie wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht bewahrte das Mädchen dabei sogar noch vor dem Zuchthaus, indem es ihm mildernde Umstände zubilligte.

Vor dem Jugendgericht hatte sich ein 17jähriges Mädchen zu verantworten, weil es einen Automaten erbrochen und daraus für etwa 2 Mk. Waren gestohlen hat. Der Junge war bis dahin standhaft geblieben, aber seine Brust hob und senkte sich in konvulsischem Schluchzen, als er hörte, daß er zu neun Monaten Gefängnis verurteilt war und sofort abgeführt werden sollte.

Ein etwa 22jähriger junger Mensch hatte erst vor kurzem wegen eines Fahrraddiebstahls eine geringfügige Strafe erlitten. Als er sie verbüßt hatte, wurde er nach vier Tagen abermals bei einem Fahrraddiebstahl erfaßt. Auch er erhielt neun Monate Gefängnis zubilligt.

Gewerbegericht.

Der Vohntarif des Verbandes der Statuteure vor dem Gewerbegericht. Gestaltete wurde von einem Gehilfen auf 94 Mk. rückständige „Auslösung“ gegen die Firma Schöne u. Strunz in Leipzig. Erschienen war von dieser Firma Hermann Schöne. Bei ihm hatte der Kläger 4 Jahre gelernt und dann auch längere Zeit als Gehilfe gearbeitet, u. a. 47 Tage in auswärtigen Städten. Bei Beendigung der Lehrzeit war der vom Verband vereinbarte Lohn festgesetzt worden, wozu natürlich auch gehörte, daß bei auswärtigen Arbeiten ein Zuschlag von 2 Mk. pro Tag gezahlt wird, was nach Angaben des Klägers ebenfalls vereinbart worden ist. Als dann der Gehilfe den Auslösungsbetrag verlangte, hat Schöne erklärt: „Da gibt's nichts! Wenn es vier Wochen eher wär', tät ich dir eine runter hauen!“ Das Gewerbegericht stellte sich nun auf den Standpunkt, daß der Tarifvertrag abgeschlossen ist, um von Gehilfen und Meistern gehalten zu werden. Vom Vorsitzenden mußte dem Schöne erst des Langen und Breiten auseinandergesetzt werden, wie kleinlich und nichtsagend die gegen die Klage vorgebrachten Einreden sind. Auch ein Beisitzer, Herr Drechslermeister Schumann, hielt Schöne eine Lektion, an die dieser wohl noch denken wird. Schöne, so meinte Schumann, sei selbst Mitglied der Tarifkommission gewesen und jetzt arbeite er gegen die getroffenen Bestimmungen, so etwas geht doch nicht. Ein solches Verhalten sei im höchsten Grade vernunftwidrig und unmoralisch. Schöne versuchte es noch auf einem andern Gebiet. Kläger habe — nicht ordentlich gearbeitet, sei nicht auf der Höhe, er sei nur als Gehilfe gehalten worden, weil sein Vater gestorben sei usw. Damit kam Schöne aber erst recht schief an. Das behauptete er, obwohl er gesagt hatte, er habe „einen zuverlässigen Mann“ nach Werdau schicken müssen. Dem Schöne wurde vorgehalten: Ein junger bescheidener Mann, der bei Ihnen vier Jahre gelernt hat, ist doch nicht von dem Tage an unfähig, wenn er seinen verdienten Lohn fordert! Ein älterer Gehilfe hätte ja nach tariflicher Vereinbarung noch eine Mark täglich mehr an Lohn zu bekommen gehabt. Der Gehilfe ließ sich schließlich herbei, einen Vergleich mit 60 Mk. abzuschließen, womit die Firma 34 Mk. profitierte! Anfangs der Verhandlung wollte der Beklagte den als Beisitzer und Sachverständigen fungierenden Arbeiterbeisitzer Bauer wegen Befangenheit ablehnen, da B. früher einmal bei Sch. gearbeitet, jedoch, um seine Lage zu verbessern, diese Arbeitsstelle verlassen hat. Mit den vom Gericht abgegebenen Erklärungen mußte sich Schöne wohl oder übel abfinden — und er fand sich denn so ab, wie oben geschildert.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

„Seit Jahren die War Anzeige gekommen von Leuten, die die Verhältnisse genau kennen.“ Aus diesem Grunde beantragte die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Entziehung der an den Gutsbesitzer Krause-Cavertig zu zahlenden Unfallrente in Höhe von 10 Prozent. Krause war persönlich erschienen und kämpfte nachdrücklich, aber ohne Erfolg, gegen den Antrag der Genossenschaft. Das Gericht sagt in seiner Entscheidung: Folgen der Knieverletzung sind „nicht mehr vorhanden“. Beschwerden „nicht mehr bezifferbar“. K. hat ein großes Gut und „hat eine mehr beaufsichtigende Stellung inne“, er verrichtet alle landwirtschaftlichen Arbeiten und kann folglich keine Rente mehr erhalten. Verjährt war der Unfall des landwirtschaftlichen Arbeiters K. Er hat einen steifen Finger durch eine Verletzung bekommen. Der Ortsvorsteher in Beucha hat die Unfallanzeige zu spät weitergegeben, woran der Arbeiter nicht die geringste Schuld trägt. Doch soll er „in Zukunft stets vorsichtiger“ sein und „den Unfall gleich melden“. Der Verletzte mag nun gegen den Herrn in Beucha wegen Schadenersatz klagen.

hat die Unfallanzeige zu spät weitergegeben, woran der Arbeiter nicht die geringste Schuld trägt. Doch soll er „in Zukunft stets vorsichtiger“ sein und „den Unfall gleich melden“. Der Verletzte mag nun gegen den Herrn in Beucha wegen Schadenersatz klagen.

Verfammlungen

im 13. Reichstagswahlkreis.

Die Ortsvereine Detsch und Gaußsch

beschäftigten sich in einer am 17. Juli veranstalteten außerordentlichen Generalversammlung mit der Verschmelzung beider Ortsvereine. Nach einleitenden kurzen Worten des Genossen Oberst wurde die Vereinigung beschlossen und nachstehende Genossen mit der Leitung des Vereins betraut: Hermann Gerhardt (1. Vorsitzender), Pflieger (2. Vorsitzender), Thielcke (1. Kassierer), Kessler (2. Kassierer), Oswald Gerhardt (1. Schriftführer), Schent (2. Schriftführer), Feiger (Bibliothekar). Die Bibliotheken werden zusammengelegt, sobald ein geeigneter Raum gefunden ist. Die Versammlungen finden bis auf weiteres wechselseitig in beiden Orten in den bisherigen Lokalen statt. Die Mitglieder werden gebeten, den Versammlungstermin der 13. Wahlkreises in jeder Freitagnummer der Volkszeitung regelmäßig nachzusehen. Nach Vornahme der Wahlen zu den verschiedenen Kommissionen wurde beschlossen, das Sommerfest am 29. August im Gasthof zur grünen Linde in Detsch zu feiern. Mit einer Aufforderung des 1. Vorsitzenden, ihn in seiner Amtsführung nach Kräften zu unterstützen, wurde die erste Versammlung des nunmehrigen Ortsvereins Detsch-Gaußsch geschlossen.

Der Ortsverein Holzhausen

hielt am 17. Juli seine Generalversammlung ab. Nach dem Vorstandsbericht wurden 11 Mitgliederversammlungen, 3 öffentliche Versammlungen und 13 Vorstandssitzungen abgehalten. In Mitgliedern zählt der Verein 135 männliche und 32 weibliche. Durchschnittlich waren die Versammlungen von 62 Personen besucht. Die Einnahme des Vereins betrug 420.56 Mk., die Ausgabe 309.32 Mk. Der Kassenbestand 51.24 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Die Bibliothek umfaßt 252 Bände. Sie wurde von 182 Lesern benutzt. Die Sängerkabarett zählt 49 Mitglieder. Genosse Reinhardt wurde zum 1. Vorsitzenden, Genosse Kipig zum Kassierer und Genosse Näher zum Schriftführer gewählt. Zu Beisitzern wurden die Genossen Paul Schille, Wittmer und Schubert gewählt. Das Agitationskomitee setzt sich zusammen aus den Genossen Mühl, Rupey und E. Tirmer, die Bürgerrechtskommission aus den Genossen Schubert und Gassenheiner. Revisoren bleiben Mühl und Gängel. Als Beisitzer wurde Genosse Bläser gewählt. Als Bibliothekare fungieren die Genossen Geiger und Sämisch. Als Generalversammlungsvertreter wurden die Genossen Reinhardt, K. Schille, Rupey, Lotz, Wittmer und P. Schille gewählt.

Der Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf

zählte nach dem in der Halbjahrs-Generalversammlung vom 17. Juli im Goldenen Stern zu Sommerfeld erstatteten Vorstandsbericht 112 Mitglieder, und zwar 102 männliche und 10 weibliche. Das ist seit dem 1. Juli 1908 eine Zunahme von 32 Prozent. Von diesen 112 Mitgliedern sind gewerkschaftlich organisiert 74, Abonnenten der Volkszeitung 87, Landtagswähler 60; nur bürgerliche Zeitungen lesen 9; Gewerbetreibende sind 17; 3 weibliche Mitglieder gehen teilweise Berufspflichten nach. Im zweiten Halbjahre wurden 8 Mitgliederversammlungen und 9 Vorstandssitzungen abgehalten. Die Kasse hatte 308.04 Mk. Einnahme und 278.95 Mk. Ausgabe. Der Kassenbestand betrug am 1. Juli 28.09 Mk. Die Bibliothek zählt jetzt 400 Bände davon wurden 247 an 82 Leser abgegeben. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Der Posten als 1. Vorsitzender konnte nicht besetzt werden, da der bisherige Vorsitzende Genosse Kieß wegen Ueberlastung absieht; er führt aber die Geschäfte provisorisch bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung am 14. August weiter. Als 1. Kassierer wurde Genosse Betac, als 1. Schriftführer E. Böhm, als Bibliothekar Viské, als 2. Vorsitzender D. Dehmann, als 2. Kassierer A. Grenz, als 2. Schriftführer H. Kraus gewählt. Zu Revisoren wurden die Genossen Baader, S. Walther und Wittelm; zu Beisitzern Bauer, Fleischer und K. Walther ernannt. Die Kommission zur Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit setzt sich zusammen aus den Genossen Baader, Betac und Karzuba. In die Vergütungskommission zum Bezirks Sommerfest wurden die Genossen Betac, Kieß und D. Dehmann gewählt. — Die Gemeinderatsberichte mußten wegen der vorgeschrittenen Zeit bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt werden. — Zwei Mitglieder wurden neu aufgenommen; eines nach § 6, 1 ausgesprochen und ein Mitglied ist wegen Wegzugs ausgeschieden. — Die Versammlung beschloß noch, beim Hauptvorstand um Gewährung von Reichsschutz für einen Genossen vorstellig zu werden. Anwesend waren neben 22 Mitgliedern der Hauptvorsitzende Scheid und der Bezirksvorsitzende Seidel.

Vereine und Versammlungen.

Die Maler und Lackierer

hielten am 13. Juli im Saale des Livoli eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Tobler aus Hamburg, sprach über das Thema: Was lehrt uns die 25jährige Geschichte unseres Verbandes. Die interessanten und sachlichen Ausführungen des Referenten erzielten lebhaften Beifall. Die Diskussion beschäftigte sich mit kleinlichen Dingen, die Redner sprach nicht zur Tagesordnung — fangen vielmehr wieder das alte Lied von den hohen Beamtengehältern. In weit vorgeschrittener Stunde, nachdem sich der Saal geleert hatte und es dem Referenten unmöglich gemacht worden war, im Schlusswort die Irrtümer richtig zu stellen, wurde folgende Resolution angenommen: Die am 13. Juli im Livoli tagende Mitgliederversammlung der Maler und Lackierer Leipzigs erkennt nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Tobler, an, daß seit dem Bestehen unserer Organisation die Lage der Kollegen viel gebessert worden ist. Die Versammlung erkennt weiter an, daß auch in Zukunft nur durch eine starke Organisation unsere Lage weiter verbessert werden kann. Da sich seit Jahren Mißstände in die Organisation eingeschlichen haben und den Mitgliedern das Selbstbestimmungsrecht in vielen Punkten genommen ist, macht sich auch in Leipzig eine Abplitterung in unseren Reihen bemerkbar. Die Gegner (Anarcho-Sozialisten) gehen mit diesen Mißständen in unserer Organisation hantieren und erschweren uns dadurch die Agitation. Um einer weiteren

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Juli.

Geschichtskalender. 21. Juli: 1773: Aufhebung des Jesuitenordens durch Papst Clemens XIV. 1790: Der schottische Lieberdichter Robert Burns in Dumfries gestorben. 1816: Der Dichter Julius Sturm in Rößlitz geboren. 1830: Der Dichter Ernst Scherenberg in Swinemünde geboren. 1852: Der Pädagog Friedrich Fröbel in Marienthal (Thüringen) gestorben. 1861: Nordamerikanischer Bürgerkrieg: Sieg der Konföderierten über die Bundesstruppen am Fickschen Bull-Run (Virginia). 1886: Der Historienmaler Karl v. Piloty in Ambach (Oberbayern) gestorben. 1908: Das englische Oberhaus nimmt das Alterspensionsgesetz mit 123 gegen 16 Stimmen an.

Sonnenaufgang: 4,4, Sonnenuntergang 8,7
Mondaufgang: 8,7 vorm. Monduntergang: 10,17 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. Juli:
Lebhafte südwestliche Winde, Zunahme der Bewölkung,
Temperatur wenig geändert, Neigung zur Gewitterbildung.

Gegen den Bauwindel.

Zu den schönsten Blüten, die der Kapitalismus gezeitigt hat, gehört auch der Bauwindel im Bauwesen, oder wie es volkstümlich ausgedrückt wird: das Strohmännersystem. Wer Spekulationsbauten ausführt, schob oder schiebt noch einen bestillosen Maurer- oder Zimmerpolster oder sonst irgend eine Person als Bauunternehmer vor. Die wirklichen Unternehmer, die sich das Baugeld zu verschaffen wissen, bleiben im Hintergrund. Nun wird der Bau notdürftig polliert, verkauft und die Handwerker, Lieferanten und meist auch die Arbeiter haben statt der Bezahlung das Nachsehen. Verlagen sie den Unternehmer, auf dessen Namen der Bau ausgeführt wird, so haben sie, da er nichts sein eigen nennt, noch so und soviel Kosten zu zahlen. Dieser Bauwindel ist längst zu einer öffentlichen Kalamität geworden, so daß sich die Gesetzgebung zum Eingreifen veranlaßt gesehen hat. Wohl haben Gemeinden durch Verordnungen der Kalamität zu steuern gesucht, aber das Kapital hat immer neue Schliche erfunden, um diese Verordnungen zu umgehen. Auch das Reichsgesetz wird den Bauwindel nicht ganz aus der Welt schaffen. Das Gesetz ist mehr oder weniger ein Zugeständnis an die Mittelstandsmänner, die man wegen der Wahlstimmen bei guter Laune erhalten muß. O, wie süß hat Herr Dr. Jund bei der Wahl 1907 den Handwerkern versprochen, ihre Interessen zu wahren. Die Versprechungen werden nun Herrn Jund genau so bitter aufstoßen, wie den Handwerkern ihr Glaube an Junds Worte.

Sieht man die Bestimmungen über „das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen“ näher an, das mit dem 1. Juni in Kraft getreten ist, so hat man den Eindruck, daß es das Produkt der Verlegenheitsgesetzgebung ist. Schon daß eine Bestimmung fehlt, die das Strohmännersystem verbietet, ist für das Gesetz bezeichnend. Der § 1 bestimmt, daß der Empfänger von Baugeld verpflichtet ist, dieses zur Befriedigung solcher Personen zu verwenden, die an der Herstellung des Baues auf Grund eines Werk-, Dienst- oder Lieferungsvertrags beteiligt sind. Ist der Empfänger selbst an der Herstellung des Baues beteiligt, so darf er vom Baugeld nur so viel verwenden, wie seine persönlichen Leistungen ausmachen. Wesentlich ist dann die Bestimmung des § 2, die die Führung eines Baubuches vorschreibt. Verpflichtet zur Führung ist, wer die Herstellung eines Neubaus unternimmt und entweder Baugewerbetreibender ist, oder sich für den Neubau Baugeld gewähren läßt. Ueber jeden Neubau ist gesondert Buch zu führen. Aus dem Baubuch müssen sich ergeben:

1. die Personen, mit denen ein Werk-, Dienst- oder Lieferungsvertrag abgeschlossen ist, die Art der diesen Personen übertragenen Arbeiten und die vereinbarte Vergütung;
2. die auf jede Forderung geleisteten Zahlungen und die Zeit dieser Zahlungen;
3. die Höhe der zur Bestreitung der Baukosten zugesicherten Mittel und die Person des Geldgebers sowie Zweckbestimmung und Höhe derjenigen Beträge, die gegen Sicherstellung durch das zu bebauende Grundstück (§ 1 Abs. 2), jedoch nicht zur Bestreitung der Baukosten gewährt sind;
4. die einzelnen in Abrechnung auf die unter Ziffer 3 genannten Mittel an den Buchführungspflichtigen oder für seine Rechnung geleisteten Zahlungen und die Zeit dieser Zahlungen;
5. Abtretungen, Pfändungen oder sonstige Verfügungen über diese Mittel;
6. die Beträge, die der Buchführungspflichtige für eigene Leistungen in den Bau aus diesen Mitteln entnommen hat.

Das Buch ist bis zum Ablauf von fünf Jahren, von der Beendigung des letztentgegengenommenen Baues an gerechnet, aufzubewahren.

Der § 3 bestimmt, daß diese Vorschriften auch auf Umbauten Anwendung finden, wenn für diese Baugeld gewährt wird. Der § 5 schreibt den Anschlag einer Tafel am Bau vor, worauf die genaue Adresse des Eigentümers und die des Herstellers stehen muß. Zuwiderhandlungen dieser Bestimmungen werden mit Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft. Der § 6 handelt von der Strafe bei Zahlungseinstellungen, wenn am Bau beteiligte Arbeiter und Lieferanten vorzüglich geschädigt worden sind. Nach § 6 werden die das Baubuch führenden bestraft bis zu einem Jahre Gefängnis oder bis zu 3000 Mark Geldstrafe, wenn sie das vorgeschriebene Baubuch zu führen unterlassen, oder es verheimlicht, vernichtet oder so unordentlich geföhrt haben, daß es keine genügende Uebersicht, insbesondere über die Verwendung der zur Bestreitung der Baukosten zugesicherten Mittel, gewährt.

Dies sind die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes. Es geht ohne weiteres das Zutreffende unserer Bemerkung daraus hervor, daß dadurch der Bauwindel nicht beseitigt wird.

Kommunen und Besitzveränderungsabgaben.

er. Eine für Gemeinden und Grundstücksbesitzer gleich wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung fällt soden das sächsische Oberverwaltungsgericht. Die Dresdner Baugesellschaft hatte vor Jahresfrist zwei Aktien der Grundstück 471 und 472 in Dresden-Strehlen künstlich erworben. Bei der gerichtlichen Eintragung des Besitzwechsels wurde als Kaufpreis die Summe von 70 000 Mark angegeben, so daß also beide Grundstück im ganzen 140 000 Mark gekostet haben würden. Dem Rat zu Dresden erschien die angegebene Kaufsumme nicht dem wirklichen Werte der Grundstücke zu entsprechen. Er berechnete den Wert der Grundstücke auf 520 000 Mark und zog dementsprechend die Ersterwerb zu den Besitzveränderungsabgaben heran. Der Rat schloß sich dabei auf § 6, Abs. 1 des Ortsgesetzes über die Erhebung einer Verkehrsabgabe von Grundstücken vom 18. August 1897, der lautet: Ist eine Vereinbarung über die Erwerbssumme nicht erfolgt, oder aus den vorliegenden Urkunden nicht ersichtlich, oder erscheint der vereinbarte Preis und bei nicht vertragsmäßigem Eigentumswechsel die von den Beteiligten angegebene Wertsumme nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Rates unverhältnismäßig niedrig, so ist von diesem der abgegebene Wert nach Befinden von Sachverständigen besonders festzusetzen und zwar ohne Berücksichtigung aufhaftender Hypotheken und Rentenbeiträge. Dies war auch im Streitfall geschehen. Auf die Beschwerde der Gesellschaft sah sich schließlich der Rat veranlaßt, seine Schätzung von 520 000 auf 301 000 Mark herabzusetzen. (1)

Die Baugesellschaft war auch damit nicht einverstanden, sondern erhob, nachdem ein Rekurs erfolglos geblieben, beim Oberverwaltungsgericht Anfechtungsklage, in der der Rat schwer angegriffen war. Es wurde bestritten, daß die vom Rat beliebige Auslegung des § 6 des Ortsgesetzes richtig sei, und behauptet, der Rat dürfe nur dann den Grundstückswert selbst feststellen, wenn hinreichender Verdacht bestehe, daß aus unläuterlichen Motiven die Kaufsumme niedrig gehalten worden sei. Der Rat habe selbst die Bestimmung früher anders gehandhabt. Erst als durch die hereinbrechende Grundstückskrise ein Besitzwechsel (wenigstens ein freiwilliger) so gut wie nicht mehr erfolgte und die Besitzwechselsteuer verlegt, habe der Rat begonnen, über den wirklichen Wert hinauszuschätzen. Da es keine allgemeinen Schätzungsnormen gebe, eine Schätzung vielmehr etwas Subjektives sei, so würde demnach jede Schätzung des Rates richtig sein. Damit würde aber der Willkür Tür und Tor geöffnet. Man müsse deshalb eine solche Auslegung der Bestimmung als unzulässig bezeichnen. Wie wenig zuverlässig die Schätzungen des Rates seien, beweise der vorliegende Fall, wo der Rat von 520 000 Mark auf 301 000 Mark herabgegangen sei. Noch krasser lägen die Verhältnisse in einer Anzahl anderer Fälle. Durch sein Verfahren rege der Rat geradezu zu phantastischen Grundstücksspekulationen an. Als er seinerzeit Maßregeln zur Bekämpfung der Grundstücksspekulation getroffen habe, sei ihm von der Klägerin nachgewiesen worden, daß er, der Rat, durch seine kolossalen Ueberschätzungen infolge deren mit hohen Hypotheken gearbeitet und die Grundstücke weit über ihren wirklichen Wert beliehen, zum guten Teil die Grundstückskrisis selbst hervorgerufen habe. In Grundstücksbefreiungen sei der Rat lange Zeit hindurch der liebste Käufer gewesen, zahlte er doch die höchsten Preise.

Das Oberverwaltungsgericht hat die Anfechtungsklage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, es könne dahingestellt bleiben, welches Verfahren früher der Rat eingeschlagen habe. Jedenfalls sei der Rat nach § 6 des Regulativs berechtigt, nach pflichtmäßigem Ermessen selbst eine Schätzung des Grundstückswertes vorzunehmen, wenn, wie hier, nach der Schätzung der Grundsteuerkommission, zwischen der angegebenen Wertsumme und dem abgabenpflichtigen Werte eine unverhältnismäßige Differenz bestehe. Allerdings sei es wünschenswert, daß der Rat von diesem Rechte nicht zu weitgehenden Gebrauch mache.

Das Recht des Angeklagten.

Dem Angeklagten steht nicht nur das Recht auf umfangreichste Verteidigung zu, sondern es ist ihm auch das Recht gewährleistet, seine Tat zu leugnen, ja selbst seine Richter zu beklagen, daß ihnen die Augen übergehen. Sache des Richters ist es, die Wahrheit von der Füge zu scheiden und danach sein Urteil zu fassen.

Von dem Recht der Ablegung machte gestern vor dem Schöffengericht auch ein Arbeiter Gebrauch, der beschuldigt ist, einen kleinen Handwagen von seiner Arbeitsstelle gestohlen und einen Betrag verbüßt zu haben, indem er ein Damengewehr, das er für jemand verkaufen sollte, einem Bäckermeister für Brotschulden verpfändet hatte.

Die Verhandlung wurde verlag, weil ein Zeuge nicht erschienen war. Bemerkenswert war an dieser sonst recht unbedeutenden Sache lediglich die Art, wie der Ferienrichter, Herr Amtsrichter J. M. M. M., mit dem Angeklagten verfuhr. Es mag dahingestellt sein, — und es wurde auch nicht aufgeklärt, weil kein Zeuge vernommen wurde, — ob der Angeklagte log oder ob er die Wahrheit sagte, als er beteuerte, er habe den Handwagen lediglich genommen, um ihn nach Hause zu fahren, habe aber an nächsten Morgen vergessen, den Wagen wieder mitzubringen. Jedenfalls aber war es das gute Recht des Angeklagten, die Geschichte zu seinen Gunsten zu befehlen. Es fahren Richter pflegen ruhig zuzuhören und sich dabei ihre eigenen Gedanken zu machen. Nicht so aber Herr Amtsrichter Zimmermann. Er hob drohend den Zeigefinger und fuhr den Angeklagten scharf an: „Nehmen Sie sich in acht! Wollen Sie sich nicht ein, daß Sie dem Gericht etwas vormachen können. Ihnen werden wir's zeigen!“ Auch sonst verfuhr der Herr Amtsrichter die Ausführungen des Angeklagten des öftern mit der Bemerkung „Ala!“, an deren Ton unsicher zu erkennen war, daß er ihnen keinen Glauben beimaß, was wiederum das gute Recht des Richters ist. Aber ein Angeklagter, der von vornherein bei Wahrnehmung seines Verteidigungsrechtes in der bezeichneten Weise angefahren und dem gedroht wird: Ihnen werden wir's zeigen!, muß auf den Gedanken kommen, daß der Richter gegen ihn voreingenommen ist und daß er schon verurteilt sei, ehe noch die Beweiserhebung erfolgt ist. Auf diese Weise verliert er das Vertrauen zum Richter, der auch dazu da ist, des Angeklagten Rechte wahrzunehmen.

Vielleicht bemühte sich Herr Zimmermann einmal in Verhandlungen, die von Berufsrichtern geleitet werden. Wenn auch da oft außerordentlich viel gegen die Verhandlungsleitung einzuwenden ist, so wird Herr Zimmermann dort aber doch soviel sehen, daß sein Vorgehen nicht üblich ist.

Weidemannscher Kräutertee.

Im Leipziger Tageblatt, in der Leipziger Abendzeitung und im Stadt- und Dorfanzeiger waren Anzeigen erschienen, die begannen: „Danbarkeit veranlaßt mich“, und dann weiter ausführten, der Leser möge sich bei dem Verfasser des Inserats Erkundigung einholen über ein Mittel gegen Lungenseifen, Husten, Kehlkopf-leiden u. dgl. Wenn sich dann jemand an die Adresse wandte, so wurde ihm der Weidemannsche Kräutertee emp-

fohlen. Der Rat der Stadt Leipzig hat die Zeitungen vor der Aufnahme der Annoncen gewarnt und ihnen Strafbefehle über je 150 Mk. zugehen lassen. Die Angeklagten, die Herren Bretschneider, Münch und Schulz hatten dagegen Rekurs erhoben, der gestern vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen Vergehens gegen die Ministerialverordnung vom 30. Juli 1907, setzte jedoch die Strafen auf je 50 Mk. herunter. Es fürzte aus, daß die Art der Anzeigen geeignet gewesen sei, die Leser zu täuschen. Das Gericht gab aber auch die Möglichkeit zu, daß die Annoncenredakteure selbst durch die Anzeigen getäuscht worden sein könnten, und daß sie die Strafbarkeit der Veröffentlichung nicht erkannt hätten.

Die Kläranlage. Die Stadtverordneten haben vor etwa 1 1/2 Jahren den Rat ersucht, ihnen einen Kostenanschlag über die Errichtung und den Betrieb einer eigenen Fabrik für Eisensulphat, das in unserer Kläranlage als Klärmittel benutzt wird, zu unterbreiten. Der Rat ist nunmehr diesem Wunsche nachgekommen. Er rät jedoch von dem Plane ab, weil erstens nach etwa zehn Jahren unsere Kläranlage weiter nach fluhabwärts verschoben werden muß, und damit auch die Fabrik abgebrochen werden müßte, die praktisch auf dem Gelände der Kläranlage errichtet werden müßte, und zum andern steht zu erwarten, daß in der neuen Kläranlage Eisensulphat, wie es bisher die Chemische Fabrik in Neu-Mockau geliefert hat, nicht mehr verwendet wird, vielmehr das biologische Verfahren zur Anwendung kommt. Man hofft nämlich, daß es gelingen wird, mit diesem Verfahren ein Eisensulphat von derselben Beschaffenheit und Erzielbarkeit zu gewinnen. Möglich auch, daß man nach einigen Jahren mit Eisensulphat überhaupt nicht mehr klären wird. Der Rat schlägt aus diesem Grunde vor, mit der Chemischen Fabrik in Neu-Mockau, die bereits seit zwölf Jahren das Eisensulphat liefert, einen Vertrag auf zehn Jahre abzuschließen. Nach Lage der Sache dürften die Stadtverordneten, die heute abend darüber zu beschließen haben, dem Vorschlag des Rates zustimmen, wahrscheinlich aber mit einer Einschränkung der Dauer des Vertrages.

Wiesel, wird dein Glaube schwächer? Bürgerliche Blätter enthalten folgenden Bericht: Die Sächsische Hauptbibelgesellschaft hat auf der Grundlage der das Jahr 1907 behandelnden neuesten Aufnahmen über die Gesamtbibelverbreitung in Deutschland eine Aufstellung gefertigt und kürzlich verbreitet, aus der u. a. hervorgeht, daß die Verbreitung der Bibel in Deutschland gegenüber dem Jahre 1906 zurückgegangen ist. 1907 wurden 1 157 754 und 1906 1 169 405 Bibeln im Reich verbreitet. Bei den Neuen Testamenten beträgt der Rückgang über 50 000, bei den Vollbibeln über 8500 Exemplare; dagegen ist bei den Bibelteilen eine Zunahme der verbreiteten Exemplare um rund 47 000 zu verzeichnen. Von den hinausgegangenen 1 157 754 Bibeln waren 438 735 Vollbibeln, 548 142 Neue Testamente und 170 877 Bibelteile. Auf 1000 Einwohner kommen demnach 19 Bibeln. Der Deutsche hat jetzt notwendigeres zu tun, als Bibeln lesen, er muß schaffen, daß ihm die Augen übergehen, damit er die neuen Steuern aufbringt. Was ihn an Schriften noch interessiert, sind die neuen Steuererlasse. Wie wäre es, wenn die Bibelgesellschaften diese verbreiten wollten, anstatt der Bibel, da doch immer behauptet wird, das Volk sehe die Notwendigkeit der Erfüllung „des nationalen Werks“, Finanzreform genannt, ein?

Für die in Sachsen aufhältlichen Oesterreicher ist folgende Mitteilung von großer Wichtigkeit: Wie bereits früher berichtet, ist durch einen allerhöchsten Gnadenakt für Angehörige Oesterreichs, Ungarns, sowie Bosniens und der Herzegovina, die mit der heimatischen Wehrpflicht in Konflikt geraten sind, eine weitgehende Amnestie erlassen. Diese Amnestie erstreckt sich in der Hauptsache auf solche Personen, denen vor dem 2. Dezember 1907 die Nichtbefolgung eines Militär-Einberufungsbefehls zur Last fällt, oder die vor dem 2. Dezember 1907 ihrer Stellungspflicht nicht entsprochen haben. Ueber den Umfang der Amnestie erteilt das k. u. k. Oesterreichisch-Ungarische Konsulat in Leipzig Auskunft.

Elektrizität in der Landwirtschaft. Die Elektrizität findet in der Landwirtschaft immer mehr Verbreitung. Hier kommt die Möglichkeit, die Kraft in wirtschaftlich günstiger Weise über weite Strecken fortzuleiten und an beliebiger Stelle nach Wunsch in Licht, Wärme oder mechanische Arbeit umzusetzen, vielleicht noch mehr zur Geltung als bei der Industrie. Von besonderem Vorteil ist für die Landwirtschaft insbesondere, daß die elektrische Beleuchtung bei sachgemäßer Ausföhrung feuergefährlicher als irgend eine andere künstliche Beleuchtung ist. Für den Antrieb der Stromerzeugenden Dynamomaschine kommen hier Dampfmaschinen, Gas-, Petroleum- oder Spiritusmotoren oder Wasser-turbinen zur Verwendung. Neuerdings wird auch der Wind zum Antrieb benutzt. Die Dynamomaschine wird je nach der Windgeschwindigkeit selbsttätig aus- und eingeschaltet. Der Betrieb erfordert also überhaupt keine Bedienung. Für windstille Tage werden Akkumulatoren aufgestellt. Häufig ist der Strom aus einem benachbarten industriellen Werk zu haben. Elektrisch beleuchtet werden jetzt insbesondere die Ställe. Bei gutem Licht können die Tiere besser gewartet werden. Während eine Pferdetraktorsunde mit Pferden oder anderem Zugvieh in mittleren deutschen Verhältnissen 40 bis 50 Pfg. kostet, stellt sie sich bei der Elektrizität auf 8 bis 15 Pfg. Der elektromotorische Antrieb wird für sämtliche in der Landwirtschaft verworbenen Maschinen, außer etwa den Sä- und Mähmaschinen, mit Vorteil angewandt. Schrotmühlen, Futterquetschen, Futterstübe-maschinen und Wasserpumpen werden besser elektrisch als durch Menschenhand betrieben. Fahrbare Elektromotoren können an verschiedenen Stellen verwendet werden. Man betreibt damit einmal Molkereimaschinen, dann Häckselmehlemaschinen, Schaf-scheren, Speichermaschinen, Wasserpumpen, Dreschmaschinen, Pflüge, Feldbahnen usw. Derartige Motoren sind besonders von den Siemens-Schuckertwerken ausgebaut worden.

150 000 Fernsprechanstalten. 150 000 Fernsprechanstalten wird Groß-Berlin ohne Zweifel noch im Laufe dieses Jahres erreichen. Nach der letzten Aufstellung der Oberpostdirektion vom 30. Juni sind im ganzen Bezirk 148 476 Fernsprechanstalten vorhanden. Es fehlen somit nur wenige Tausend zu den 150. Im letzten halben Jahr sind fast 7000 Anstalten

hingekommen. Am 31. Dezember 1908 waren 130 622 An-
schlüsse vorhanden. Von den jetzt bestehenden Anschlüssen ist
die Hauptmasse mit 85 352 Hauptanschlüssen, während es 52 833
Nebenanschlüsse der Post und 8201 private Nebenanschlüsse gibt.
Die Privatindustrie wird also immer noch verhältnismäßig
wenig zur Herstellung von den Teilnehmern in Anspruch ge-
nommen. Auf die sechs Fernsprechämter Berlins entfallen ins-
gesamt jetzt 107 549 Anschlüsse oder rund 4000 Anschlüsse mehr
als vor einem halben Jahre. Davon sind 61 181 Hauptanschlüsse,
der Rest Nebenanschlüsse. Private Nebenanschlüsse gibt es bei
den Berliner Kemptern 6728. Die Berliner Kempter haben jetzt
alle über 10 000 Anschlüsse, während vor einem halben Jahre
das kleinste Amt 2 in Moabit diese Zahl noch nicht erreicht hatte.
Das größte Amt ist nach wie vor 6 mit 27 045 Anschlüssen. Es
folgen Amt 1 mit 20 506, dann Amt 4 mit 18 716, dann Amt 7
mit 15 526, ferner Amt 3 mit 15 327 und endlich Amt 2 mit
10 850 Anschlüssen. Über 10 000 Hauptanschlüsse haben die
Kempter 6 mit 16 789 und 4 mit 10 954. Die meisten postamtlichen
Nebenanschlüsse hat ebenfalls Amt 6 mit 8478, während die
meisten Privatnebenanschlüsse das Hauptamt mit 2900 zählt gegen
1778 beim Amt 6.

Unfälle. Gestern nachmittags 1/3 Uhr erkrankte im Rosen-
tale ein in der Konnenmühlstraße in Dienst befindliches Dienst-
mädchen derart, daß es mit dem Rettungswagen nach dem
Krankenhaus geschafft werden mußte.

Oberhalb des Germaniabades fiel gestern vormittags gegen
1/2 12 Uhr ein etwa 12 Jahre altes Schulmädchen durch eigene
Unvorsichtigkeit aus einer Gondel ins Wasser, wurde aber von
einem an der Gondelpartie beteiligten jungen Manne wieder
herausgehoben.

Handelsmord. In der Nacht zum Dienstag sind in den An-
lagen am Bismarckdenkmal sowie im König-Albert-Park geradezu
schändliche Verwüstungen angerichtet worden, indem eine große
Anzahl Pflanzen zum Teil mit den Wurzeln aus der Erde ge-
rissen und zertrümmert sowie 13 Weinranken der Gärten in der
König-Albert-Allee abgerissen und zerschnitten worden sind. Sehr
erwünscht wäre es, wenn Wahrnehmungen über die Väter der
Kriminalpolizei übermittelt würden.

Am Jahrgang. Wegen häuslichen Zwistes schloß ein in der
Probsteistraße in Schleißhügels wohnender 64 Jahre alter Kaufmann
mit einem Taschenrevolver auf seinen Sohn. Glücklicherweise
prallte das Geschoss auf einen Knopf ab und der Sohn kam mit
einer blutunterlaufenen Stelle am Unterleibe davon. Der jäh-
zornige Vater wurde verhaftet.

Diebstähle. Ein unbekannter Bursche entwendete aus einem
Buchhändlerwagen in der inneren Stadt drei Pakete, die er
in den betreffenden Buchhandlungen sofort einlieferte.

Gestohlen wurde aus einem Grundstück in Platzwitz
ein neues Spülkesselgeschloß mit gelben Leisten und neu-
silbernen Beschlag; in der Vangerstraße ein Dianarad
Nr. 300420 und am Augustusplatz ein Saxoniarad
Nr. 1087; aus einer Wohnung in der Windmühlstraße
durch eine Unbekannte 150 Mk. Geld.

Kleine Polizeinachrichten. Ein 20 Jahre alter Handlungs-
gehilfe aus Lindenau wurde unter dem Verdachte, in der ver-
gangenen Nacht einer Dame in der Karl-Zaudnitz-Straße ein
Sandstiefchen gewaltsam entzogen zu haben, verhaftet.

In einer Gefälligkeitsbehandlung in der Ritterstraße hier wurde
in der vergangenen Nacht ein 27 Jahre alter Arbeiter aus
Modau beim Einbrechen abgefaßt. Sein Spielgefelle, ein
26 Jahre alter Tischler von hier, wurde später auch verhaftet.

Hus der Umgebung.

Ein saubere Parteigenosse.

Unter dieser Spitzmarke teilten wir in Nr. 140 vom 22. Juni
mit, daß Dr. Rubensohn aus Weiskensfeld, der auch im 18.
Wahlkreis als Redner aufgetreten war und sich hier sehr viel
auf seine „langjährige Parteitätigkeit“ zugute tat, aus dem sozial-
demokratischen Verein des Leipziger Weiskensfelders aus-
geschlossen worden ist, weil er sich in einer Klagesache als „ausge-
sprochener Feind der Sozialdemokratie“ erklärt hat. Herr Dr.
Rubensohn sandte darauf dem Halleischen Volksblatt, dem wir
die Notiz entnommen hatten, und einige Tage später auch uns
eine „Berichtigung“, in der es hieß:

„Die mich betreffende Bekanntmachung des Naumburg-
Weiskensfelders Bezirks-Zentralvorstandes beruht auf durch-
aus unrichtigen und sachlich unbegründeten Voraussetzungen. Un-
wahr ist selbstverständlich, daß ich jemals, irgendwo und irgend-
wann, etwas derartiges wie, ich sei „ein ausgesprochener Feind
der Sozialdemokratie“, gesagt oder geschrieben habe. Wahr ist
dagegen, a) daß ich diese mir höchst leichtfertigerweise unter-
schobene Anschuldigung nicht anerkenne, auch dem Sinne nach nicht;
b) daß ich derartige, auch dem Sinne nach, nie meinem Rechts-
anwalt mitgeteilt oder mitzuteilen beauftragt habe; c) daß mein
Rechtsanwalt, L. Sprenger, auf meine Anfrage bestritt, von
mir eine auch nur annähernde derartige Mitteilung empfangen
resp. seinerseits zu einer solchen wahrheitswidrigen Unterschie-
bung Anlaß gegeben zu haben.“

Ergebnis

Dr. Rubensohn, 26. Juni 1909.
Wir festen damals gleich Zweifel in die Richtigkeit dieser
Angaben, um so mehr, da unser Halleisches Bruderblatt feststellte,
daß der von Dr. Rubensohn abgelegte Sach in der Klageschrift
enthalten sei, und anklagte, daß es nach einer Mäd-
sprache mit den beteiligten Personen noch weiteres mitteilen
werde. Das ist jetzt, nachdem die Akten eingesehen worden sind,
geschehen. Es wird darüber gemeldet:

„Dr. Rubensohn war angestellter Arzt einer Ortskranken-
kassa in Weiskensfeld. Der Vorstand dieser Kasse hat Herrn
Rubensohn seines Amtes enthoben. Die Gründe, aus denen dies
gescheh, gehen uns nichts an, sie sollen auf ärztlichem Gebiet
liegen. Dr. Rubensohn hat daraufhin die Vorstandsmittelglieder
verklagt. In den Handakten, die uns vorliegen, sind nun von
dem Prozeßbevollmächtigten des Herrn Dr. Rubensohn zuerst die
Darstellungen der Vorstandsmittelglieder widerlegt und dann heißt
es wörtlich weiter:

V. Im übrigen hat der Kläger noch folgendes anzuführen:

1. Der ganze Streit ist von den Beklagten
aus rein persönlichen Motiven vom Zaune ge-
brochen. (Es folgen nun Ausführungen gegen drei Vor-
standsmittelglieder und zwei Ärzte, die für uns hier nicht in
Betracht kommen können, da diese Angelegenheit uns nichts
angeht. Der Zentralvorstand.) Es heißt dann weiter:
Der eigentliche tiefere Grund für das Miß-
verhältnis zwischen dem Kläger und den Be-
klagten ist darin zu finden, daß die letzteren
sozialdemokratischen Tendenzen heutzutage,
während der Kläger ein ausgesprochener
Feind der Sozialdemokratie ist. Dies werden
die Beklagten schwerlich bestreiten, daher ist
ihnen nun daran gelegen, den Kläger, der
ihnen un bequem geworden, los zu werden und
durch einen geeigneten Arzt zu ersetzen.“

So steht es wörtlich in der Klageschrift. Und es ist wohl
auch anzunehmen, daß Herr Dr. Rubensohn seinen Prozeßbevoll-
mächtigten in dieser Weise instruiert hat, der die Dinge selbst
doch nicht kennt und einen derartigen Sach nicht ohne Ausstra-
nieren schreiben konnte. Wenn Herr Dr. Rubensohn angesichts
dieser Tatsache noch den Mut fand, im Halleischen Volksblatt zu

erklären: „Die mir unterschobenen Sätze sind von A bis Z un-
wahr“, so zeugt das von einer geradezu unglaublichen
Dreistigkeit.“

Schönefeld. Die hier statteten in der Sonntagsnacht dem
Laden des Schuhmachermesters Biele einen Besuch ab. Sie
hatten den Rolladen hochgehoben, die Ladenstühle eingebrochen
und verschiedene Paar Stiefel entwendet. Dem Laden-
inhaber, der durch das Geräusch erwacht war, gelang es, einen
der Diebe festzuhalten, während zwei andere mit den gestohlenen
Sachen entkamen.

Paunsdorf. Schulärztliche Untersuchungen. Der
Schularzt, Dr. Heinze, hat nunmehr seinen Bericht über die
Ergebnisse der ärztlichen Untersuchung der Schulkinder der
hierigen mittleren Volksschule erstattet. Die Untersuchung er-
streckte sich auf 174 Kinder: 88 Knaben und 86 Mädchen, und
ihr Resultat läßt erkennen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter-
schaft im allgemeinen sehr zu wünschen übrig läßt. Für Körper-
liche Beschaffenheit erhielten von 174 Kindern leider nur 6
Zensur I, 160 Zensur II und 8 Zensur III. Gekochtschwäche und
Nervenleiden wurden bei 18 Kindern konstatiert. An Ent-
zündungen der Augen und Schilddrüsen litten 42 Kinder, an
Erkrankungen der Gehörorgane 5. Schlechte Zähne wurden bei
34 Kindern festgestellt, bei 9 Knaben und 25 Mädchen. Krank-
hafte Veränderungen im Nasenraum wurden bei 54,
Perzephiler bei 5 Kindern konstatiert. Ein erschwerendes hoher
Prozentsatz der untersuchten Kinder, nämlich 47, das sind 27,01
Prozent, leidet an Skoliose und Kyphose (Mißgratverkrüm-
mungen). Um so erfreulicher ist, daß nur ein Fall von Lungen-
krankheit zu verzeichnen ist. Ferner litten an Strophose 27,
an parasitären und sonstigen Hautkrankheiten 20. Ärztliche
Behandlung ist bei 46 Kindern erforderlich gewesen. Der
Bericht zeigt zur Genüge, daß die schulärztliche Überwachung
eine der wichtigsten Aufgaben des Schulwesens ist, deren Ver-
allgemeinerung und Vervollständigung im gesundheitlichen
Interesse der Kinder gefordert werden muß. Die Erfüllung
dieser Aufgabe liegt aber nicht allein im Interesse der Kinder,
sondern auch im Interesse des Unterrichts und des Lehrers.
Bei der großen Zahl der zu untersuchenden Kinder, besonders
in den niederen Volksschulen, ist es dem Lehrer fast unmöglich,
auf die geistige Beschaffenheit des einzelnen Schülers, die sehr
oft von seinem körperlichen Zustande beeinflusst wird, die nötige
Rücksicht zu nehmen. Eine ausgedehnte schulärztliche Kontrolle
wird aber den Lehrern im Unterrichtswesen und in der Be-
handlung des Schülers von eminentem Vorteil sein.

Reußh. Gesperri. Wegen Vornahme von Plaster-
arbeiten wird die Hauptstraße von der Rathaus- bis zur
Balkenhausstraße auf ca. 7 bis 8 Wochen für den durchgehenden
Fahrvverkehr gesperrt. Sämtlicher Fahrverkehr wird durch die
Balkenhaus-, Lindenauer- und Poststraße verwiesen.

Selbstmord. Ein 28 Jahre alter, verheirateter Fleischer-
geselle durchschnitt sich in seiner Wohnung in einem Anfall
geistiger Umnachtung mit einem Messer die Kehle und die
beiden Pulsadern. Der Schwerverletzte wurde in das
Diakonissenhaus gebracht, wo er kurz darauf gestorben ist.

Anauhain. Aus dem Gemeinderate. Die Ab-
stimmung der Gemeinde wurde für 75 Mark an Herrn Volkshaus
aus Lindenau verpackt. Der Uferland, der zum Straßenbau
nicht gebraucht wird, soll an Herrn Kreisbaur verkauft werden,
und zwar für 1 Mark pro Kubikmeter. Zur Unterbringung
von Kranten in den Leipziger Krantenhäusern sollte die Ge-
meinde eine Verbindlichkeitsklärung abgeben; es wurde dem-
gemäß beschlossen. Zum Polizeiarzt für die Gemeinde Anauhain
wurde Herr Dr. med. Willmes gewählt. Der erste
Nachtrag zum Gemeindesteuer-Regulativ ist mit Dekret versehen
eingegangen und liegt zur Einsicht im Gemeindeamt aus. Die
Behörde hat zugestimmt, daß der Weg hinter dem Friedhofe in
diesem Jahre nochmals mit Kies eingedaut werden kann. Das
Baben im Gemeindebade soll allen nicht im Orte Wohnhaften
perboten werden. Zur Kontrolle wurden einige Gemeinderats-
mitglieder bestimmt.

Wiederh. Messerhelden. Zwischen einigen von
einem Vergnügen heimkehrenden jungen Burschen und zwei
wohnungslosen Arbeitern kam es Montag früh in der fünften
Stunde zu einer wilden Schlägerei. Nach kurzem Wortwechsel
wurde einer der Arbeiter von einem der jungen Burschen ins
Genick gestochen und so schwer verletzt, daß er wegen des starken
Blutverlustes mit einem Notverbande versehen nach Wiederh. und
später in das Leipziger Krankenhaus übergeführt werden
mußte.

Witba. Stadtverordnetenversammlung vom 19. Juli.
Nach der Kenntnisnahme einiger Mitteilungen wurde beschlossen,
die Bilanzprüfung an den städtischen Bauten dem Schlosser
H. Müller zu übertragen. Die Verpackung der Obstnutzung
hat eine Summe von 472 Mk. ergeben, 42 Mk. mehr als im
Vorjahre. Ferner wurden die Sommerurlaube der städtischen
Beamten bekannt gegeben. Dem Registrator wird eine fünf-
wöchige Urlaub als Sommerurlaub angedreht. Am
Nägelgraben soll die Einzäunung verlängert werden. Die
Zusammenlegungsgenossenschaft sollte die mit G bezeichnete Straße
unentgeltlich an die Stadt abtreten. Es wurde aber beschlossen,
die Straße für den geforderten Preis von 200 Mk. zu über-
nehmen. Zum Landwerb für die Eisenbahn sind bis jetzt
102 000 Mk. genehmigt worden. Es wurde eine Kommission,
bestehend aus dem Bürgermeister, Direktor Jahn und Orts-
besitzer Sparborth, gewählt, die die beteiligten Gemeindevorstände
mit hinzuziehen soll, um gemeinschaftlich den Landwerb vor-
zunehmen.

Elektrische Ueberlandzentrale. In der Stadt
sind Zirkulare verteilt worden, um festzustellen, wieweil Teil-
nehmer sich an der elektrischen Ueberlandzentrale beteiligen
würden, die im amtschulmannschaftlichen Bezirk errichtet
werden soll.

Schleudig. Sittlichkeitsverbrechen. Seit zirka
zwei Wochen ist der in Rodewitz wohnende Arbeiter D. Ewald
verschunden. Es wird ihm zur Last gelegt, sich in unzüchtlicher
Weise an dem 11-jährigen Mädchen des Tischlermeisters Widner
vergangen zu haben. Nach eigener Aussage des Mädchens hat
das Subjekt sich in der Tat an dem Mädchen vergiessen. Seine
Flucht von Rodewitz mag ebenfalls ein Beweis dafür sein.
Einige Wochen vor den Ferien wurde das arme Mädchen bereits
vom Schulunterricht entbunden. Warum greift denn dann in
dieser Sache die Staatsanwaltschaft nicht ein? Zweimal mußte
der Vater des Mädchens an die Kreisinspektion schreiben,
ehe er eine Antwort bekam. Man teilte mit, daß das Schreiben
an die Schulinspektion nach Schleudig abgegeben worden ist.
Es wird erzählt, daß der Ewald die Schandakten brieflich zu-
gestanden und sie mit geistiger Umnachtung entschuldigt
habe. So mußte es kommen. — Ewald ist im Nebenamt
Kirchendiener.

Zu einer blutigen Schlägerei kam es am Donnerstag
in Freitoda zwischen dem Kirchenpfleger W. Lehmann und
den Dienstknecchten Johannes Zeidler und Hermann Kamprecht.
Der kaum 20-jährige Lehmann mußte bei der Schlägerei, bei
der das Messer eine Rolle spielte, sein Leben lassen. Der Be-
dauernde erhielt einen Stich ins Herz und einen ins Genick.
Die zwei Mordgefallen sind verhaftet.

Schleudig. Der Sozialdemokratische Verein
Distrikt Schleudig nahm in seiner Jahresversammlung
die Berichte des Vorstandes sowie der Kommissionen entgegen.
Es fanden 12 Mitgliederversammlungen, davon 8 mit Vor-
trägen, und 6 öffentliche Volksversammlungen statt. Die Mit-
gliederzahl ist von 317 auf 300, davon 58 weibliche,
gestiegen. Die Kasseneinnahme betrug 1545,14 Mk., die Ausgabe
1208,58 Mk. Es ist somit ein Kasenbestand von 336,56 Mk. zu

verzeichnen. Nachdem die Versammlung sämtliche Funktionen
entlastet hätte, wurden die Neuwahlen vorgenommen. Es wurden
gewählt: In den Vorstand W. Schulze als 1., F. Gorbord
als 2. Vorsitzender, P. Müller als 1., O. Fiedler als 2. Kassierer,
G. Hartung als 1., E. Pöhl als 2. Schriftführer, und als
Beisitzer A. Mittag, E. Dänke und Frau Minna Müller, die
letztere zugleich als Vertrauensperson der Frauen. Als Ab-
stimmere: G. Bär und E. Sellmann. In die Bürgerrechtskommission:
A. Sämlich, M. Dellner, K. Rothe, E. Schreck und F. Götzke.
Lokalkommission: W. Heinde, E. Pöhl, W. Böhme, M. Wille,
G. Engelhardt, F. Zimmermann, E. Schreck und G. Trautwein. In
die Preßkommission: J. Galle, F. Hochbach, R. Karbaum. Bezirks-
kassierer sind die Genossen E. Deltisch, P. Gölber, R. Müller,
A. Galle, F. Zimmermann, G. Baumgarten, G. Engelhardt und
K. Rippert. Als Delegierte zum diesjährigen Kreisstag wurden
die Genossen M. Dellner, W. Heinde, G. Hartung und Frau
M. Müller gewählt. Neuaufgenommen wurden 5 Genossen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt

hält Sonntag, den 15. August 1909, vormittags um 10 Uhr im
Kaffeehaus zur Guten Quelle in Quedlinburg seine Generalversammlung
(Kreisstag) ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Jahres-
bericht und Bericht der Agitationskommission, 2. Kasenbericht
und Bericht der Revisoren, 3. Das neue Organisationsstatut,
Referent Genosse Otto Pollender, 4. Parteitag, 5. Anträge,
6. Verschiedenes.

Anträge: die Genossen von Ennewitz beantragen:
der Kreisstag möge beschließen, daß die Ennewitzer Genossen
sich dem Wahlkreisvereine des Deltisch-Dittfelder Kreises
anschließen dürfen.

Genosse Heine-Schleudig: Es ist eine Lokalkom-
mission für den ganzen Kreis einzusetzen, die ihren Sitz an dem-
selben Ort haben kann, an dem der Kreisvorstand seinen Sitz
hat. Die Distriktsleiter sind verpflichtet, alle Änderungen in
der Lokalliste sofort der Lokalkommission mitzuteilen.

Die Genossen von Passendorf-Beuchly be-
antragen dem § 8 des Statuts Abs. 2 folgende Fassung zu geben:
Kranken und arbeitslosen Mitgliedern wird der Beitrag durch
besondere Marken quittiert, welche nur durch den Distrikts-
kassierer zu erhalten sind. Im § 8 Abs. 6 zu streichen und dem
Abs. 5 folgende Fassung zu geben: Die Bezirksleiter rechnen
allmonatlich mit dem Distriktskassierer ab. Die Distriktskas-
sierer haben vierteljährlich mit dem Hauptkassierer sämtliche
aufgebrachten Gelder, sowie alle Ausgaben, unter Beifügung
der Belege, abzurechnen.

Hierzu stellte der Vorstand folgenden Zusatzantrag: Am
Orte können bis zu 30 Mark als Lokalkassensfonds zurückbehalten
werden.

Weiter beantragt Passendorf-Beuchly: Die Distrikts-
leiter sind verpflichtet, bei Berichterstattungen von Parteitag dem
oder den Delegierten aus unserm Kreise die Berichterstattung
zu übertragen.

Die unter Punkt 3 in der Vorbesanntmachung angeführte
Berichterstattung der Distriktsleiter fällt laut Beschluß der letzten
Konferenz auf der Generalversammlung aus. Die Distrikts-
leiter haben ihre Berichte, kurz gefaßt, bis zum 30. Juli an
den Genossen Konrad Müller einzureichen, damit sie in dem
Jahresbericht und der Presse Aufnahme finden.

In den nächsten Tagen kommt ein Flugblatt zum Verstand,
das noch vor der Generalversammlung verbreitet werden soll.

Briefkasten der Redaktion.

Hermann Sch., Leipzig-B. In ärztlichen Dingen erteilen wir
keine Auskunft.

F. Sittlich. Sie haben die beiden Monate mit zu ver-
streuen.

H. M., Neustadt. Die betreffende Notiz ist in der Nr. 157
vom Montag, den 12. Juli, abgedruckt. Einen andern Bericht
haben wir nicht bekommen.

L. Beyer, Döitz. Ihr Bericht ist zu spät eingegangen.

Auskunft in Rechtsfragen.

Mietvertrag 81. Nach Ihrer Darstellung besteht allerdings
ein rechtsgültiger Vertrag. Sie haben also zu bezahlen; selbst-
verständlich aber nur für die Zeit, während der die Wohnung
leergestanden hat.

H. J. D. Die Kündigung außer der Zeit ist in diesem
Falle unzulässig.

J. M. Der Betreffende hat sich des Betrugs schuldig
gemacht.

E. M., Schleudig. 1. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des
Erbes, das Ihnen zukommen würde, wenn kein Testament vor-
handen wäre. 2. Durch das Armenrecht werden Ihnen die
Kosten nur vorgeschossen, Sie haben sie wieder zu erstatten.
3. Sie haben nur dann keinen Anspruch auf den Pflichtteil,
wenn Sie dem Erblasser, seinem Ehegatten oder einem andern
seiner Abstammung nach dem Leben trachten, wenn Sie sich
einer vorsätzlichen Körperverletzung oder eines Verbrechens
gegen solche Personen schuldig gemacht oder ihre Unterhalts-
pflicht, die Sie gegen den Erblasser hatten, vorsätzlich verletzt
haben oder schließlich, wenn Sie einen ehelichen Lebenswandel
geführt haben.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies
rasch und schicke es sofort ein.

2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs
und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine
Phrasen.

3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit
Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr
Punkte als Komma.

4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag
oder das Datum.

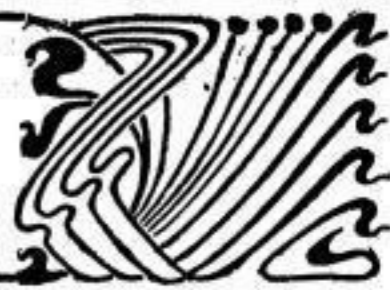
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl;
streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige dar-
über oder daneben.

6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide
Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite ge-
schrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Geher
vertellen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden
Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig
abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen
werden muß.

7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken
Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die
Redaktion nie berücksichtigen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:
Speiseanhalt I (Johannisthal): Mittels mit Butter und Eigelb.
Speiseanhalt II (Friedrichstraße): Weiße Brühen mit Schwarzwild.
Speiseanhalt III (Mühlgraben): Weiße Brühen mit Mören und Pfefferkuchen.
Speiseanhalt IV (Friedrichstraße): Mittels mit Butter und Eigelb.
Speiseanhalt V (Wurzner Str., 55): Weiße Brühen und Mören mit Pfefferkuchen.
Speiseanhalt VI (Neub. Gäßchen Str.): Pfefferkuchen mit Schmelzweiss.
Für die Meise mit Säuglingen ist als zweckmäßigste
Nahrung „Ausele“ zu empfehlen. Es ist leicht zuzubereiten,
lange haltbar, macht die Nahrung leichter verdaulich und schützt
vor den gefährlichsten Darmerkrankungen. [3582]



Unrettbar.

Nachdruck verboten.

Friedrich Mangold war Geistlicher aus Beruf geworden; Gefängnisgeistlicher.

Er hatte ein tiefes, inniges Mitleid mit der leidenden Menschheit, einen starken Willen zum Leben und Glauben an das Gute im Menschen. Die machten ihn stark, daß er viel Gutes tun konnte, wenn er sich auch manchmal selbst betrog und von dem einzelnen verlangte, was nicht möglich war, oder in eine kurze Spanne Zeit hineinzuwängen und in ihr bewältigen wollte, was erst Generationen zustande bringen können. Aber er verlor nie den heißen Wunsch, Gutes zu tun, und der ließ ihn über viele große und tiefe Abgründe leicht hinwegsteigen, in die die andern kläglich hineinfallen, um keinen Ausweg mehr zu finden.

Eines Tages stand er im Gefängnishof und wartete auf den Wagen, der die Eingelieferten der vergangenen Nacht bringen sollte.

Als der Wagen eingefahren war, entstieg ihm unter andern auch ein seltsames Mädchen von vielleicht 20 bis 25 Jahren.

Wenn solche Geschöpfe auf der Anklagebank sitzen, dämpft der Staatsanwalt bei ihrer Charakterschilderung seine Stimme und spricht von ihnen als von jenen verdorbenen Subjekten, öffentlichen Dirnen, die zu der gefährlichsten Sorte gehören, und die in den spätesten Stunden der Nacht auf verächtlichen Erwerb ausgehen.

Sie hatte einen vorne zu kurzen und hinten zu langen Rock, aus dem man plumpe Stiefel mit gestäubten Schläpfen und verzogenen Gummizügen blicken sah. Ihr Oberkörper steckte in einer schmutzigen Bluse von eintrüblicher brauner Farbe mit schmierigen Einsätzen, und oben auf der Figur, die gemeinhäufig gewaschen war, sah auf einem mit Wasser und Del glattgekämmten Haare ein unerschämter Hut, während die mit einem baumwollenen Handschuh bekleidete Faust einen neuen Sonnenschirm hielt.

Als Mangold der Eingetretenen in das Gesicht sah, das eine gelbliche Farbe hatte, zwei große braune Augen von stumpfem, mattem Glanze, eine breite, plumpe Stumpfnase und einen großen Mund mit gelben Zähnen, erfaßte ihn ein ungeheures Mitleid mit dem großen Elend der Welt, und es ward der heiße Wunsch in ihm rege, für das Weib etwas zu tun.

Er kannte sie. Sie war schon mehrere Male wegen gewerbmäßiger Unzucht, Bettelns und Diebstahls hier gewesen.

„Barbara Holzer,“ redete er sie an, „Ihr seid schon wieder hier?“

Die Angeredete mochte das Mitleid in der Stimme dunkel fühlen.

„Ja,“ erwiderte sie, „ich kann nichts dafür, ich muß betrunken gewesen sein, als sie mich erwischten.“

„Barbara,“ sagte Mangold, „es muß etwas für Euch geschehen.“

Da gerade jetzt nach dem Weibe gerufen wurde, flüsterte er ihr aufgeregt zu: „Ich werde Euch morgen besuchen.“

Wie er fortging, den Blick zu Boden gesenkt, arbeitete es mächtig in ihm, und eine innere Stimme schrie förmlich auf in eifernder Inbrunst: Du mußt etwas in ihr erwecken, du mußt etwas in ihr erwecken!

Als er am andern Tage zu ihr kam, sprach er freundlich zu ihr: „Nun, Barbara Holzer, habt Ihr auch darüber nachgedacht, was ich Euch gesagt habe?“

Sie lächelte etwas beschämt und mit einem kleinen Anflug von Koterie. „Ja,“ erwiderte sie. Ueber sein Antlitz flog ein Freudenschein. „Nun, und —?“

„Ich... ich bin zu gewöhnlich für Euch, Ihr müßt etwas Besseres haben.“

Da ging etwas Unausprechliches in ihm vor. Die Tränen traten ihm in die Augen.

„Barbara Holzer,“ sagte er, und er gebrauchte plötzlich das „Du“, wobei seine Stimme zitterte und ihm war, als brenne sein Körper in einer mitleidigen Flamme, daß seine Worte, so wenig inhaltsreich sie an und für sich waren, das Weib inbrünstig zu umklammern schienen, „kannst du denn gar nicht anders denken?“

Das Weib sah erschrocken und ängstlich zu ihm auf. „Wie?“

„Wächstest du denn nicht glücklich sein?“

„Ja!“

„Hast du nie darüber nachgedacht, wie du das anfangen sollst?“

„Nein!“

„Wer waren denn deine Eltern?“

„Ich weiß nicht.“

„Hast du denn nichts gelernt?“

Da taucht ein und das andre, das man ihr früher gesagt, in ihr auf. „Ich taue zu nichts. Ich bin ungeschickt und habe keine Ausdauer.“

Das suchte er ihr mit verständlichen Worten auszureden. Jeder Mensch taue zu etwas, und an die Arbeit knüpfe sich in der niedrigsten Stellung das Glück, die Achtung, die Anerkennung. Und er gebe sie nicht auf, er glaube an etwas in ihr, das unsterblich sei, und das müsse erweckt werden.

Er machte keine Phrasen und wußte die 14 Tage, die sie da war, so kräftig auf sie einzuwirken, daß in ihrem dumpfen Hirn der Gedanke Raum fand: Wenn du arbeitest, mußt du glücklich werden. Und seine Persönlichkeit hatte mit ihrer gemütlichen Kraft so stark auf sie eingewirkt, daß sie ohne Erfahrung besserer Art, mit all ihrer gemeinen, stumpfsinnigen Denkart, mit ihren er-

bärmlichen Anlagen, den Entschluß faßte, zu arbeiten, um glücklich zu werden.

Bei ihrer Entlassung bat Mangold sie, ihn fleißig zu besuchen, gab ihr zehn Mark und prägte ihr ein, zu beten. Denn obwohl es ihm nicht gelungen war, Verständnis und Gefühl für Religion in ihr zu erwecken, glaubte er doch eine solche Ermahnung als Geistlicher nicht unterlassen zu dürfen. Sie sagte zu allem ja und ging vom Gefängnis direkt zur Stellenvermittlerin.

Weil sie der Frau Geld geben konnte, verschaffte die ihr eine Stellung als Kellnerin in einer Wirtschaft untersten Ranges, denn auf etwas Besseres konnte sie bei ihrer heruntergekommenen Kleidung keinen Anspruch machen.

Der Wirt war ein herrischer Mann gegen seine Dienstboten, und bei ihm mußte alles flink gehen. Er sah wohl, daß das Mädchen nicht viel taugen konnte, aber er hatte immer die lieblichsten Frauenzimmer gehabt, die nirgends anders unterkommen konnten, weil seine Kellnerinnen bei wenig Lohn und viel Arbeit dienten, und die Gäste, die bei ihm verkehrten, keine Trinkgelder zahlten, mußte er mit jeder zufrieden sein.

„Zieh dich nur aus,“ sagte er zu Barbara, als sie sich meldete, „und wasch dort die Gläser, und dann kannst du die Tische abreiben.“

Barbara gehorchte und war begierig auf das Glück der Arbeit. Aber sie mußte an einem Glase einige Minuten reiben, zum Tisch abwischen kam sie überhaupt nicht, und als einige Gäste kamen und bedient sein wollten, lief sie ratlos umher. Da begann der Wirt zu fluchen und zu schreien, sie sei ihm eine nette Kellnerin, in die Küche soll sie sich scheren und der Spülmagd helfen. In der Küche gab ihr die Frau eine Wurzelbürste, Seife und Wasser, damit sollte der Anrichtetisch reingemacht werden.

„Herrgott,“ rief die Frau, „wie stellst du dich denn an? Hast du denn noch nie gepußt?“

„Nein!“

Das Staunen über diese Antwort unterdrückte die Entrüstung.

„Was hast du denn daheim getan?“

„Sand verkauft.“

„Also guh her, so wird das gemacht.“

Sie bekam es nicht fertig.

Man holte den Wirt. Der staunte erst und lachte mit den andern. Dann machte er ein ernstes Gesicht und packte sie am Arme: „Also jetzt wird geschafft, und wir werden dir es schon beibringen, paß mal auf!“

Und er nahm ihre Hand und schubte damit, daß sie Schiefer in die Finger bekam, die zu bluten begannen.

Bei keiner Arbeit fand sie das Gefeg heraus, nach dem sie sich abspült und das sie trägt, wie der Rhythmus die Melodie, sondern zeigte nur den Willen zur Arbeit. Das war ähnlich, wie wenn eine Mähre von Pferd einen Graben nehmen soll und davor stehen bleibt und, statt kräftig zu springen, in ihrer Ohnmacht nur immer einen Vorderhuf schwach hebt.

Sie wurde ganz verwirrt, und wenn sie mehr gedacht hätte, wäre es ihr gekommen, daß das kein Glück sei, was sie erlebte. So trug sie das Joch, wozu sie gespannt war, weil sich augenblicklich nichts andres zeigte und sie doch ihr Essen dabei hatte, wenn auch nur wenig Schlaf. Denn sie mußte lange aufbleiben und früh aufstehen. Noch nie in ihrem Leben aber war sie sich so zur Weine gewesen, als jetzt in dieser Umgebung, die so viele Anforderungen an sie stellte, denen sie nicht gerecht werden konnte.

Nacht acht Tagn, als sie statt zu lernen, sich mit der wachsenden Uebermüdung und Verwirrung immer dümmere anstellte, jagte man sie fort.

Nun wäre sie nicht zu ihrem alten Leben zurückgekehrt, wenn man ihr nicht, um ihre Willigkeit zu belohnen, zum Trost gesagt hätte: Du paßt nicht für unser Geschäft, aber probiere es doch einmal mit der Fabrik, da gibt es nicht so vielerlei zu berücksichtigen.

Sie dachte erst einen Augenblick, zum Herrn Pfarrer zu gehen. Ein Gefühl wie Angst vor irgendeiner neuen unbewingbaren Arbeit, die ihr der zumuten könnte, hielt sie jedoch zurück.

Der Gedanke von der Arbeit, die das Glück gibt, obwohl sie weber den einen noch den andern Begriff verstand, war aber einmal da.

Sie ging also in die Fabrik als Lehrling mit fünfzig Pfennig pro Tag von morgens sechs Uhr bis abends zehn Uhr, weil es Hochsaison war.

Die Verachtung, die ihr ihre tüchtigeren Kolleginnen unterhohlen entgegenbrachten, beirrte sie nicht. Dagegen stellte sich eine tiefe Niedergeschlagenheit ein, weil ihr ganzer Organismus, der sonst eine Ruhe gehabt hatte wie eine verdauende Schlange, und nur durch geistige Getränke zu einem behaglichen Gefühl seiner selbst gelangt war, in Stockung geriet durch die unbefriedigende Tätigkeit, und sie anstatt der phlegmatischen Stumpfheit der früheren Zeit eine hastige Nervosität und Zerkahrenheit bekommen hatte, die durch die schlechte Ernährung, die sie ihrem Körper nur zuführen konnte, in stetem Steigen begriffen waren.

Als sie daher eines Abends sich ein Nachtquartier suchte — es war Sommer und für eine Wohnung langte es ihr nicht, deshalb kampierte sie wie früher oft im Freien — und ihr auf einmal jemand auf die Schulter klopfte und sie kräftig anschrte: wo denn das Wärbel die ganze Zeit gestekt habe, zum Donnerwetter?, da folgte sie dem bekannten Fuhrknecht auf seine Aufforderung hin freudig in die Kneipe.

Der Bursch ließ Bier auffahren, zahlte ein Nachtessen, so daß sie heim Trinken und in der gewohnten Atmosphäre

balb in eine dumpfe Behaglichkeit versiel, wie sie die Pflanzen haben, nähme man bei ihnen Gefühl und Bewußtsein an, wenn sie gedüngt werden.

Allzu lange dauerte das behagliche Leben freilich nicht, denn in der Gegend, wo sie früher gehaust hatte und jetzt wieder lebte, kannte die Polizei sie und sah ihr scharf auf die Finger, so daß sie nach acht Tagen völlig betrunken wieder auf die Wache gebracht wurde.

„Da, Herr Mangold,“ sagte der Schuhmann, der sie tags darauf eskortierte, zum Herrn Pfarrer, „haben wir das Frauenzimmer wieder. Pfui, Teufel, das ist eine von der Sorte, die nicht eher gut tut, als bis sie am Baume hängt.“

Herr Mangold sah den Sprechenden verweisend an und schaute dann betrübt auf das Weib.

„Barbara Holzer,“ sagte er, „habt Ihr denn nicht gearbeitet?“

„Ja!“

„Warum seid Ihr aber jetzt wieder hier?“

„Weil einen das Arbeiten verrückt macht, und so fühle ich mich viel wohler.“

Mangold sah ihr traurig und erschrocken ins Gesicht. Da mußte er einen wegwerfenden, schier verächtlichen Blick auffangen, und keine Antwort konnte er mehr aus ihr herausbekommen.

Hermann Horn

Die Perlmuschel.

Ohne zu wissen, was Perlen denn eigentlich sind, lesen unsre Kinder in Märchenbüchern von „Perlen und Edelsteinen,“ die in den alten steilen Geschichten als das Höchste und Kostbarste hingestellt werden, was es in der Welt gibt. In der Tat wurden in früherer Zeit die Perlen wegen ihres seltenen Vorkommens hoch geschätzt und außerordentlich teuer bezahlt. Soll doch die Perle, die die verschwenderische Königin Kleopatra dem römischen Feldherrn Antonius in einem Becher aufgelöst reichte, einen Wert von einer Million Mark repräsentiert haben! Die morgenländischen Perlen, die bei der Insel Ceylon gefischt oder an der Meeresküste gefunden werden, gelten als die vorzüglichsten und werden von den Flußperlen hinsichtlich ihrer Größe, Schönheit und Helle selten erreicht. Immerhin sind auch diese sehr begehrt und haben, wenn sie in ihrer Form und in der Färbung einwandfrei sind, einen hohen Wert für den Liebhaber.

Die übertriebene Wertschätzung der Perlen hat es mit sich gebracht, daß in Sachsen der Staat sich der Perlenfischerei angenommen hat und sie seit Jahrhunderten rationell zu betreiben sucht. Ob aber die planmäßige Handhabung der Fischerei der Perlenbildung günstig ist, muß zum mindesten bezweifelt werden. Die Tatsache, daß die Erträge stetig zurückgehen, beweist eher das Gegenteil. Natürlich kommen hierbei noch andre nachteilige Einwirkungen in Betracht; diese seien zum Schluß angeführt.

Die Flußperlmuschel, von der die heimische Perle herkommt, findet sich in Sachsen nur in der weichen Elster und ihren Nebenflüssen, und zwar in dem dem Vogtlande zugehörigen Gebiete. Unterhalb des freundlichen Baderisches Elster durchfließt das noch beschriebene Fließchen gleichen Namens ein liebliches Wiesental und empfängt mehrere Bäche, die es anfänglich verstärken. Hier beginnt das eigentliche Gebiet der Perlmuscheln, die jetzt noch einzeln, weiter hinab aber in Kolonien oder Muschelbänken gefunden werden. Nach alten Berichten fand man früher in der oberen Elster Stellen, wo der Untergrund des Flusses förmlich mit Muscheln gepflastert war. Die Perlmuschel war wohl von jeher in allen den Bächen und Flüssen heimisch, in denen sie jetzt noch gefunden wird, sie war bereits zu einer Zeit da, als man weder das Vorhandensein noch den Wert der Perlen kannte. Versuche, künstliche Perlmuschelkulturen anzulegen und sie ertragsfähig zu machen, haben niemals Erfolge gezeitigt, so oft sie auch angestellt wurden.

Der Umstand, daß die Muscheln ihr Gehäuse aus Kalk aufbauen, und daß der Hauptbestandteil der ihnen innewohnenden Perlen ebenfalls Kalk ist, läßt es leicht erklärlich erscheinen, daß die Tiere am zahlreichsten und am entwickeltsten in solchen Gewässern zu finden sind, die kalkhaltiges Gestein als Untergrund haben. Bis in die neueste Zeit gilt in Fachkreisen die Ansicht, zum Geben und Reifen der begehrteten Perlen sei die Einwirkung des Sonnenlichts unbedingt notwendig. Die Regierung hat darum Verordnungen über Verordnung erlassen, wodurch sie die Besitzer der Wiesen, die an Perlmuscheln führenden Bächen liegen, auffordert, die Ufer von Bäumen und Sträuchern zu säubern.

In ihrem Bau und in ihrer Beschaffenheit gleicht die Perlmuschel ganz und gar der gemeinen Flußmuschel. Auch sie hat ovale, hornartige Schalen, die unter der schwarzen oder grauen Außenseite silberfarbig erglänzen und die „Perlmutter“ liefern, aus der in Adorf allerhand niedliche Luxusgegenstände hergestellt werden. Das Wachstum des Muschelgeschlechts geht sehr langsam von statten. Muscheln in einem Alter von 10 Jahren sind kaum einen Zoll lang, völlig ausgewachsene Exemplare sollen ein Alter von 100 bis 200 Jahren haben. Ueber ihre Fortpflanzung herrschte bis vor 100 Jahren die größte Unklarheit. Alte Naturforscher halten ein dreifaches Geschlecht für notwendig. So heißt es in einem Gutachten über die Perlenfischerei im Vogtlande im Jahre 1808: „Bei Befegung neuer Distrikte sollen alle drei Arten von Muscheln, nämlich Männlich, Weiblich und Zwitter dicht nebeneinander gesetzt werden, damit sie sich desto zahlreicher vermehren.“ Jetzt weiß man, daß zur Fortpflanzung der Muschel wie bei den Fischen nur ein eierhaltiges und ein milchhaltiges Geschlecht notwendig ist. Auch über die Entstehung und Entwicklung der Perlen gingen früher die Ansichten und Meinungen sehr auseinander. Es ist nicht uninteressant, zu lesen, auf wem welche komische und widersinnige Erklärungen verschiedene Naturforscher hinauskommen. Da behauptet Plinius, die Perle entstehe durch Befruchtung eines Tautropfens, der in die Muschel falle, andre halten sie für ein Spielwerk der Natur. Ein Forscher hielt die Perlen für Knochen der Muschel an, ein anderer erblickt darin die junge Brut. Da die Perle dieselbe Substanz zeigt wie die Schale, so sucht Carbonas die Entstehung aus der Schale abzuleiten, er hält das Produkt der Muschel für eine Auschwüfung derselben. Im 17. Jahrhundert hält ein Naturforscher das Problem für gelöst, indem er kurz und bündig erklärt, die Perle werde auf dieselbe Weise erzeugt, wie die Finne im Fleische des Schweins. Ebenso töricht ist die später sehr verbreitete Meinung, daß die Perle infolge einer Krankheit oder Verletzung des Tieres entstehe. Man hat deshalb versucht, durch absichtliche Verletzungen durch Nadelstiche, bei der Muschel einen

Krankheiten Zustand herbeizuführen, um in den Besitz vieler und schöner Perlen zu gelangen. Leider erwies sich die Hoffnung als eitel, da die Tiere entweder abstarben oder verkümmerten. Am Gegenstand dieser Ansicht vertritt Dr. Thienemann den Standpunkt, daß Perlen nur in ganz gesunden Muscheltieren entstehen könnten. In einem von ihm verfaßten Verlaufs aus dem Jahre 1825 heißt es: „Es ist wahrscheinlich, daß die Perle das Produkt eines besonderen Wohlbestehens der Muschel, nicht eine krankhafte Ausprägung ist. Weder an der Schale noch an dem Mantel ist Verletzung zu bemerken, und gerade die vollkommensten, schön ausgebildeten Tiere enthalten Perlen. Das Tier befindet sich aber nur in stark kalkhaltigem Wasser wohl.“ — So steht bis in die damalige Zeit Ansicht gegen Ansicht, die Urteile schwanken hin und her, und es gelang auch nicht so bald, den Schleier, der über das schwebende Naturgeheimnis gedreht war, zu lüften. Der Verfasser eines sehr ausführlichen Werks über die Perlenfischerei, das 1854 erschien, hält die Perlenbildung für ein Mittel der Natur und gesteht, daß er über diese Angelegenheit nichts mit Gewißheit geltend machen könne.

Heute kann jedes Kind, da es in der Schule gelehrt wird, den Vorgang der Sache wissen: Wenn die Muschel ihre Schalen öffnet, gerät zuweilen ein Sandkörnchen in das Innere und setzt sich zwischen Schale und Mantel oder auch nur in diesen fest. Da der Fremdkörper auf das zarte Tier einen Reiz ausübt, überzieht dieses ihn mit Schleim. Der Schleim ist anfänglich weich, verhärtet aber und bildet zuletzt eine runde, glänzende Perlmutterhaut. Stigt das Körnchen an der Schale, so ist die entstehende Perle immer gedrückt und minderwertig.

Den größten Wert besitzen die runden, wasserhellen Perlen, freilich sind diese außerordentlich selten geworden. Vor einigen Jahren konnte ein Perlfischer 147 Stück absetzen, unter diesen waren nur sieben von der edelsten Sorte. Es wird in unserm Lande verhältnismäßig wenig Menschen geben, denen es beschieden ist, eine natürliche Perle zu sehen. Wer eine solche aus eigener Anschauung kennen lernen will, der muß schon das Grüne Gewölbe in Dresden aufsuchen. Nicht mehr als billig wäre es, wenn den Schülern des Landes einige als Anschauungsstücke überwiesen würden, dann hätten sie wenigstens einen praktischen Zweck, mehr Zweck, als wenn sie unter Glas in einem Museum aufbewahrt liegen. Wenn einmal für die Schule vorgeschrieben ist, daß der Perlenfischer im Vogtlande als einer Eigentümlichkeit gedacht werden soll, so dürfte es auch an dem notwendigen Anschauungsmittel nicht fehlen. Wir hören, daß der Wert der 70 im Jahre 1904 gefundenen Perlen einige Dunder Mark betrug, also dürfte den Staat kein allzu großer Verlust treffen, würde er jeder Schule eine Perle überweisen lassen.

Die Handhabung der Perlenfischerei, mit der seit Jahrhunderten die Familie Schmeier in Delantz betraut ist, ist ziemlich einfach. Das Gebiet der Perlengevißer ist in zehn Distrikte eingeteilt, von denen jedes Jahr nur einer begangen wird. Der Fischer öffnet jede Muschel fingerhoch und schneidet, wenn sich eine Perle darin findet, diese behutvoll mit einem messerartigen Instrumente heraus; leere Muscheln verfrachtet er mit der laufenden Jahreszahl und wirft sie wieder ins Wasser.

Die schon angeben, ist die Blütezeit der heimischen Perlenfischerei längst vorüber. Obgleich sich die Regierung das Recht über die Perlenbäche sicherte und sich, der schon- und herrenlosen Perlenmuscheln anzuweihen, obgleich sie nichts unversucht ließ, die ihr willkommenen Einnahmequelle reichlich fließend zu erhalten, gingen doch die Erträge stetig zurück. Heute steht die Perlenfischerei auf dem Aussterbeplatze, sie wäre wohl schon längst eingegangen, wenn der Staat nicht die erforderliche gewordenen Zuschüsse zur Deckung der Betriebskosten bewilligte. Einmal verloren die Perlen mit der Zeit bedeutend an Wert, zum andern wirkten lokale und temporäre Verhältnisse schädigend und nachteilig auf die Kultur der Perlmuschel ein. Die Muschel braucht zu ihrem Gedeihen vor allen Dingen reines Wasser und Ruhe. Schon die Holzstöcher richtete großen Schaden an, indem durch sie ganze Muschelbänke verschoben oder gar gestört wurden. Hammerwerke und andre industrielle Anlagen verunreinigen durch ihre Abwässer die Elster und ihre Nebenflüsse und bilden den eigentlichen Ruin der Perlenzucht. Planlose Entwässerungen sind schuld daran, daß der Wasserabfluß sehr ungleichmäßig geworden ist: Hochwasser aber ist ebenso verderblich für die Perlmuschel wie Wasserarmut. Es gibt wohl noch einige Bäche, in denen die Tiere ungeführt leben können. Allein sie sind auch dort vor einem schlimmen Feinde, dem Fadenwurm, nicht sicher. Dieser Wurm durchbohrt neben dem Schloß die Schale und frisst sich bis in das Tier hinein.

Darüber, daß die Ausbeute an Perlen immer geringer wird, brauchen wir uns nicht zu ärgern. Dinge, die bloß der Prunksucht dienen, sind nur für die Reichen da; der gewöhnliche Mann hat daran kein Interesse. Einen Segen hatte indessen die vogtländische Perlenfischerei: Durch sie wurde eine neue Industrie, die Muschelbearbeitung, nach Apitzsch verpflanzt, wo sie jetzt noch in Blüte steht. H. A. N. A. N.

Kunstchronik.

Leipziger Anthologie.

Zum Universitätsjubiläum liegt, so viel ich weiß, bisher aus tüdentschen Kreisen eine einzige Festgabe vor, die: Leipziger Anthologie, Gedichte ehemaliger Leipziger Studenten seit 1870, herausgegeben von Gustav Werner Peters (Leipzig, Verlag von Georg Meierburger. Preis gebunden 2 Mark, in Leder gebunden 3.50 Mark), ein kleines zierliches Buch von 100 Seiten, in dem etwa 50 Dichter mit lyrischen Beiträgen vertreten sind.

Diese Festgabe war, wie man sich erinnern wird, ursprünglich wesentlich anders gedacht, als sie jetzt vorliegt. In einem schmalem Bändchen sollte vertreten sein, was an poetischen Talenten sich innerhalb der letzten Leipziger Studentenschaft regt. Die Hoffnung war, es werde sich aus moderner Studentenlyrik ein buntes Bild heutigen Studentenlebens entwerfen lassen, ein Bild des Äußeren wie des Inneren Lebens, möglichst stark Leipzigerisch gefärbt. Diese Hoffnung schwand bald dahin. Der Plan war vorläufig entworfen; man konnte nicht als Grundlage für die Sammlung eine Gruppe von Talenten, an die sich andre, zu rufen angelehren konnten, sondern man ging von dem Glauben aus, man brauche nur zu rufen, und die Talente würden sich schon melden. Die Talente stellten sich nicht ein, oder nur so wenige, daß mit ihnen kein Bändchen zu füllen war. Es ist leicht möglich zu fragen, wer an dem totalen Mißlingen des ersten Plans Schuld trägt, ob der Sammler oder die Studentenschaft, ob beide Faktoren in gleicher Weise. Genuß, der Plan mußte ausgegeben werden.

Dann ist der Plan geändert worden. Warum hatte man denn geglaubt, daß die Talente kommen würden? Weiß man nicht, daß eine ganze Reihe Poeten, die seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hervorgetreten, in Leipzig kürzere oder längere Zeit studiert hatten. Nun rief man, da die letzte Studentengeneration verfaßt hatte, die Alten zusammen und überließ ihnen drei Studiosen an, deren Einkünften unter dem Buse des Dilettanten und Unmüßigen distinktel erschienen waren. Der Charakter der Sammlung änderte sich also dahin: nicht mehr sollten Reue passieren für Talente, die sich zurzeit in der Studentenschaft regen, sondern die, die seit 1870, sei es kürzere, sei es längere Zeit, zur Leipziger Studentenschaft gehört haben.

* H. S. Dahn, die Perlenfischerei im Vogtlande. Delantz, 1854.

Das voraussehen war, trat ein. Es stellte sich heraus, daß die Zahl der jetzt im literarischen Leben Stehenden, die sich Studien halber in Leipzig aufhalten, groß genug gewesen ist. Mund ein halbes Hundert sind zusammengekommen (und noch mancher wird übersehen sein), und die besten Namen sind darunter.

Wunderlich genug wird einem zu Mutte, wenn man diese Sammlung zum durchblättern. In dieser Zeit, die doch seit Jahrzehnten nun schon ohne reges literarisches Leben gewesen ist, sind im Laufe der Jahre junge Leute gewesen, die eigentlich alle literarischen Richtungen der Zeit irgendwie repräsentieren. Wie ist der Strom des Kunstwissenschaftlichen in den letzten beiden Jahrzehnten angefallen — nun, der Hauptling der Kunstwissenschaft, Herrmann von Arnim, hat einst der Leipziger Universität angehört, und ebenso sehr Freytag und Wolfgang Kirchbach, der einst den Eilmern und Drängern nahe stand und von schwerem kritischem Geiste an der freien Gestaltung seiner schöpferischen Kräfte gehindert wurde. Die Eilmern und Dränger der achtziger Jahre! Da sind die beiden Frühverstorbenen, Hermann Conrad und Paul Krüger, deren beiden Wesen das Bewußtsein bestimmte, daß sie zwischen den Klassen standen und nirgends eine Heimat hatten. Ihnen schließt sich Otto Erich Hartleben an, der kühler, formstärker, und der geschäftliche Effektivist Otto Julius Bierbaum. Edgar Schöler tarnt auf, vor dem noch echte Leipziger Bohémienstil vorhanden ist, und John Henry Mackay, der Anarchist. Dast Krüger, der einst in Herberich ein Leipziger Roman bot, ist mit einem kleinen Beitrag vertreten. Alois Barthelemy folgt in der Reihenfolge der Anthologie auf Hermann Conrad, mit dem er einst in Leipzig verkehrte, als er noch nicht der deutsche Literaturwissenschaftler war. Da ist Richard Dehmel, und da die hauptsächlichste Gestalt unter den deutschen Romanbildern, der Schöpfer des Blätterdeuers und des Graubühners, Wilhelm von Wolzogen. Da ist der treue Helfer junger Talente, der Waurebateur César Nalachen, und der Berliner Oberbürgermeister Georg Meide. Da sind auch zwei von den jungen Leuten, die seinerzeit die Leipziger literarische Gesellschaft ins Leben riefen, Walter Hasel und Kurt Martens, die sich beide mehr als Erzähler hervorgetan haben denn als Dichter. Und da sind Jüngere, die noch nicht unbestritten in der Literatur stehen — oben der sozialistische Lyriker Alfred Nodder und der Dramatiker Herbert Eulenberg, und dann ein Gewimmel noch unbestimmbarer Naturen bis herab zu dem jungen Ulrich Seuborff, der seine 21 Jahre zählt und mit Recht von den Allerjüngsten am reichlichsten vertreten ist.

Es wäre interessant zu wissen, welche Anregungen die einzelnen von Leipzig und seiner Universität erhalten haben. Aber eine schwierige Aufgabe wäre es auch bei der meisten, solche Anregungen nachzuweisen. Was hat im Leben des westfälischen Träumers und deutschen Oberbürgermeisters Peter Hille Leipzig bedeutet, was im Leben des Ueberzeitungsers Ernst von Wolzogen, was im Leben Richard Dehmels? Bei Hartleben, Krüger und Steiger lassen sich Einflüsse des Leipziger Lebens nachweisen, ebenso bei Hasel und Martens und bei Joh. Christ. Scherf. Aber bei Nodder, bei Eulenberg?

Und weiter: wie kommt es, daß auch diejenigen, die eine Zeitlang mit dem Leipziger Leben verwahten scheinen, sich nicht dauernd hier niederlassen, daß einer nach dem andern geht? Wenn wir diese Anthologie mustern, fällt uns daselbe auf wie bei der Betrachtung der Leipziger Theatergeschichte. Leipzig ist im literarischen Leben für die meisten Durchgangsstation, muß es sein, da die Verlegerstadt wohl für die harten Handwerksmeister Verwendung hat, nicht aber für die eigenwilligen Talente.

Ammerhin: besser schon, daß eine Stadt als literarische Durchgangsstation, als daß sie überhaupt nicht in Betracht kommt. Es ist auch ein Ruhm, wenn auch ein bescheidener. gm.

Neues Theater. Donnerstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Freitag: Die Frau von Messina (neu einstudiert). Sonnabend: Einjame Menschen. Sonntag: Der Freischütz. Montag: Al-Heldberg. — Altes Theater. Geschlossen.

Mit Beginn der neuen Opernsaison am kommenden Sonntag, 25. Juli, treten im Neuen Theater die vom Rat der Stadt und von den Stadtverordneten genehmigten Veränderungen in Kraft. Der Billetverkauf für den laufenden Tag erfolgt wie seitdem von 10 bis 8 Uhr; die bisherige Einrichtung, wonach der Vorverkauf für den folgenden Tag erst um 12 Uhr begann, erlischt mit dem 28. Juli, so daß also vom 24. ab mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit des Publikums Billets für den kommenden Tag tags zuvor bereits von 10 Uhr an im Vorverkauf entnommen werden können. — Für die Plätze des dritten Rangs werden in Zukunft nach den neuen Bestimmungen Vorkerkgebühren nicht mehr erhoben, und demgemäß auch keine Befreiungen mehr, weder schriftlich noch mündlich, entgegenkommen; Billets zum dritten Rang sind also nur noch am Vorstellungstage selbst von 10 bis 8 Uhr sowie an der Abendkasse zu haben.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Donnerstag: Fräulein Jolette, meine Frau (halbe Preise). Freitag: Der Wanderfalle. Sonnabend: Ufflotz (neu einstudiert). Sonntag, 1/8 Uhr: Ufflotz. — Neues Operntheater (Theater am Thomabring). Donnerstag: Die Millionenbraut. Freitag: Der Mikado. Sonnabend: Die Millionenbraut. Sonntag, 1/8 Uhr: Die Millionenbraut.

Im Schauspielhaus und im Neuen Operntheater beginnen die Vorstellungen während der Sommerferienzeit, wenn nichts andres angegeben ist, wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/8 Uhr.

Leipziger Sommertheater (Drei Linden). Donnerstag: Die Lir. ins Freie. Freitag: Der Kammerjäger; Die Neuwahlten.

Die Vorstellungen beginnen im Sommertheater wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/8 Uhr.

Battberg-Theater. Donnerstag: Die Augen der Liebe. Freitag: Unser Doktor. Sonnabend: Die Löwenbraut.

Reichhalla-Theater (Theater [a a]). Abend für Abend: Drahtlos Telegraphie.

Alois Kolb, dem Lehrer an der Leipziger Akademie für graphische Kunst und Buchgewerbe, ist Titel und Rang eines Professors verliehen worden. — In Gausch ist der Schriftsteller Paul Seliger, geboren 1858, namentlich bekannt als Uebersetzer, am Dienstag gestorben. —

Notizen.

Frl. Professor Johanna Wipert, die langjährige Leiterin des Leipziger Altertums Museums, geboren 1820 zu Dramftein in Pommern, ist nach schwerer Krankheit gestorben. Sie hat die Altertumswissenschaft unermüdet durch eigene Untersuchungen und Uebersetzungen landschaftlicher archäologischer Literatur gefördert. Das ihrer Leitung anvertraute Museum hat sie zu einer umfassenden Sammelstätte für die Vorgeschichte der Nordmark ausgehauet. 1890 wurde ihr der Professortitel verliehen. —

Künstliche Unempfänglichkeit gegen Röntgenstrahlen. Die Röntgenstrahlung hat jetzt, im Vergleich zu ihren Anfängen, außerordentlich weitgehende Anwendungsmöglichkeiten erreicht. Man hat es namentlich in wachsendem Maße verstanden, die

Strahlen, die anfangs nur auf der Hautoberfläche zur Anwendung gebracht wurden, in die Tiefe wirken zu lassen. Eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten dabei ist, daß die Strahlen, die im Innern des Körpers wirken sollen, eben doch auch die für sie sehr empfindliche Haut passieren müssen und in ihr unerwünschte Schädigungen durch sogenannte Röntgen-Verbrennungen hervorrufen können. Dr. Gaitwold Schwann hat seit etwa zwei Jahren der Umgehung dieser Schwierigkeit seine Aufmerksamkeit zugewandt und jetzt in der Münchener Medizinischen Wochenschrift seine Ergebnisse mitgeteilt. Er hatte zu Beginn dieser Zeit die merkwürdige Tatsache beobachtet, daß die Empfindlichkeit der Pflanzenzelle gegen Röntgenstrahlen je nach Lebhaftigkeit des Stoffwechsels in der Zelle sehr verschieden ist. Trockenere Samen, in dem sich der Embryo im Zustand eines latenten Lebens befindet und in dem daher der Stoffwechsel äußerst gering ist, vermag sehr hohe Röntgen-Strahlmengen, selbst tagelange Bestrahlung, auszuhalten, ohne in seiner Keimkraft geschädigt zu werden. Dagegen zeigt aufgeweckter Samen, in dem ein reger Stoffwechsel stattfindet, eine hochgradige Empfindlichkeit gegen selbst ganz geringe Röntgen-Dosen, die sich in tiefgreifenden Veränderungen und Wachstumsstörungen äußert. Ist es nun möglich, daß eine Zellgemeinschaft um so empfindlicher gegen Röntgen-Strahlung ist, je stärker ihr Stoffwechsel ist, so muß die Strahlenempfindlichkeit der menschlichen Haut durch alle jene Mittel, die den Stoffwechsel verlangsamen, herabgedrückt werden können. Der erste Versuch wurde in der Weise angestellt, daß an dem Vorderarm eines frischigen Mädchens zwei verschiedene Hautstellen mittels der gebräuchlichen wärfelförmigen Radium-Kapsel am selben Tage gleich lange bestrahlt wurden, nur mit dem Unterschied, daß die Kapsel das eine Mal lose auflag und das andere Mal mittelst eines sie umschließenden Glimmstabes kräftig angedrückt wurde. Im zweiten Falle wurde also die Haut gepreßt und blutleer gemacht, wodurch der Stoffwechsel gehemmt werden mußte. Das Ergebnis dieses Versuchs war geradezu überraschend. An der ohne Druck bestrahlten Stelle zeigte sich nach etwa drei Wochen eine Entzündung, die nach einer weiteren Woche ihren Höhepunkt erreichte und dann unter den üblichen Erscheinungen abheilte. Die unter Druck bestrahlte Stelle zeigte, abgesehen von einer leichten nach drei Tagen wieder verschwundenen Blutausschüttung überhaupt keinerlei Veränderungen, so daß die Therapie glänzend bestätigt war. Es konnte von vornherein angenommen werden, daß, was für Radiumbestrahlung galt, auch für die nahe verwandten Röntgenstrahlen zutreffen würde. Gleichwohl wurden auch mit diesem Versuche angestellt, die eine volle Bestrahlung lieferten. Zwei benachbarte quadratische Stellen der behaarten Kopfhaut eines dreizehnjährigen Knaben wurden mit derselben Röhre bestrahlt. Die Einwirkung geschah gleichzeitig, gleichstark und gleichlange, nur daß ein Holzstäbchen von 2 Millimeter Dicke in einem Fall lose auflag, im andern fest angedrückt wurde. Auch diesmal ergab sich, daß an der gepreßten Stelle der Haarauswuchs erhalten blieb, während die andere kahl wurde. Namentlich ist der mechanische Druck nur ein Mittel unter vielen, um die Röntgen-Unempfänglichkeit hervorzurufen. Versuche, inwiefern Vresluft, Gezeiten, chemische Mittel, usw. fassbar sind, werden noch fortgesetzt. Was für die Haut gilt, ist auch für innere Organe möglich, womit sich für künftige Operationen durch Bestrahlung weitere Anapdie eröffnen.

Kali in Italien? Eine für Italien wichtige Entdeckung hat nach einem Bericht des Berner Bundes der Schweizer Chemiker Dr. Kleiber an der schweizerischen agrarökonomischen Anstalt gemacht. Er hat entdeckt, daß die Schicht über Perlanum durch ein einfaches Verfahren in wertvolle Erzeugnisse umgewandelt werden kann. Durch genaue Analyse hat sich herausgestellt, daß das Verschüttungsmaterial dieser Gegend einen hohen Prozentsatz von Kali und Zerde enthält. Bekanntlich behauptet das deutsche Kalisyndikat, als einzige Quelle für den Pflanzennährstoff Kali kämen nur die Kalisole von Stassfurt in Betracht. Dr. Kleiber will nun aber gefunden haben, daß Perlanum ein ungeheures Lager der wertvollen Stoffe bildet, und nennt es wahrscheinlich, daß sie auch im ganzen übrigen Bezuggebiet vorhanden sind. —

Europa trocknet aus? Für die Geographen gilt es als eine erwiesene Tatsache, daß große Teile von Asien seit langen Zeiten einer zunehmenden Austrocknung ausgesetzt sind. Die Ruinen verschütteter Städte, in denen namentlich deutsche und englische Gelehrte Ausgrabungen von höchster Wichtigkeit gemacht haben, zeugen von dieser Verschlechterung des Klimas, die sich auch in der namentlich von Sven Hedin in vielen Fällen festgestellten Verkleinerung der Seen von Tibet kundgibt. Nun soll aber auch unser gutes altes Europa von einem ähnlichen Schicksal bedroht sein. Der erste, der diese beunruhigende Meinung geäußert hat, war der bekannte französische Höhlenforscher Martel, der sogar so weit ging, in einem Vortrag zu erklären, daß ein großer Teil der Menschheit innerhalb weniger Jahrhunderte vor Dürst sterben würde, wenn nicht etwas gegen die wachsende Austrocknung geschähe. Dieser Warnungsruf hat weitere Untersuchungen veranlaßt, die namentlich von B. A. L. an Schweizer Seen ausgeführt worden sind. Auch er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Hunderte von europäischen Seen in der jüngsten Zeit der Erdgeschichte verschwunden, andre auf einen kleinen Teil ihrer früheren Ausdehnung zusammengeschrumpft sind. Im Kanton Aargau allein, wo vor 250 Jahren noch 140 Seen bestanden, sind heute nur noch 70 vorhanden, und kaum die Hälfte von ihnen hat ihren früheren Umfang unvermindert bewahren können. Von Seen in Deutschland und Rußland wird daselbe gesagt. Man braucht sich aber über solche Gutachten nicht zu beunruhigen, denn es handelt sich in Europa wahrscheinlich nur um vorübergehende Klimaschwankungen. Außerdem würde man zu durchaus falschen Ergebnissen kommen, wenn man jedes Anzeichen der Austrocknung eines stiller vorhandenen Gewässers als einen Beweis für eine Abnahme der Feuchtigkeit betrachtete würde. Es bedarf also kaum der tröstlichen Versicherung, daß bisher wenigstens die Ostsee, die Nordsee und das Mitteländische Meer keine Abnahme ihrer Gewässer gezeigt haben. —

Singelaufene Schriften.

Neue Nummern von Declams Universalbibliothek. Nr. 5101: Peter Hille, Aus dem Hellsium der Schönheit. Aphorismen und Gedichte. Mit einem einleitenden Essay herausgegeben von Fritz Droop. 20 Pfg. — Nr. 5102: Paul Einbau, Der Herr im Hause. Beispiel in vier Aufzügen. Mit einem Dekorationsplan. 20 Pfg. — Nr. 5103, 5104: Karl Ditters von Dittersdorf's Lebensbeschreibung. Seinem Sohne in die Feder diktiert. Zum erstenmal neu herausgegeben von Dr. Edgar Jstel. Mit einem Bildnis Dittersdorfs. 40 Pfg. — Nr. 5105: Albert Roderich, Die Verlesbeschwörer und andre Humoresken. 20 Pfg. — Nr. 5106: Erzählungen zu Meisterwerken der deutschen Literatur. Achtehnter Band: Uhlans Ernst, Herzog von Schwaben. Erklärt von Dr. Albert Zipper. 20 Pfg. — Nr. 5107: A. Wetts Aharonean, Armenische Erzählungen. Uebersetzt von Agnes Kind-Gandshagan. 20 Pfg. — Nr. 5108—5110: Julius Wolfen, Bilder im Moose. Ein Novellenbuch. Mit einer biographischen Einleitung von Rudolf Kleynck. 60 Pfg.

Prof. Dr. A. Reigt, Exkursionsbuch zum Studium der Vogelfauna. Praktische Anleitung zum Bestimmen der Vögel nach ihrem Gesangs. 5. vermehrte und verbesserte Auflage. Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis gebunden 2 Mark.